Wie die Antifa mit Steuergeldern gepäppelt wird S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 6 – 10. Februar 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Symbolischen EU-Abkommen zum Trotz: Der Massenansturm von Asylsuchern ist nicht mehr zu stoppen

Bild: Getty

Aufgeregte Rhetorik

Malta-Beschlüsse, Lavieren der SPD: Politik im Zeichen des Wahlkampfs

Asylflut: Die Sozialdemokraten fordern, was sie eigentlich verdammen. Und die EU redet an der Wirklichkeit vorbei.

Angesichts der anstehenden Wahlen in Deutschland bemühen sich die Parteien der Großen Koalition, ihr ramponiertes Image in den Fragen Zuwanderung, Grenzschutz und innere Sicherheit kräftig aufzupolieren. Dabei ist der staunende Bürger vor Überraschungen nicht gefeit.

So unterstützte zuletzt sogar SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann die Einrichtung von Auffanglagern für Asylsucher in Nordafrika, in denen ihr Status und damit ihre möglichen Ansprüche auf Weiterreise nach Europa geprüft werden sollen. Seit 2015 aber sperrt sich die SPD gegen „Transitzonen“ auf deutschem Gebiet zur Überprüfung von Eingereisten. Solche Einrichtungen seien „nicht menschengerecht“, die SPD verwirft sie als „große Haftzonen“. Was wäre in Afrika „menschengerechter“?

In der Union gab es schon damals mehr Offenheit für solche Vorauslese-Lager, Vorbehalte kamen nach Angaben der SPD indes von der Kanzlerin. Daher ist auch heute Vorsicht angebracht bei den Stimmen aus der CDU. Schon für den Oktober 2015 hatte Merkels Kanzleramtsminister Peter Altmaier eine Entscheidung für jene Transitzonen angekündigt. Sie gibt es bis heute nicht.

> Kontrollzentren in Tunesien werden kein Problem lösen

Die Einigung der EU-Regierungen von Malta, die auf die Einrichtung von Kontrollzentren in Nordafrika abzielt, ruft aus zweierlei Gründen Skepsis hervor. Zum einen reden die EU-Regierungen bereits seit zwei Jahren über solche Kontrollstellen in Afrika, ohne in der Praxis vorangekommen zu sein. Zum anderen haben Briten, Franzosen und US-Amerikaner den libyschen Staat faktisch zerstört, sodass es dort an einer handlungsfähigen Regierung als Kooperationspartner fehlt.

Kontrollzentren in Tunesien helfen nicht, da die Masse der Ankommenden weiß, dass sie keine Chance hat, als Asylant oder Flüchtling anerkannt zu werden. Daher werden die allermeisten den Weg über Tunesien meiden. Solange aufgebrachte oder gerettete Passagiere von Schlepperschiffen nach Europa gebracht, statt zurück nach Afrika geleitet zu werden, wird der Strom daher unvermindert anhalten, sprich: zum Frühling hin wieder anschwellen.

Die Beschlüsse von Malta entspringen ebenso wie die jüngste Wende der SPD allein der Furcht vor den anstehenden Wahlen. Auch in anderen europäischen Ländern stehen Urnengänge an, spüren Regierungen die Faust des Bürgerprotests im Nacken.

Mittels symbolischer EU-Übereinkommen und purer Rhetorik soll Entschlossenheit demonstriert werden, sich dem Massenansturm entgegenzustellen zu wollen. Ob dem wirksame Taten folgen, darf angesichts der Erfahrungen bezweifelt werden. Die Gefahr für die Parteien besteht indes darin, dass ihre Taktik bis zum September von der Realität aufgedeckt wird. *Hans Heckel*

Manuel Ruoff:

Luther 2.0?

Wir feiern 2017 das Lutherjahr. Vor 500 Jahren polarisierte Martin Luther wie wohl kaum ein anderer seiner Zeitgenossenen – so wie in unseren Tagen Donald Trump. Vergleicht man die beiden Männer, lässt sich eine bemerkenswerte Analogie feststellen.

Vor Trump war es üblich, dass das Weiße Haus die Presse mit Presseerklärungen, Hintergrundgesprächen oder Interviews informierte. Die Presse brach dann die Informationen auf das Niveau der breiten Masse herunter, die mit Politik nicht hauptberuflich zu tun hat. Diese Mittlertätigkeit bot der Presse vielfältige Möglichkeiten der Informationsselektion und -manipulation zum eigenen Vorteil. Doch dann kam Trump. Via Twitter hat er den direkten Kontakt zum Volk hergestellt. Die etablierte Presse tobt.

Vor Luther war es üblich, dass in der Messe die Geistlichkeit auf Latein mit Gott kommunizierte. Gottes ebenfalls in Latein gehaltenes Wort wurde von der Geistlichkeit auf das Niveau der breiten Masse heruntergebrochen, die mit Religion nicht hauptberuflich zu tun hatte. Diese Mittlertätigkeit bot der Geistlichkeit vielfältige Möglichkeiten der Informationsselektion und -manipulation zum eigenen Vorteil. Doch dann kam Luther. Er übersetzte die Bibel ins Deutsche, stärkte im Gottesdienst die Landessprache gegenüber dem Latein und nahm den Pfarrern ihr Amt als Mittler zwischen dem Volk und Gott. Alle Gläubigen waren nun unmittelbar zu Gott. Der Geistliche war von einem geweihten Nachfolger des von Christus eingesetzten Petrus zu einem Ersten unter Gleichen degradiert, an dessen Stelle notfalls auch ein Laie treten konnte. Die etablierte Geistlichkeit tobte.

Fast alle dürfen bleiben

Deutsches Recht gewährt den allermeisten dauerhaften Aufenthalt

Die Einschätzung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), dass die meisten Asylsucher irgendwann in ihre Heimat zurückkehrten, geht nach Recherchen der „Welt“ an der Wirklichkeit vorbei. Zwar seien Asyl und Flüchtlingsschutz laut Genfer Konvention auf drei Jahre befristet.

Nach deutschem Recht aber hätten sprachlich und wirtschaftlich gut Integrierte direkt im Anschluss an die drei Jahre automatisch Anspruch auf dauerhaften Aufenthalt. Selbst weniger gut Integrierte müssten nur zwei weitere Jahre warten, bis sie ebenfalls in den Genuss der Niederlassungserlaubnis für den unbefristeten Aufenthalt in Deutschland gelängen. Sie dürften dann nur nicht wegen einer Straftat verurteilt sein oder überwiegend von Sozialtransfers leben. Unterbrochen werden könne dieser Ablauf nur dadurch, dass die Behörden den Schutz binnen der ersten drei Jahre widerriefen. Dies sei 2016 aber nur in jedem tausendsten Fall geschehen.

> Merkels Versprechen quer zur Wahrheit

Diese geringe Zahl dürfte daher rühren, dass seit Sommer 2015 kaum noch Prüfungen stattfinden, die über einen automatischen statistischen Vermerk hinausgingen, so das Blatt. Bis August 2015 musste das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bei der Regelprüfung in jedem Einzelfall eine Mitteilung an die zuständige Ausländerbehörde machen. Das entfalle seitdem, weshalb die Ausländerbehörden die Niederlassungserlaubnis viel schneller erteilten.

Zwar seien die Anforderungen bei der Sprachfertigkeit für einen dauerhaften Aufenthalt 2016 theoretisch verschärft worden. Die Behördenpraxis unterläuft die schärferen Auflagen aber nachgerade selbst und gewährt laut „Welt“ einen Daueraufenthalt schneller als in anderen EU-Staaten. *H.H.*

Eifersüchteleien und Kämpfe

Das Unglück der Patchworkfamilien – Jede zweite scheitert

Welt“, „Zeit“ und „FAZ“ jubelten bereits. Ehen sind in Deutschland stabiler geworden. Nur 163 335 wurden 2015 geschieden. Das waren 1,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Außerdem hält das „lebenslange“ Treuegelöbnis heutzutage länger. Durchschnittlich kommen Mann und Frau 15 Jahre in einer Ehe miteinander aus. Noch 1990 waren es dreieinhalb Jahre weniger.

Dennoch: Die Scheidungsrate ist hoch, und nach dem Fehlstart ins Eheglück folgt verständlicherweise oft ein zweiter Versuch. Patchworkfamilien werden Beziehungen genannt, in die mindestens einer der neuen Lebenspartner seine Kinder mit einbringt. Schätzungen zufolge gibt es davon 2,5 Millionen in Deutschland. Rund drei Millionen Kinder werden in sogenannten alternativen Lebensmodellen groß. Patchworkfamilien haben einen

> Ein hochkomplexes Beziehungsgeflecht

guten Ruf und gelten als lässig, unkonventionell und modern. Die Medien berichten begeistert über das Patchwork-Glück diverser Prominenter aus Film, Sport und Politik.

Die Wirklichkeit sieht allerdings oft anders aus. Besonders wenn mehrere Kinder von beiden Partnern im Spiel sind, finden sich alle Beteiligten in einem hochkomplexen Beziehungsgeflecht wieder. Es gibt Vollgeschwister, Stiefgeschwister und Halbgeschwister. Eifersüchteleien und Verteilungskämpfe sind beim Nachwuchs oft die Folge. Überschattet wird der neue Familienversuch zudem von der vorhergehenden Trennung der leiblichen Eltern. Für die Kinder ist sie fast immer eine traumatische Erfahrung. Rund 50 Prozent der Patchworkfamilien scheitern daher schon nach kurzer Zeit.

Um amoralische Zwischenwelten, existenzielle Katastrophen und alleinreisende Kinder geht es in unserem ausführlichen Artikel über das Glück und Unglück von Patchworkfamilien auf Seite 12. *FH*

Wie die Antifa mit Steuergeldern gefördert wird

Interview mit Christian Jung über die Subventionierung des linksextremen Kampfes gegen die Gegner der etablierten Politik

Bezuschusst aus öffentlichen Kassen, bekämpfen linksextreme Aktivisten die politischen Gegner der etablierten Politik. Christian Jung und Torsten Groß behandeln dieses Phänomen in ihrem Buch „Der Links-Staat. Enthüllt: Die perfiden Methoden der ‚Antifa‘ und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien“. *PAZ*-Mitarbeiter Bernd Kallina sprach mit Jung über zentrale Aussagen der Neuerscheinung.

PAZ: *Sie bezeichnen den Linksextremismus nicht etwa als verkanntes oder unterschätztes Problem, sondern als eine „geförderte Struktur“. Hing dieser Erkenntnisprozess mit Ihrer Beamtentätigkeit in der größten kommunalen Ausländerbehörde im süddeutschen Raum zusammen?*

Christian Jung: Nur sehr begrenzt. Von den vielen Geschehnissen bei der offenen oder verdeckten Unterstützung linksextremer Strukturen, die ja meist hinter den Kulissen ablaufen, haben die allermeisten Behördenmitarbeiter vermutlich keinen blassen Schimmer. Ein derartiger Erkenntnisgewinn, wie wir ihn in dem Buch und den beiden begleitenden Dokumentarfilmen verarbeitet haben, ist ohne langwierige Recherche schlicht nicht möglich.

PAZ: *Linksextremismus, vor allem in seiner Erscheinungsform der „Antifa“, würde hierzulande aus öffentlichen Kassen, also aus unseren Steuergeldern, bezuschusst, so eine Ihrer zentralen Thesen. Wie belegen Sie diese Behauptung?*

Jung: Einmal abgesehen davon, dass beispielsweise die Leiterin der Fachstelle gegen Rechtsextremismus in München, Dr. Miriam Heigl, in einem Interview mit dem Bayerischen Rundfunk ganz offen damit wirbt, dass sie in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis auch mit der Antifa zusammenarbeitet, haben wir zum besseren Verständnis für die Leser des Buches und Zuseher der beiden begleitenden Dokumentarfilme das Vorgehen an mehreren Orten Deutschlands mit Quellen belegt. Und die beweisen, dass Steuergelder direkt in Antifa-Vereine wie in München fließen (149 000 Euro pro Jahr ab 2017) oder wie zum Beispiel im thüringischen Jena für Busfahrten zu Demonstrationen gegen unliebsame (keineswegs verbotene) politische Gruppierungen genutzt werden.

PAZ: *Wie funktioniert die finanzielle Unterstützung von linksextremen Antifa-Gruppen genau? Die Vergabe von Steuermitteln könnte doch öffentlich kontrolliert werden und damit Unmut hervorrufen?*

Jung: Die etablierte Politik musste sich dafür bisher so gut wie nicht rechtfertigen. Das liegt an mehreren Faktoren. Ihren Lesern brauche ich wohl nicht zu erläutern, dass in den allermeisten Bundesländern vor Erstarken der AfD keine echte politische Opposition vorhanden war, die Linksextremismus in angemessener Weise thematisiert hat. Weiterhin entfällt beim vermeintlichen „Kampf gegen Rechts“ bei den allermeisten Akteuren jede kritische Überprüfung. Selbst bürgerliche Parteien wie Union und FDP versagen hier weitgehend. Zudem muss sich die Politik auch schon deswegen nicht rechtfertigen, da Linksextremismus und dessen Unterstützung durch die etablierte Politik von den linkslastigen Mainstream-Medien in Deutschland nicht wirklich dargestellt werden.

PAZ: *In der bayerischen Landeshauptstadt München gäbe es nach Ihren Recherchen eine Art „Stadt-Stasi“, die direkt dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister unterstellt sei und ohne jegliche Rechtsgrundlage Daten und Fotos von politisch unkorrekten Personen sammle. Sogar die bayerische CSU hätte diesem „Stasi-Projekt“ im Stadtrat zugestimmt. Stimmt das wirklich und falls ja, wie kann das sein?*

Jung: Ja (lacht) das stimmt, leider! Wir haben dieses Vorgehen detailliert im Buch beschrieben und zudem anschaulich im begleitenden Dokumentarfilm mit dem Titel „Der Links-Staat: Die kommunalen Netzwerke“ visuell dargelegt. Gegen diesen Film zieht der Bayerische Rundfunk gerade juristisch zu Felde. Übrigens nicht, weil uns mangelnde oder fehlerhafte Recherche vorgeworfen wird, sondern wegen Verletzungen des Urheberrechts bei Zitaten – unter anderem wird die bereits erwähnte Filmsequenz mit Dr. Miriam Heigl und ihre Zusammenarbeit mit der Antifa beanstandet. Und auch die Interessenlage der CSU, die aktuell in einer gemeinsamen Koalition mit der SPD die Landeshauptstadt München regiert, hat sich mit Aufkommen der AfD verändert.

PAZ: *Wenn derartige Fehlentwicklungen offenbar selbst in Bayern vorkommen, dann doch sicherlich auch in anderen Regionen Deutschlands. Können Sie weitere Brennpunkte benennen?*

Jung: Wir haben es mit einem bundesweiten Phänomen zu tun.



Mitverfasser des Buches „Der Links-Staat. Enthüllt: Die perfiden Methoden der ‚Antifa‘ und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien“: Christian Jung Bild: privat

Zurzeit ist der Ausbau solcher Netzwerke auch über den Deutschen Städtetag in vollem Gange. Dies ist zum Teil schon weit fortgeschritten oder ähnlich umfangreich oder bereits ausgedehnter etabliert als in München. Diese lokalen Netzwerke sollen sich wiederum künftig zwischen den einzelnen Kommunen vernetzen, wie dies etwa zwischen München und Berlin schon seit Jahren geschieht.

PAZ: *Welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang unsere deutsche Vergangenheitsbewältigung, über die ja der renommierte Journalist Johannes Groß einmal schrieb, dass die Verwaltung der deutschen Schuld und die Pflege des deutschen Schuldbewusstseins ein Herrschaftsinstrument sei, das in der Hand aller derer liege, die Herrschaft über die Deutschen ausüben wollen, drinnen und draußen?*

Jung: Sie spielt eine erhebliche Rolle! Das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte sollte zwar niemals in Vergessenheit geraten, aber durch die unrealistische Überhöhung einer angeblichen „Gefahr von Rechts“ mit permanenten Rückbezügen auf die dunklen zwölf Jahre wurde von der Alt-68er-Bewegung ein Popanz aufgebaut und ihr Marsch durch die Institutionen unseres Staates begünstigt. Das bedeutet, dass zum Teil äußerst stramme Linksideologen und/oder deren Zöglinge an entscheidenden Schalthebeln der Macht sitzen und wirken, die nicht selten einen knallharten Systemwechsel hin zum Kommunismus anstreben oder zumindest damit liebäugeln. Aus ihren Lautsprechern tönt unablässig die alarmistische Feindbild-Durchsage einer angeblichen „Gefahr von Rechts“! Das festigt ihre linksideologische Position, das heißt, diese Leute verstehen ihr Handwerk.

PAZ: *Sie berichten in Ihrem Buch, dass Linksextremisten zur paramilitärischen Ausbildung ins Ausland reisen, um sich auf den bewaffneten Kampf in Deutschland vorzubereiten. Und sogar diese Aktivitäten würden staatlich gefördert, oder vermuten Sie das nur?*

Jung: Oh ja, diesem durchaus interessanten und aufschlussreichen Themenkomplex haben wir im Buch ein ganzes Kapitel gewidmet. Allerdings findet hier staatliche Förderung nach unseren bisherigen Recherchen nur indirekt statt. Im Norden Syriens hat sich die unabhängige Republik Rojava etabliert, die aus drei „Kantonen“ besteht. Regiert wird sie nach den Prinzipien Abdullah Öcalans, dem in der Türkei inhaftierten Führer der Terrororganisation PKK. Es ist ein sozialistisches System, das sich als eine Art Verfassung sogar einen Volksvertrag gegeben hat. Bei genauerem Hinsehen stellt man allerdings schnell fest, dass es alles andere als ein demokratisches oder gar rechtsstaatliches Gebilde ist, was Sozialisten in Rojava errichtet haben. Auf Anfrage teilte uns eine Sprecherin des Bundesamtes für Verfassungsschutz Anfang Mai 2015 mit, es befänden sich 120 Linksextremisten aus Deutschland in Rojava, um dort am bewaffneten Kampf teilzunehmen. Eine Linksextremistin kam 2015 sogar ums Leben. Sie hatte an der Seite der YPG gegen den Islamischen Staat (IS) gekämpft. Und eine bunt bedruckte Werbebroschüre dazu haben wir beispielsweise Ende April 2016 im Antifa-Treff „Kafe Marat“ in München vorgefunden. Wer die wohl finanziert hat, dürfte keine Frage sein!

PAZ: *Sind denn angesichts der aufgezeigten Fehlentwicklungen nicht schon Gegenkräfte herangewachsen, die dem skandalösen Treiben ein Ende bereiten wollen?*

Jung: Das Internet mit seinen sozialen Netzwerken und die an Einfluss gewinnenden alternativen Medien und Blogs rücken derzeit – neben dem Zutun von diversen Politikern der AfD – einiges wieder „zurecht“, was sich bis tief in die Gesellschaft und Politik auswirkt. Sollte dieser Vorgang jedoch nachhaltig unterbrochen werden, dann bekommt unser bisheriges Zusammenleben gravierende Risse.

PAZ: *Als engagierter Anti-Antifa-Aktivist an der enthüllenden Aufklärungsfront haben Sie bestimmt schon persönliche Erfahrungen mit Linksextremisten gemacht, vermutlich unangenehme?*

Jung: Ja, wir wurden bei den Recherchen und Filmaufnahmen nicht nur einmal erheblich gestört und sogar körperlich attackiert, so zum Beispiel in München und Stuttgart. Auch das haben wir in den begleitenden Dokumentarfilmen anschaulich thematisiert.

PAZ: *Wie ist Ihre Prognose: 2017 werden im September die Bundestagswahlen und vorher drei Landtagswahlen stattfinden. Wird die linksextreme Gewalt noch mehr ansteigen?*

Jung: Um eine Steigerung der linksextremen Gewalt in Deutschland zu prognostizieren, braucht es wirklich niemanden, der in diesem Themengebiet ausführlich recherchiert hat. Der gewaltbereite Linksextremismus hat uns schließlich erst vor wenigen Wochen in Leipzig, als Linksextremisten die Wohnung eines ihrer Gegner aus dem rechten Spektrum am helllichten Tage aufgebrochen und brutal verwüstet haben, eindrucksvoll vorgeführt, wie sehr sich die Gewaltspirale dreht. Aber, wo Gefahr ist, wächst das – hoffentlich – Rettende auch: Mit der AfD schafft es möglicherweise eine echte Oppositionspartei aus dem Volk in den Bundestag, die in die Lage versetzt und gewillt ist, die richtigen Fragen zu stellen oder wie in Baden-Württemberg einen richtigen Untersuchungsausschuss – nämlich zu Linksextremismus – zu beantragen. Das dürfte nicht wenigen Vertretern der herrschenden politischen Kaste ein gehöriger Dorn im Auge sein – und das nicht nur in Bezug auf die finanzielle Ausstattung von linksextremen Strukturen aus hart erarbeiteten Steuergeldern. Wir dürften entsprechend vor einem der schärfsten und gewalttätigsten Wahlkämpfe der letzten Jahrzehnte stehen.

Papst Franziskus schießt Gegner ab

Konservativer Großmeister Festing zur Abdankung gezwungen – Entlassener liberaler Großkanzler von Boeselager wieder eingesetzt

Der Unmut in konservativen katholischen Kreisen über den Reformkurs von Papst Franziskus wächst. Der kampferprobte Malteserritterorden, der einst in Kreuzzugszeiten gegen das Vordringen des Islams gegründet wurde, sollte nun für die Konservativen in das (Schlacht-)Feld gegen den Papst ziehen. Sie verloren: Der Deutsche Ritter Ludwig Hoffmann von Rumerstein soll jetzt als neuer Großmeister den Orden leiten und auf Kurs bringen.

Der Aufruhr nahm seinen Anfang am 8. Dezember 2016 mit der Entlassung des Großkanzlers der Malteser, des Deutschen Albrecht von Boeselager, durch den 79. Großmeister, den Engländer Matthew Festing. Die Gründe für die Entlassung Boeselagers gehen auf die Jahre 1989 bis 2014 zurück, in denen er als Großhospitaller des Ordens zuständig für die Sozialarbeit von „Malteser International“ war. Man wirft ihm vor, dass in seiner Zuständigkeit Kondome und orale Verhütungsmittel zum Kampf gegen Aids im fernen Osten und in Afrika verteilt worden seien. Boeselager wehrte sich gegen seine Entlassung und ließ sich auch durch den Vorwurf des Ungehorsams durch die Ordensleitung, für Ritter der schlimmste Vorwurf, nicht abhalten. Es sei „absurd“ anzunehmen, dass er sich gegen die Sexual- und Familienlehre der Kirche stelle, ließ er wissen.

Boeselager entstammt einem alten rheinisch-katholischen Adelsgeschlecht. Sein Vater war der NS-Gegner Philipp von Boeselager. Mit den Galionsfiguren des sozialen Katholizismus Bischof Wilhelm Freiherr von Ketteler und Kardinal Clemens August Graf von Galen sind die Boeselagers, die den liberalen rheinischen Katholizismus und auch indirekt die CDU mitgeprägt haben, verwandt. Ein Schwager von Albrecht von Boeselager ist der ehemalige CSU-Minister Theodor von Guttenberg.

Vom Vatikan erhielt von Boeselager Rückendeckung durch die Einsetzung einer Untersuchungskommission des Staatssekretariats. Das britische katholische Magazin „The Tablet“ sieht als Hintergrund des ordensinternen Machtkampfes die seit Langem bekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem konservativen Kardinal Raymond Leo Burke und Papst Franziskus. Der amerikanische Kardinal ist der Kardinalpatron für die Malteser. Er soll bei der Entlassung von Boeselagers mitgewirkt haben.

Bei dem Streit geht es längst nicht mehr um Kondome. Der Streit steht nicht zuletzt für die immer stärker werdende konservative Opposition gegen Papst Franziskus und dessen liberalen Modernisierungskurs in der Kirche. Burke ist einer der heftigsten Kritiker des Papstes. Burke könnte ein Interesse daran gehabt haben, den Orden gegen Franziskus zu positionieren, um selbst im Hintergrund zu bleiben. Burke hat mit den deutschen Kardinälen Joachim Meisner und Walter Brandmüller sowie dem Italiener Carlo Kardinal Caffarra im vergangenen Jahr einen offenen Brief an Franzis-kus geschrieben und darin mehr Aufklärung über das Familienschreiben „Amoris Laetitia“ verlangt, in dem vor allem die Unauflösbarkeit der Ehe in Frage gestellt wird. Der offene Brief der vier Kardinäle war als Affront gegen den Pontifex gewertet worden. Die vom Papst eingesetzte Kommission erzwang jetzt die Abdankung Festings als Großmeister. Sein Nachfolger soll der Deutsche Ludwig Hoffmann von Rumerstein werden, Boeselager wird wieder ins Großkanzleramt, das dritthöchste in der Ordenshierarchie, eingesetzt. Der Machtkampf scheint vorerst zugunsten des Papstes entschieden. Aber die Antwort auf den Brief der vier Kardinäle steht noch aus. *Bodo Bost*

Der Souveräne Malteserorden

Der Souveräne Malteserorden ist einer der ältesten katholischen Laienorden und weist eine Staaten-ähnliche Struktur auf. Gegründet kurz vor Beginn der Kreuzzüge im 11. Jahrhundert in Jerusalem, blickt der Malteserorden auf eine lange Geschichte im Dienst der Pilger, Armen und Kranken zurück. Die Ordenszentrale wechselte von Jerusalem über Zypern und Rhodos 1530 nach Malta, dessen Namen der Orden heute noch trägt. Als bedeutende Militär- und Seestreitmacht bildete der Orden jahrhundertelang im Mittelmeer die christliche Vorhut im Kampf gegen die Türken und den Islam. Erst Napoleon beendete auf seinem Weg nach Ägypten 1798 kampflos die Militärherrschaft der Malteser über Malta, weil gemäß der Ordensregel der Orden nicht gegen Christen kämpfen durfte. Vertrieben fanden die Ordensritter, wie die Jesuiten, eine Zeitlang Unterschlupf beim russischen Zaren. Seit 1834 hat der Orden seinen Hauptsitz in Rom in der Nähe des Papstes.

Wegen seiner Entstehung in der Zeit der Kreuzfahrerstaaten ist der Orden internationales Völkerrechtssubjekt und hat Elemente eines souveränen Staates, wenn auch kein Territorium mehr. Er hat derzeit mit 104 Staaten der Welt volle diplomatische Beziehungen. Der Schwerpunkt der Malteser liegt heute in den humanitären Aktivitäten in der Welt. Mit über 50 Staaten hat er Kooperationsabkommen im sanitären und medizinischen Bereich vereinbart, wozu er über 25 000 medizinische Mitarbeiter und 80 000 freiwillige Helfer verfügt. *B.B.*

»Das ist ein Placebo«

Geplantes Maßnahmenpaket der Bundesregierung gegen Gefährder riecht nach Aktionismus

Als Reaktion auf den Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche will die schwarz-rote Bundesregierung ein ganzes Maßnahmenpaket zum Umgang mit sogenannten Gefährdern auf den Weg bringen. Zumindest die inzwischen beschlossene Einführung von elektronischen Fußfesseln kann gleich aus mehreren Gründen als Lösung nicht überzeugen.

Die vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzesänderung betrifft nämlich zunächst nur das Bundeskriminalamt. Wie Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) selbst eingeräumt hat, werden die meisten Gefährder, denen die Sicherheitsbehörden Terroranschläge zutrauen, aber nach Landesrecht überwacht. Die Regelungen zu den am Bein getragenen GPS-Sendern zur Ortung von Personen sind bislang verschieden. Zu befürchten ist, dass die Bundesländer auch in Zukunft sehr unterschiedliche Maßstäbe anlegen werden und dass je nach Coleur der Landesregierung der politische Wille zur Umsetzung unterschiedlich ausgeprägt ist, ja teilweise sogar fehlt.

Völlig neu ist das Instrument der elektronischen Fußfessel nicht. Schon bisher können Gerichte nach Artikel 68b des Strafgesetzbuches gefährlichen Tätern das Tragen einer Fußfessel auferlegen. Im Jahr 2015 wurden nach Angaben des Justizministeriums in Hessen bundesweit 76 Personen mit elektronischen Fußfesseln überwacht. Bislang werden auf diese Weise vor allem Personen wegen Sexualverbrechen überwacht.

Auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière musste einräumen, dass Fußfesseln zwar ein wichtiges Instrument sein können, um die Überwachung von Personen zu erleichtern, aber kein Allheilmittel. Zu Recht haben Kritiker auf Fälle hingewiesen, in denen Täter schwere Straftaten begangen haben, obwohl sie die Auflage zum Tragen der Ortungssender erhalten hatten. Im vergangenen Jahr ermordeten zwei IS-Anhänger in der Normandie mit äußerster Brutalität einen französischen Priester. Einer der Täter war zuvor bereits polizeibekannt und trug eine Fußfessel. Bereits im Jahr 2015 hatte ein Islamist in Berlin-Spandau auf eine Polizistin mit einem Messer eingestochen. Auch dieser Täter hatte nach einer Haftstrafe die Auflage zum Tragen einer elektronischen Fußfessel erhalten. Angesichts solcher Verbrechen kann die negative Einschätzung elektronischer Fußfesseln durch Ulrich Schellenberg, den Präsidenten des Deutschen Anwaltvereins, kaum überraschen. „Das ist ein Placebo, das ist Symbolpolitik, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen“, so Schellenberg gegenüber der „Zeit“.

> Der Präsident des Deutschen Anwaltvereins: »Das ist Symbolpolitik, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen«



Anlässlich des Probebetriebes in Schleswig-Holstein: Vorstellung der elektronischen Fußfessel in Kiel Bild: action press

Deutliche Skepsis ist auch mit Blick auf die Forderung nach Abschiebung von islamischen Gefährdern angebracht. So hat Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) unlängst darauf aufmerksam gemacht, dass rund 80 Prozent der Gefährder in der Hauptstadt gar nicht in Abschiebehaft genommen werden können, da es sich um deutsche Staatsangehörige handelt. Anteil daran hat die bislang verfolgte Einbürgerungspolitik, allerdings auch die zunehmende Zahl von Deutschen, die sich als Konvertiten radikalen islamischen Gruppen anschließen. Ein Blick nach Brandenburg zeigt einen weiteren Schwachpunkt: Unter den gegenwärtigen Bedingungen völlig offener und weitgehend unkontrollierter Grenzen sind Abschiebungen in der Praxis oftmals wenig effektiv. So mussten die brandenburgischen Behörden in den letzten Jahren die Erfahrung machen, dass zum Beispiel abgeschobene tschetschenische Asylberwerber regelmäßig wieder illegal über Polen nach Brandenburg einreisen. Die Folge ist die Etablierung einer tschetschenisch dominierten radikalislamischen Szene in Brandenburg innerhalb von wenigen Jahren. Selbst diese im Vergleich zu anderen Bundesländern noch überschaubare Gruppe bindet inzwischen bei Landeskriminalamt und Verfassungsschutz beträchtliche personelle Ressourcen und gefährdet damit die übrige Polizeiarbeit. So wird berichtet, dass für eine 24-Stunden-Überwachung eines einzigen Gefährders Dutzende Beamte notwendig sind. Rechnet man diesen Aufwand mit der vom Bundeskriminalamt genannten Zahl von bundesweit 760 Gefährdern hoch, wird schnell das Dilemma für die innere Sicherheit Deutschlands deutlich.

Vor diesem Hintergrund dürfte früher oder später intensiv über eine Lösung diskutiert werden, die von Bundesinnenminister de Maizière bereits angedeutet wurde: die Einführung einer „Gefährderhaft“. Notwendig wäre hierzu die Schaffung eines eigenständigen Haftgrundes wegen Gefährdung der inneren Sicherheit oder wegen Terrorgefahr.

Zu befürchten ist, dass die Umsetzung des von de Maizière und Justizminister Heiko Maas (SPD) angekündigten Maßnahmenpakts vom Lauf der Ereignisse überrollt wird und zu spät kommen wird. So hat der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, davor gewarnt, dass die nachlassenden militärischen Erfolge des Islamischen Staates die Zahl der Dschihad-Rückkehrer nach Deutschland steigen lässt. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

W. v. Gottberg Alterspräsident?

Hannover – Wilhelm v. Gottberg, von 1992 bis 2010 Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen, hat gute Aussichten, der nächste Alterspräsident des Bundestages zu werden. Der am 30. März 1940 im ostpreußischen Groß Klitten, Kreis Bartenstein, geborene v. Gottberg wurde von der niedersächsischen AfD auf Platz vier der Landesliste gesetzt. Laut aktuellen Umfragen ist ihm ein Parlamentssitz damit nahezu sicher. Mit seinem Alter von dann 77 Jahren wäre v. Gottberg nach derzeitigem Stand der älteste Abgeordnete des am 24. September neu zu wählenden Parlaments und damit Alterspräsident. Der Alterspräsident hat spezielle Rechte, so eröffnet er die erste, konstituierende Sitzung des Bundestages mit einer Rede. *H.H.*

Lohndruck per Zuwanderung

Berlin – Der frühere Bundesvorsitzende der Linkspartei und zuvor der SPD, Oskar Lafontaine, fordert, illegale Zuwanderer notfalls abzuschieben. Im Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ sagte der 74-Jährige, letztendlich müsse der Staat entscheiden, wen er aufnehme. Wer illegal über die Grenze gekommen sei, der solle ein Angebot bekommen, freiwillig zurückzugehen. „Wenn er dieses Angebot nicht annimmt, bleibt nur die Abschiebung“, so Lafontaine. Unternehmern warf er vor, den freizügigen Personenverkehr zu befürworten, um qualifizierte Arbeitskräfte in Entwicklungsländern abzuwerben und hierzulande „durch verstärkte Zuwanderung die Lohnkonkurrenz zu verschärfen“. Lafontaines Positionen zur Zuwanderung sind in der Linkspartei heftig umstritten, ebenso wie die gleichlautenden seiner Ehefrau und Parteigenossin Sahra Wagenknecht. *H.H.*

Ohne Koalitionsaussage

Die FDP hält sich im Superwahljahr 2017 alle Optionen offen

Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, betätigt sich in diesen Tagen als Mutmacher. Die Zahlen sprächen eine deutliche Sprache, erklärte er kürzlich bei einem der vielen Neujahrsempfänge, die er dieser Tage besuchte. Damit meinte er nicht nur die wieder ansteigenden Mitgliederzahlen, sondern auch die Umfragen, welche seine Partei auf Bundesebene konstant zwischen sechs und sieben Prozent sehen.

Das Wahljahr beginnt Ende März im Saarland. Dort hatte sich die FDP von der Machtpolitikerin Annegret Kramp-Karrenbauer, einer treuen Gefolgsfrau der Bundeskanzlerin Angela Merkel, nach allen Regeln der Kunst austanzen lassen. Am Ende der Jamaika-Koalition mit CDU und Grünen stand 2012 mit 1,2 Prozent die politische Pulverisierung. „Das Saarland ist der Joker“, sagte Lindner kürzlich. Dort sind die Umfrageergebnisse noch wackelig. Derzeit liegt die FDP bei vier Prozent. „Aber wir sind das einzige Bollwerk gegen Rot-Rot-Grün“, sagt Lindner. In der Tat: Schaffen es die Liberalen in den Saarbrücker Landtag, sind die Träume der SPD von einem Machtwechsel ausgeträumt.

Lindner hat angekündigt, den SPD-Kandidaten Frank-Walter Steinmeier zum Bundespräsidenten zu wählen. Der verfügt mit den Stimmen der Großen Koalition zwar auch so über eine satte Mehrheit, aber Lindners Empfehlung ist dennoch mehr als nur Symbolpolitik. Beobachter in Berlin haben das Augenzwinkern Richtung SPD aufmerksam vernommen.

Das Superwahljahr hat begonnen, ohne dass sich die FDP auf eine Koalitionsaussage eingelassen hätte. Das war früher anders und das hat die Partei teuer bezahlt. Die Zeiten als Anhängsel der CDU seien vorbei, sagt Lindners Stellvertreter Wolfgang Kubicki, der Spitzenkandidat in Schleswig-Holstein, wo im Frühjahr ebenfalls gewählt wird. „Es gibt in der Partei viele, die eine Stinkwut auf Merkel haben“, sagt er und gibt damit das Gefühl wieder, das viele in der FDP haben: „Die hat uns erdrückt.“ Mit einigen offenen Rechnungen geht die FDP in ihr Schicksalsjahr.

> Viele sind sauer über die Behandlung durch Angela Merkel

Sollte sie es im Saarland schaffen, ist ihr ein Platz auf der Oppositionsbank sicher. Mit CDU oder SPD wird es alleine nicht reichen. Eine Neuauflage von Jamaika „wäre Slapstick“, wie es Landeschef Oliver Luksic formuliert, „und als Steigbügelhalter von Rot-Grün taugen wir nicht“. So sagt es auch Lindner.

Kurz darauf stehen Wahlen im hohen Norden sowie in Nordrhein-Westfalen, der Heimat des Parteichefs, an. Nach allen Umfragen ist die FDP in ihren Hochburgen sicher drin und steht die jeweils regierende rot-grüne Koalition vor dem Aus. „In NRW wollen wir Rot-Grün ablösen und nicht verlängern“, sagte Lindner der „Neuen Ruhr / Neuen Rhein Zeitung“, „Auf diese Festlegung können sich unsere Wähler verlassen.“ Eine Hintertür ließ er sich aber offen: „Am Ende kommt es auf festgeschriebene Inhalte an.“ So drückte sich die FDP bereits im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz aus und schloss ein Bündnis mit SPD und Grünen. Wolfgang Kubicki, Einpeitscher und „elder statesman“ der Partei in einem, formulierte es so: „Verantwortungsvolle Demokraten nehmen ein Wahlergebnis mit Demut zur Kenntnis und machen sich dann Gedanken über Bündnisse.“ Dies lässt nun wirklich Platz für Spekulationen. *Peter Entinger*

Zeitzeugen



Andreas Voßkuhle – Der 1963 in Detmold geborene Rechtswissenschaftler war bereits Angela Merkels Wunschkandidat für die Nachfolge von Christian Wulff. Auch diesmal war sein Name im Gespräch. Aber er wollte nicht, denn als Präsident des Bundesverfassungsgerichts verfügt er über deutlich mehr politischen Einfluss und Gestaltungsspielraum.

Kurt Gscheidle – Der 1924 in Stuttgart geborene spätere Postminister war Wahlmann der SPD 1969 und wurde beim engen Rennen dringend gebraucht. Ein vorabendlicher Ausflug ins Rotlichtmilieu endete mit einer Kopfverletzung im Krankenhaus. SPD-Kandidat Gustav Heinemann wurde dennoch gewählt. Gscheidle starb 2003 in Saarbrücken.



Gesine Schwan – Die 1943 in Berlin zur Welt gekommene Politikwissenschaftlerin und SPD-Aktivistin kandidierte 2004 und 2009 für das Amt des Bundespräsidenten, beide Male scheiterte sie im ersten Wahlgang an Horst Köhler. Die Lehrerstochter lehrte lange Jahre an der Freien Universität Berlin, bevor sie von 1999 bis 2008 die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder leitete.

Karl Dönitz – Vor allem in der Frühphase der Bundesrepublik schrieben einzelne Wahlleute einfach andere Namen auf die Abstimmkarten. Auf diese Weise kam das 1891 in Grünau bei Berlin geborene letzte Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches in der zweiten Bundesversammlung 1954 zu einer Stimme. Während des Krieges Oberbefehlshaber der Marine, hatte ihn Adolf Hitler in seinem Testament zu seinem Nachfolger als Reichspräsident berufen. Zum Zeitpunkt der Wahl saß er noch in alliierter Kriegsgefangenschaft. Dönitz starb 1980 in Aumühle.



Norbert Lammert – Der Sitzungspräsident der Bundesversammlung ist der Hausherr des Wahlortes. Der 1948 in Bochum zur Welt gekommene Bundestagspräsident wurde zuvor selbst lange als möglicher CDU-Kandidat gehandelt, lehnte aber dankend ab. Im Herbst zieht er sich aus der aktiven Politik zurück.

Der Sieger steht schon fest

Fraglich ist nur die Anzahl der Stimmen, die der Groko-Kandidat Steinmeier bekommt

Am 12. Februar wählt die Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland ein neues Staatsoberhaupt. Die Wahl des bisherigen Außenministers Frank-Walter Steinmeier ist beschlossene Sache.

Selten in der Geschichte der Bundesrepublik gab es so viel Einmütigkeit vor dem Zusammentritt einer Bundesversammlung wie diesmal. Am kommenden Sonntag wird Frank-Walter Steinmeier neuer Bundespräsident werden, das steht außer Frage. Der scheidende SPD-Chef Sigmar Gabriel hat diesen Coup der Bundeskanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden Angela Merkel abgerungen.

Die Zusammensetzung der 16. Bundesversammlung, die am 12. Februar den Nachfolger von Joachim Gauck wählt, ergibt sich vor dem Hintergrund der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und in den Landtagen. Sie setzt sich je zur Hälfte aus den Abgeordneten des Bundestages und ebenso vielen Vertretern der Bundesländer zusammen. Folglich entsenden die Parlamente insgesamt 1260 Wahlmänner- und Frauen in die Versammlung, die im Berliner Reichstag tagen wird.

An der Nominierung Steinmeiers hatte es auch Kritik gegeben. Der Fraktionsvorsitzende der Piratenpartei im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Michele Marsching, erklärte: „Die Piraten werden den ausgekungelten Kandidaten Steinmeier nicht wählen. Wir haben von Anfang an klargemacht, dass wir uns für eine Direktwahl eines Bürgerkandidaten einsetzen wollen, um genau eine solche Situation zu verhindern, wie sie jetzt entstanden ist.“ Zwar spielen die „Piraten“ im politischen Tagesgeschäft kaum eine Rolle – in Kürze werden sie ihre Sitze im Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen aller Voraussicht nach verlieren –, doch mit ihrer Kritik stehen sie nicht alleine da. Innerhalb der CDU gab es viele, welche die Einigung der Kanzlerin mit den Sozialdemokraten kritisch sehen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble bewertete die Entscheidung als „Niederlage“ und Präsidiumsmitglied Jens Spahn erklärte, „dass angesichts einer um sich greifenden Politikverdrossenheit mehr Wettbewerb gut getan hätte“.

> Die Zählkandidaten heißen Butterwegge, Glaser und Hold

So kandidieren neben Steinmeier nur noch sogenannte Zählkandidaten. Die Linkspartei schickt den Armutsforscher Christoph Butterwegge ins Rennen, der früher bei SPD und Jusos aktiv war und als Kritiker der Agenda 2010 gilt. Dass Steinmeier die Reformen von Ex-Kanzler Gerhard Schröder bis heute verteidigt, ist übrigens der Grund, warum die Linkspartei ihre Unterstützung versagt. Die Alternative für Deutschland stellte auf ihrem Bundesparteitag am 29. April 2016 Albrecht Glaser als ihren Kandidaten auf. Der frühere Stadtkämmerer von Frankfurt am Main dürfte mit dem Fernseh-Richter Alexander Hold um den dritten Platz kämpfen, der von den Freien Wählern nominiert wurde und wohl auch von den Bundesversammlungsmitgliedern gewählt werden dürfte, die ihren Sitz den „Piraten“ verdanken.

Dass Steinmeier bereits im ersten Wahlgang die erforderliche Absolute Mehrheit erhalten wird, steht außer Frage. Offen hingegen ist, wie viele Stimmen er aus den Reihen der Großen Koalition bekommt. So könnte Linksparteikandidat Butterwegge Stimmen von unzufriedenen Bundesversammlungsmitgliedern auf SPD-Ticket erhalten und AfD-Kandidat Glaser von Mitgliedern auf CDU-Ticket. Das Szenario, dass der Kandidat der Alternative für Deutschland deutlich mehr Stimmen als jene der 35 Wahlleute erhält, welche die AfD nach Berlin entsandt hat, wird innerhalb der CDU als Gau angesehen. *Peter Entinger*



Der amtierende Bundespräsident und sein Nachfolger: Joachim Gauck und Frank-Walter Steinmeier

Bild: action press

Wie weiland in der DDR-Volkskammer

An der Wahl des Bundespräsidenten nehmen nicht nur Berufspolitiker teil. Vor allem die Landtagsfraktionen machen manchmal von ihrem Recht Gebrauch, Personen des öffentlichen Lebens nach Berlin zu entsenden. Vor vier Jahren nominierte die Sachsen-SPD beispielsweise den populären Schauspieler Jan-Josef Liefers, der in den beliebten „Tatort“-Folgen aus Münster den Professor Karl-Friedrich Boerne spielt. Zweimal für die Grünen dabei war auch der Regisseur und Filmemacher Sönke Wortmann. Vor vier Jahren war sie die Überraschungskandidatin der CDU: Alice Schwarzer. Die Frauenrechtlerin wurde von der nordrhein-westfälischen Union ausgewählt. Die Nominierung sei eine Anerkennung ihres Lebenswerks, teilte die Partei damals mit. Bei der letzten Bundespräsidentenwahl vor fünf Jahren schickte die Union ebenfalls TV-Moderator Frank Elstner und Fußballtrainer Otto Rehhagel nach Berlin. Diesmal ist Bundestrainer Joachim Löw höchstpersönlich vor Ort, er wurde vom grünen Ministerpräsidenten seines Heimatlandes Baden-Württemberg, Wilfried Kretschmann, gebeten. Bekanntestes Gesicht der FDP-Wahlleute ist der „Focus“-Herausgeber Helmut Markwort. Die AfD hingegen bricht mit dieser Sitte und entsendet ausschließlich Parlamentarier aus den eigenen Reihen.

> Dank an verdiente Prominente

Die etablierten Parteien der Bundesrepublik nutzen die Bundesversammlung wie weiland die Blockparteien und Massenorganisation der DDR die Volkskammer, um ihnen nahestehende verdiente Größen aus Sport und Gesellschaft zu ehren und sich umgekehrt mit deren Namen zu schmücken. Der wohl populärste Sportler in der DDR, der Radrennfahrer Gustav-Adolf „Täve“ Schur, saß ebenso im DDR-Parlament wie die Leichtathletin Heike Drechsler, die 1986 sowohl „DDR-Sportlerin des Jahres“ als auch Abgeordnete wurde. Und das „schönste Gesicht des Sozialismus“, die Eiskunstläuferin Katarina Witt, schmückte gleichfalls das Verfassungsorgan. *P.E./M.R.*

»Ein Stück Machtwechsel«

Nicht bei allen Wahlen war der Gewinner schon vorher gesetzt

So friedlich wie diesmal ging es bei der Wahl des Bundespräsidenten nicht immer zu. Als spannendste Bundespräsidentenwahl gilt jene des Jahres 1969. In Bonn regierte die erste Große Koalition unter Führung des Christdemokraten Kurt-Georg Kiesinger, als dessen Parteifreund Bundespräsident Heinrich Lübke am 14. Oktober 1968 seinen Amtsverzicht zum 30. Juni 1969 ankündigte. Ziemlich überraschend machte am 5. März 1969 der Sozialdemokrat Gustav Heinemann dank Unterstützung der FDP mit sechs Stimmen Vorsprung gegen Verteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU) das Rennen. Es war ein Signal in Richtung der sozialliberaler Koalition, die SPD und FDP nach der Bundestagswahl im Herbst desselben Jahres schlossen. Heinemann sprach später selbst von „einem Stück Machtwechsel“.

Weitaus weniger spannend ging es bei der ersten Bundesversammlung zu, die am 12. September 1949 in Bonn zusammentrat und den FDP-Kandidaten Theodor Heuss zum Staatsoberhaupt wählte. Darauf hatte sich die damals regierende Koalition aus CDU, CSU, FDP und Deutscher Partei verständigt. Der Gegenkandidat der SPD, Kurt Schumacher, galt von vornherein als chancenlos. Heuss wurde in der Folge zu einer geachteten Nachkriegsfigur in Deutschland. Dementsprechend verzichtete die SPD vier Jahre später auch auf einen Gegenkandidaten.

> Am spannendsten war die Wahl Heinemanns 1969

Knapp wurde es 1974, als sich der von der SPD unterstützte FDP-Kandidat Walter Scheel gegen den CDU-Herausforderer Richard von Weizsäcker durchsetzte, der zehn Jahre später schließlich doch noch Staatsoberhaupt wurde. Drei Wahlgänge brauchte Roman Herzog 1994, um sich gegen Johannes Rau zu behaupten. Rau wurde fünf Jahre später dann doch noch Bundespräsident und blieb bis dato der letzte Sozialdemokrat an der Spitze des Staates.

Die kürzeste Amtszeit aller Präsidenten hatte der CDU-Politiker Christian Wulff, den Bundeskanzlerin Angel Merkel 2010 auf den Thron hievte. Nach kaum zwei Jahren voller Skandale war der Weg im Sommer 2012 frei für den einstigen DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck, den Merkel zuvor noch mit Vehemenz verhindert hatte. *P.E.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

NSU-Aufklärung stockt verdächtig

Verbirgt Brandenburgs Verfassungsschutz ein düsteres Geheimnis?



War auch er für den Verfassungsschutz tätig? Der 2016 verstorbene stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Frank Schwerdt im Dezember 2014 im Sitzungssaal des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe

Bild: pa

Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz beim NSU? Bislang kommt die eigentliche Arbeit des brandenburgischen Untersuchungsausschuss „Nationalsozialistischer Untergrund“ nur schleppend in Gang. Mehr und mehr deuten sich allerdings hochbrisante Enthüllungen zum Umgang mit V-Leuten an.

Wie erst mit einiger Verzögerung bekannt wurde, hat Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) bereits am 18. Januar für die Behörden ein Vernichtungsverbot von Akten mit Bezug zum Rechtsextremismus erlassen. Am 20. Januar folgte ein weiterer Schritt: In einer nicht öffentlichen Sitzung mit Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) und Justizminister Stefan Ludwig (Linke) einigte sich der NSU-Untersuchungsausschuss darauf, dass die Parlamentarier künftig Einsicht in weitgehend ungeschwärzte Akten bekommen. Beide Beschlüsse könnten eine Wendemarke darstellen.

Bislang sah sich die Landesregierung dem Vorwurf ausgesetzt, eher auf Vertuschung als auf Offenheit setzen zu wollen. So sind in Brandenburg Akten zum wichtigen V-Mann „Piatto“ vernichtet worden, obwohl im Bund ein Löschmoratorium galt. Brandenburgs Innenministerium sorgte wiederum vor zwei Jahren für Kopfschütteln, als es sogar „Piatto“-Akten für den Münchner NSU-Prozess mit einem Sperrvermerk versehen wollte.

Folge dieser Geheimniskrämerei war ein Eklat. Der Münchner Strafsenat beschlagnahmte im Juli 2015 kurzerhand einen Aktenordner, den ein Brandenburger Verfassungsschützer zu seiner Zeugenvernehmung dabei hatte. Speziell der Fall „Piatto“ gilt als heikel: Der V-Mann soll im Jahr 1998 Hinweise auf das damals gerade erst untergetauchten NSU-Trio gegeben haben, allerdings soll die Information von Brandenburg nicht nach Sachsen und Thüringen weitergegeben worden sein.

Besonders radikaler Neonazi im Dienste des Staates

Schon die Verpflichtung des „Vertrauensmanns“ gilt als Skandal. Angeworben wurde ausgerechnet ein Schwerstkrimineller, der wegen versuchten Totschlages zu acht Jahren Haft verurteilt worden war. Wie „Piatto“ später erklärte, gab er noch in seiner Haftzeit unter Beteiligung des Verfassungsschutzes ein Neonazi-Magazin namens „United Skins“ heraus. Relativ schnell war der Angeworbene Freigänger und schließlich wieder ganz in Freiheit. Dort sorgte „Piatto“ durch seine besondere Radikalität für Aufsehen in der rechtsextremen Szene.

So hat der Politikwissenschaftler Hans-Joachim Funke kritisiert, dass der vom Verfassungsschutz angeworbene V-Mann bis kurz vor seiner Enttarnung im Jahr 2000 sogar dazu aufgestachelt habe, Sprengstoff-Attentate zu begehen. „Da ist der Verfassungsschutz selber ein Teil des Problems und ist mitverantwortlich für eine Radikalisierung von Gewaltverbrechern.“ Ins Bild passen die Aussagen von Brandenburgs Generalstaatsanwalt Erardo Rautenberg im Untersuchungsausschuss. Am Rande der Sitzung hat Rautenberg vor einigen Wochen den Verdacht geäußert, Brandenburgs Verfassungsschutz könnte im Jahr 2001 in einen Brandanschlag auf die Trauerhalle des jüdischen Friedhofs in Potsdam verwickelt gewesen sein. Seinerzeit hatte sich eine „Nationale Bewegung“ zu dem Anschlag bekannt.

Bis heute ist eine Gruppe unter diesem Namen nie wieder in Erscheinung getreten, auch Täter konnten nie ermitteln werden. Rautenberg bezeichnete den Zeitraum zwischen den Jahren 2000 und 2004 sogar als „finstere Zeit“ der Behörde. Beim Verfassungsschutz habe es kein Gespür dafür gegeben, was man machen könne und was nicht, so die Einschätzung des Generalstaatsanwalts. Vorwürfe dieser Art scheinen nun neue Nahrung zu erhalten.

Laut den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ ist vom NSU-Untersuchungsausschuss an das brandenburgische Innenministerium die Anfrage gestellt worden, ob der frühere NPD-Politiker Frank Schwerdt für den Verfassungsschutz gearbeitet habe. Wie weiter berichtet wird, soll das Innenministerium in der Angelegenheit eine Antwort abgelehnt haben. Verwiesen wurde demzufolge darauf, dass derlei Informationen geheimhaltungspflichtig seien. Bemerkenswert ist, dass im Fall des Weihnachtsmarkt-Attentäters Anis Amri das Innenministerium vor wenigen Wochen nicht gezögert hat, zu erklären, der Tunesier habe nicht als V-Mann gearbeitet.

Bestätigt sich der Verdacht, dass Schwerdt für den Verfassungsschutz Brandenburgs gearbeitet hat, wäre dies politisch hoch brisant: Bei dem im Oktober 2016 verstorbenen Frank Schwerdt hat es sich um die einflussreichste Person in der rechtsextremistischen Szene Berlins und Brandenburgs gehandelt. Er war nicht nur in der gewaltbereiten „Kameradschaftsszene“ vernetzt, sondern im Jahr 2009 sogar zum stellvertretenden Parteivorsitzenden der NPD aufgestiegen. Damit nicht genug: Schon bislang sind über 40 V-Leute diverser Geheimdienste identifiziert, die im Umfeld des NSU-Trios agiert haben. Sollte sich der Verdacht erhärten, dass auch der NPD-Funktionär ein angeworbener Spitzel war, würde sich diese Zahl weiter erhöhen. Frank Schwerdt hat im Jahr 2012 selbst eingeräumt, jahrelang Kontakt zu Mitgliedern des NSU gehabt zu haben. *Norman Hanert*

Stiffelio in Berlin

Von Vera Lengsfeld

Es gibt sie noch, die schönen Dinge. Dazu gehört zweifellos die Aufführung der fast vergessenen Verdi-Oper Stiffelio im Konzerthaus am Gendarmenmarkt durch die Berliner Operngruppe unter Leitung des talentierten Dirigenten Felix Krieger. Einen passenderen Rahmen als das ehemalige Schauspielhaus hätte es nicht geben können. Das Gebäude wäre beinahe auch dem Vergessen anheimgefallen. Mitte der 70er Jahre stand es noch als Ruine auf dem damaligen Platz der Akademie, flankiert von den ebenfalls ruinierten Deutschen und Französischen Domen. Ich bin als junge Mitarbeiterin der Akademie der Wissenschaften manchmal in der Mittagspause in den Ruinen gewesen, habe die prachtvollen, noch erhaltenen architektonischen Details bewundert und geglaubt, sie würden bald verschwinden.

Es wurde im damaligen Politbüro ernsthaft erwogen, die Überreste des einstmals schönsten Platzes Europas zu beseitigen und ihn, ähnlich dem Areal des abgeräumten Schlosses, mit sozialistischer Architektur zu bebauen. Dann setzte sich die Vernunft durch und man entschied sich für den Wiederaufbau. Heute glänzt der Konzertsaal in alter Pracht, als wäre er nie weg gewesen.

Auch die Klänge von Verdis Oper Stiffelio füllten den Raum, als wäre sie nicht kurz nach der Uraufführung in Triest vor 167 Jahren abgesetzt und von den Opernbühnen der Welt verbannt worden. Grund war die Zensur, die Zensur keine kirchlichen Handlungen auf der Bühne zuließ, schon gar keinen Ehebruch in einem Pfarrhaus.

Es ist kaum zu glauben, dass diese wunderbare Musik vergessen werden konnte. Verdi, bekannt dafür, ungewöhnliche Helden wie Prostituierte, Narren und Zigeuner auf die Bühne zu bringen, hat sehr unter dem Verbot seines Meisterwerks gelitten. Er versuchte, die Musik durch Umschreibung in die Ritter-Oper „Aroldo“ zu retten, was aber nicht gelang.

Es ist Felix Krieger zu verdanken, dass Stiffelio auferstehen konnte. Die Urfassung galt lange als verschollen, erst 1992 sind Teile im Privatbesitz von Verdi-Erben wieder aufgetaucht. Durch sorgfältige Recherche im Ricordi-Archiv, das fast alle Opern, die in Italien aufgeführt wurden, enthält, gelang die Rekonstruktion.

Das Ergebnis ist ein wunderbares Geschenk an die Musikwelt, wie die mit stehenden Ovationen aufgenommene Aufführung in Berlin bewies. Die teilweise sehr schwierigen Arien wurden genial bewältigt, obwohl Peter Auty als Stiffelio kurzfristig für einen erkrankten Kollegen einspringen musste. Aber auch Maria Katzarava als Lina riss zu Begeisterungsstürmen hin. Hoffentlich erlebt diese großartige Oper noch viele Aufführungen.

Absage ans moderne Bauen

Streit um Schlosskolonnaden birgt hohe symbolische Bedeutung

Mit Tempo geht der Bau des Berliner Schlosses den geplanten öffentlichen Führungen im März entgegen. Das Einheits- und Freiheitsdenkmal davor, im Volksmund „Bundeswippe“ genannt, ist dagegen am Kostenrahmen gescheitert. Das eröffnet einem Wiederaufbau der Kolonnaden Raum. Für manche ist es eine Debatte um die „richtige“ Architektur.

Die barocken Außenfassaden des Schlosses sind fast fertig. Ebenso hat der moderne Flügel von Architekt Franco Stella Gestalt angenommen. Um die Gestalt des Platzes vor dem Schloss tobt indes ein erbitterter Kampf: „Warum liegt die Pickelhaube im Trend?“, unkte Deutschlandradio Kultur am 25. Januar mit Blick auf einen möglichen Wiederaufbau der „alten Kolonnaden“.

Das Scheitern des dort vorgesehenen, aber schon im April 2016 totgesagten Einheitsdenkmals erzürnt dessen Befürworter. Der Haushaltsausschuss des Bundestages bewilligte im November eine Rekonstruktion der 1894 erbauten und 1950 abgetragenen Kolonnaden und verabschiedete sich damit von der „Wippe“. Die Entscheidung setzt ungewollte symbolpolitische Zeichen: Das

Staatssender unkt gegen »Trend zur Pickelhaube«

Vertrauen ins moderne Bauen an dieser prominenten Stelle scheint erschüttert. Dennoch sprach sich Berlins rot-rot-grüner Senat gegen Wiederaufbaupläne an der Schlossfreiheit aus. Doch die Frage, ob wie beim Schloss auch im Umfeld eine bewährte Form als Rahmen neuer Inhalte dienen kann, bleibt aktuell, besonders weil der Bundestag 18,5 Millionen Euro für das Wiedererstehen der historischen Kolonnaden bewilligt hat.

Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linke) weist Geld wie Idee zurück: „Das Grundstück mit dem Denkmalsockel gehört dem Land. Deshalb entscheiden auch wir, was wir damit machen.“ Man wolle zuerst den erhaltenen Sockel des einst von den Kolonnaden umschlossenen Denkmals „Kaiser Wilhelm Nationaldenkmal“ sichern.

Kolonnaden-Gegner Wolfgang Thierse (SPD) nannte die Entscheidung des Bundes gegen ein neu gestaltetes Denkmal einen „Handstreich“, musste sich indes vom Haushaltsexperten Johannes Kahrs (SPD) korrigieren lassen: Der Beschluss des Haushaltsausschusses sei einstimmig erfolgt, es gehe dabei um eine „historische Einbettung“ des Schlosses. Das Gedenken an Einheit und Freiheit ließe sich schließlich auch in den Kolonnaden gestalten, sagen deren Befürworter. *SG*

Henkels dünne Chance

Der frühere Berliner CDU-Chef kämpft um einen Bundestagssitz

Der frühere Innensenator und Ex-Landesvorsitzende der Berliner CDU strebt nach der Niederlage seiner Partei bei der Landtagswahl 2016 und dem damit verbundenen Verlust der Regierungsbeteiligung am 24. September 2017 in den Bundestag. Doch der Weg dorthin dürfte steinig werden.

Noch im November letzten Jahres waren abwertende Kommentare aus seiner eigenen Partei zu hören. „Wir haben bewährte Kräfte im Bundestag. Ich sehe keinen Änderungsbedarf“, erklärte der Neuköllner CDU-Vorsitzende Falko Liecke. Frank Steffel, Chef der Reinickendorfer CDU und Mitglied des Bundestags, soll gar gehöhnt haben: „Er sollte sich nach etwas anderem umschauen, was erfüllend ist. Es gibt im Leben mehr Dinge als Politik.“ Steffel beschwerte sich später, die Presse habe ihn falsch zitiert.

Zunächst einmal muss Henkel in seinem Wahlkreis als Kandidat nominiert werden. Aber Henkel ist Kreisvorsitzender. Das sollte er also schaffen. Dann kommt die Nominierung für die Landesliste auf einem Landesparteitag. Das wird schon schwieriger. Bislang sitzen neun Berliner CDU-Mitglieder im Bundestag. Henkel wäre

In der Partei trifft seine Ambition kaum auf Resonanz

dann gewissermaßen der zehnte, denn die anderen werden vermutlich nicht freiwillig Platz machen.

Bei der Bundestagswahl 2013 erreichte die CDU in Berlin noch 28,5 Prozent. Bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2016 waren es nur noch 17,6 Prozent. Zudem schafften FDP und AfD 2013 nicht den Sprung in den Bundestag. Das wird diesmal wohl anders, was die übrigen Parteien an sich schon Mandate kosten wird. Pessimisten in der CDU sehen ihre Partei nur noch mit vier Berliner Vertretern im Bundestag. Optimisten hoffen auf sechs Mandate. Aber selbst wenn es so kommt, wäre Henkel wohl draußen. Denn die CDU hat im Westteil der Stadt bei der letzten Wahl fünf Direktmandate errungen. Henkels Wahlkreis Mitte ist seit den 90er Jahren fest in der Hand der SPD.

Bei so vielen CDU-Direktmandaten bliebe nur ein Platz über die Liste, den jedoch die jetzige Landesvorsitzende Monika Grütters (deren Wahlkreis in Ost-Berlin derzeit von der Linkspartei gehalten wird) erfolgreich für sich reklamieren dürfte. Selbst wenn es Henkel (was eher unwahrscheinlich ist) auf Platz 2 der Liste schafft, müsste die Hauptstadt-Union mindestens sieben Mandate erringen, damit für Henkel eines abfällt. Danach sieht es derzeit kaum aus. *Hans Lody*

MELDUNGEN

Niederländer zählen per Hand

Den Haag – Aus Angst vor Wahlmanipulationen sollen bei den niederländischen Parlamentswahlen am 15. März alle Wahlzettel wieder per Hand ausgezählt werden. Innenminister Ronald Plasterk gab seine Entscheidung nach einer Sendung von RTL-Nieuws bekannt, die herausfand, dass die bisher in den Niederlanden eingesetzten Wahlcomputer leicht zu hacken seien, was dann entscheidende Auswirkungen auf das Wahlergebnis haben könne. In den zehn Jahren, da man in den Niederladen per Abstimmungscomputer gewählt hat, sind indes nie Wahlfälschungen aufgefallen. Die Abkehr vom bisherigen Verfahren kann auch mit Geert Wilders EU-kritischer Partei für die Freiheit zu tun haben: Man will sichergehen, dass diese nicht von möglichen Wahlmanipulationen profitiert. *tws*

Keine Beweise für Kampagne

Moskau/Berlin – „Wir haben keine Smoking Gun gefunden", heißt es in Berliner Regierungskreisen. Fast ein Jahr lang hatten deutsche Geheimdienste Beweise für eine russische Desinformationskampagne gegen die Bundesregierung gesucht. Bundenachrichtendienst (BND) und Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) konstatierten, dass zwar die Berichterstattung russischer Medien und deren deutscher Ableger, wie „RT Deutsch" oder „Sputnik News" feindselig seien, es sei aber schwer, die Grenze zwischen überzogener und falscher Berichterstattung und Desinformation zu ziehen. Hintergrund für die Ermittlungen ist die Sorge, dass Russland die Wahlen in Europa, wie in den USA vermutet, beeinflussen könnten. Die Geheimdienste der drei EU-Partner haben eine enge Zusammenarbeit vereinbart. *MRK*

FSB verhaftet »Hochverräter«

Russischer Geheimdienst entlarvt Agentennetzwerk mit Verbindungen zum FBI

Erst vor wenigen Tagen sickerte durch, dass Ende Dezember der hochrangige FSB-Mitarbeiter Sergej Michajlow, sein Stellvertreter Dmitrij Dokutschajew sowie der Angestellte der bekannten IT-Sicherheitsfirma Kaspersky, Ruslan Stojanow, verhaftet wurden. Wegen Verbindungen zur US-Bundespolizei FBI werden sie des Hochverrats angeklagt.

Ein undurchsichtiger FSB-Oberst, sein halbseidener Stellvertreter, ein Geschäftsmann mit Geheimdienstvergangenheit, eine illegale Hackergruppe und die US-Bundespolizei FBI, die bei der Aufdeckung eines vermeintlich geplanten Cyberkriegs mitwirkt: Aus diesem Stoff werden Agententhriller gestrickt.

Was wie die Vorlage zu einem Spionageroman klingt, beschäftigt derzeit die russische Öffentlichkeit ganz real. Die Verhaftung von mindestens zwei FSB-Angehörigen und des Kaspersky-Mitarbeiters Ruslan Stojanow, als Chef der Abteilung für Zwischenfälle in Computersystemen zuständig für Cybersicherheit, sorgt derzeit in Moskau für Aufsehen. Würden nicht gleichzeitig Säuberungen in den Reihen hoher Beamter und beim Militär – Putin hat vergangene Woche 16 Generale wegen Vertrauensverlustes per Erlass ihres Amtes enthoben – stattfinden und gäbe es nicht die Vorwürfe der Manipulation des Präsidentenwahlkampfs in den USA durch russische Hackerangriffe, würde die Sache vermutlich wenig Beachtung finden.

Da es um den russischen Inlandsgeheimdienst FSB geht, der die Angelegenheit bislang unter Verschluss gehalten hat, trieben zunächst Spekulationen Blüten. Nun dringen tröpfchenweise Informationen nach außen. Hieß es zunächst offiziell, die Verhaftung der Geheimdienstmitarbeiter stehe in keinem Zusammenhang mit den Hackerangriffen auf die Wähler-Datenbanken in den US-Staaten Arizona und Illinois und wurde bislang überhaupt jede russische Einflussnahme auf den US-Wahlkampf bestritten, so kommen nun Details ans Tageslicht, die zumindest neue Fragen aufwerfen.

Bekannt wurde, dass nicht nur vier Personen verhaftet wurden, sondern acht weitere der Beihilfe verdächtig sind. Sergej Michajlow war FSB-Vizechef für Informationssicherheit, sein Stellvertreter Dmitrij Dokutschajew ein ehemaliger krimineller Hacker, den die Behörden bei seiner Verhaftung vor die Wahl gestellt hatten, entweder für den Geheimdienst zu arbeiten oder ins Gefängnis zu wandern. Er ist ein begabter Programmierer aus Jekaterinburg, der im Auftrag von Kunden Server knackte und Geld von Kreditkarten stahl.

Über Michajlows Vorleben ist nur soviel bekannt, dass er in Weißrussland geboren sein und Mitte der 90er Jahre die russische Staatsbürgerschaft erhalten haben soll. Von Dokumenten, die dies belegen, fehle allerdings jede Spur. Es scheint auch keine Zeugen wie Klassenkameraden, Freunde oder

Spionagekrimi mit US-amerikanischer Beteiligung

Verwandte zu geben, die ihn aus dieser Zeit kennen. Dies liefert Gerüchten Nahrung, dass Michajlow sich eine Legende zugelegt oder die Identität gewechselt hat, was im Agentenmilieu der Postsowjetära nicht unüblich sein soll. Dies führt aber zu dem Verdacht, dass Michajlow ein in den FSB eingeschleuster ausländischer Agent ist.

Was Ruslan Stojanow betrifft, leitete dieser vor seiner Arbeit bei Kaspersky Lab beim FSB die Abteilung für die Aufdeckung von Cyberverbrechen. FSB und russische Polizei arbeiteten seit Jahren mit der IT-Firma zusammen. Auch Gründer und Firmenchef Jewgenij Kaspersky hat früher für den KGB gearbeitet.

Den drei Festgenommenen wird eine Verbindung zu einem russischen Hackernetzwerk unterstellt, das bislang im Verborgenen agierte. Eine Gruppe namens „Schaltaj Boltaj" (russische Übersetzung für „Humpty Dumpty", eine Figur aus Lewis Carrolls Buch „Alice hinter den Spiegeln") sammelte unter Leitung des Ex-Journalisten Wladimir Anikejew (Deckname Lewis) kompromittierendes Material über hohe Politiker und Beamte, die er damit erpresste. Unter anderem hackte er 2014 das E-Mail-Konto von Regierungschef Dmitrij Medwedjew. Nach seiner Verhaftung sagte Anikejew aus, Michajlow sei eine Zeitlang Schirmherr der Hackergruppe gewesen. Laut „Nowaja Gaseta" gibt es eine Verbindung zwischen Michajlow und den amerikanischen Hackervorwürfen. Als FSB-Angehöriger hatte Michajlow gegen den russischen Geschäftsmann Pawel Wrubljewskij ermittelt, den Gründer des in den Niederlanden ansässigen Online-Bezahlsystems Chronopay. Diese Firma soll dem Unternehmen King Servers des Russen Wladimir Fomenko sechs Server vermietet haben. Über sie sollen die Attacken auf die amerikanischen Wahlsysteme erfolgt sein. Amerikanische Dienste ließen durchblicken, dass sie ihre Informationen über King Servers und Wrubljewskij von Michajlow erhalten haben.

Brian Krebs, Spezialist für Cyberkriminalität bei der „Washington Post", bezeichnete Michajlow als Quelle, die ihm Tausende vertrauliche Dokumente über russische Internetkriminalität geliefert habe. Die Machenschaften Michajlows und Stojanows seien seit Jahren bekannt. Über eine eigene IT-Sicherheitsfirma namens „Indrik" habe er enge Kontakte zu Kimberly Senz, einer amerikanischen Spezialistin für Cyberkriminalität, gehabt, die ihre Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Geheimdienst nie verheimlichte.

Ein weiterer FSB-Mitarbeiter, Oleg Jerowikin, der kompromittierendes Material über Donald Trump an den Amerikaner Christopher Steele geliefert hatte, wurde von Kurzem in Moskau tot in seinem Auto aufgefunden.

Ob die Säuberungen innerhalb des FSB dazu dienen, US-Präsident Trump, der inzwischen behauptet, dass es Manipulationen aus Russland gegeben habe, zu beschwichtigen, indem einer Hackergruppe die Verantwortung zugeschoben wird, oder ob es sich – wie ebenfalls vermutet – um einen Verteilungskampf innerhalb der russischen Sicherheitsbehörden um Einfluss oder tatsächlich um einen Spionagekrimi mit US-amerikanischer Beteiligung handelt, bleibt zunächst im Dunkeln verborgen.

Manuela Rosenthal-Kappi



Kaspersky-Stand bei einer Konferenz in Lille: In Moskau wurde derweil der Chef für Cybersicherheit des Unternehmens, Ruslan Stojanow, verhaftet Bild: pa

Budapest attackiert Soros

Der US-Milliardär wolle die ungarische Regierung zu Fall bringen

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó hat Ende Januar, wenige Tage nach dem Ablauf der Amtszeit von Barack Obama, schwere Vorwürfe gegen den ehemaligen US-Präsidenten erhoben. „Die USA versuchen unverhüllt, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen", so Szijjártó. Auch der US-Multimilliardär George Soros sei an den Aktivitäten beteiligt. Inzwischen hat der ungarische Geheimdienst Soros' Aktivitäten untersucht. Mehr als 60 von Soros finanzierte Nichtregierungsorganisationen (NGO), wie seine „Open Society Foundation", sind demnach in Ungarn aktiv.

Ziel dieser Einflussgruppen sei es, die ungarische Regierung zu stürzen, behauptet Szijjártó: „George Soros, der in Ungarn mehrere Organisationen finanziert, macht kein Hehl daraus, dass er sich einen Regierungswechsel in Budapest wünscht. ... Doch nicht Soros, sondern das ungarische Volk muss entscheiden, welche Regierung und welchen Kurs das Land benötigt."

Es sei irreführend, die einschlägigen Organisationen als „Nichtregierungsorganisationen" zu bezeichnen: „Denn sie werden öfters durch fremde Regierungen oder damit verbundene Strukturen finanziert – Soros etwa ist mit den amerikanischen Demokraten und der Familie Clinton verbunden." Der ungarische Geheimdienst will festgestellt haben, dass Soros' Organisationen auf die massenhaften Zuwanderer auf der Balkanroute eingewirkt hätten.

Unter anderem seien sie für die Krawalle bei Idomeni an der griechisch-mazedonischen Grenze verantwortlich. Im Frühjahr 2016 waren Asylsucher beim versuchten illegalen Grenzübertritt in einem Fluss ertrunken. Die griechische Regierung beschuldigte

NGO des Spekulanten habe Asylsucher gezielt aufgestachelt

„Flüchtlingsaktivisten" damals, die Asylsucher gezielt zum Grenzdurchbruch aufgestachelt zu haben.

Vor dem Hintergrund unbewiesener Vorwürfe, Russland habe auf die US-Präsidentenwahl Einfluss genommen, sind die ungarischen Feststellungen pikant. Die Erkenntnis des ungarischen Geheimdienstes bezieht sich auch auf Aktivitäten anlässlich der sogenannten Flüchtlingskrise und die massive Kritik westlicher Medien an der ungarischen Regierungspolitik. Szijjártó berichtet, dass man ihm bei seinem Antrittsbesuch in Washington im Jahre 2014 eine zweiseitige Liste übergeben habe. Dort habe er lesen können, was Ungarn alles an innenpolitischen Maßnahmen zu ergreifen habe, wenn das Verhältnis zu den USA verbessert werden solle. Sein US-Amtskollege John Kerry hatte damals für Szijjártó „keine Zeit".

In jenen Tagen gab es US-Sanktionen gegen Ungarn. Wegen „hinreichender Belege" auf Korruption wurden Einreiseverbote für einige Ungarn verhängt: „Wir halten diese Personen nicht für geeignet, in die USA einzureisen." Ungarn hofft nun auf eine Verbesserung seiner Beziehungen zu den USA unter Donald Trump. Tatsächlich wurde der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bereits von neuen Präsidenten zu einer Visite eingeladen, so Orbán zur Tageszeitung „Vilaggazdasag".

Für Soros sind in Ungarn unterdessen schlechte Zeiten angebrochen. Nachdem seine Aktivitäten dort bereits eingeschränkt wurden, hat die Regierung nunmehr die Tätigkeit seiner Organisationen gänzlich untersagt. Szijjártó: „Wir finden es sehr undemokratisch, wenn jemand aus dem Ausland auf die ungarischen Wähler Einfluss nehmen will, für wen sie stimmen sollen." *Hans Lody*

Ammans Schlüsselrolle

Trump findet in Jordanien einen Verbündeten seiner Nahostpolitik

Schaut man sich die Reihenfolge der von Präsident Trump empfangenen Staatschefs an, fällt auf, dass bereits in dessen zweiter Amtswoche König Abdallah II. von Jordanien empfangen wurde. Zwar hatte Trump vor ihm mit Israels Regierungschef Netanyahu telefoniert, aber Jordanien kommt in der neuen Trump-Ära eine wichtige Rolle zu. Das kleine aber stabile Königreich kann sowohl im Hinblick auf das Palästinaproblem eine wichtigere Rolle spielen als in der Vergangenheit als auch im Kampf gegen den islamischen Terror in Syrien und dem Irak, den Trump zu einem Hauptanliegen seiner Nahostpolitik gemacht hat.

Jordanien könnte auch in Richtung Saudi-Arabien, dessen Reformbedarf in Washington gesehen wird, als Modell gelten, denn in Jordanien dürfen die Frauen nicht nur Auto fahren, die jordanische Königin Rania spielt auch eine gewichtige politische Rolle. Sie war an der Seite ihres Mannes bei dem Gespräch mit Trump.

In erster Linie ging es bei dem Besuch von König Abdallah in den USA um eine wirtschaftliche und politische Stabilisierung des haschemitischen Königreiches. Trump hatte schon im Wahlkampf angekündigt, dass er ein Anhänger der Zwei-Staaten-Lösung zur Bewältigung des Palästinakonflikts sei. Das Wiederaufleben einer jordanischen Rolle in der Zukunft des Westjordanlandes war der gegenwärtigen internationalen Fixierung auf das Konzept eines palästinensischen Staates, dessen Grenze zu Israel auf der Grenzlinie von 1967 beruht, vorzuziehen. Ein neuer palästinensischer Staat wäre in der derzeitigen islamischen Konjunktur der Großregion eine langfristige strategische Bedrohung für alle Staaten der Region, einschließlich Jordaniens.

Jordanien könnte vom Verzicht auf die Westbank abrücken

Ein palästinensischer Staat im Westjordanland dürfte der Hamas in die Hände fallen und durch den iranischen Einfluss zu einem theokratischen und autokratischen Staat werden, wie es der Hamas-Rumpfstaat in Gaza bereits ist. Allerdings ist auch die Hamas in Gaza immer mehr einer radikalen Opposition des IS ausgesetzt, was die Proteste der letzten Wochen dort beweisen.

Jordanien dürfte ebenso wie Israel den wachsenden iranischen Einfluss sehr kritisch sehen. Dem Iran ist es zusammen mit seinem verlängerten bewaffneten Arm in Nahost, der Hisbollah, erst vor Kurzem gelungen, seinen Kandidaten im Präsidentschaftspalast des Libanon zu platzieren und mit Beirut nach Bagdad, Damaskus und Sanaa bereits eine vierte arabische Hauptstadt unter seine Kontrolle zu bringen.

Die jüngste Niederlage der Rebellen in Aleppo, immerhin die wirtschaftliche Hauptstadt Syriens, und die vollständige Übernahme der Stadt durch Syrer, Hisbollah und andere iranisch unterstützte Kräfte haben große Auswirkungen auf das sunnitisch-schiitische Machtgleichgewicht der Region.

Jordanien kommt unter allen arabischen Ländern der Region dem Ideal einer westlichen Demokratie am nächsten. Obwohl Jordanien seit dem Osloer Abkommen eine Zwei-Staaten-Lösung in Palästina akzeptiert, gibt es Hinweise, dass das haschemitische Königreich flexibel und politisch offen ist. Jordanien hat seit dem Verzicht auf die Westbank vor 25 Jahren seine Verfassung von 1952 nicht geändert, die von einem Königreich auf den beiden Ufern des Jordan ausgeht. Auch gilt Jordanien immer noch als Hüter der islamischen Heiligen Stätten in Jerusalem. *Bodo Bost*

Kurz vor der Schulden-Explosion

Desaster der Griechen-Rettung steht bevor – Athener Regierung hält sich nicht an Absprachen mit der EU

Ein neuer Bericht des Internationalen Währungsfonds (IWF) warnt die Europäische Union weiter vor der griechischen Schuldenlast. Währenddessen haben die EU-Finanzminister Griechenland weiterhin ohne Erfolg aufgefordert, das umzusetzen, was es in Verträgen unterschrieben hat.

Der IWF hält die griechischen Schulden für „unhaltbar" sowie auf lange Sicht für „explosiv" und ruft die EU zu „glaubhafteren" Rettungsmaßnahmen auf. So steht es in einem vertraulichen Bericht des Instituts, der an die Medien gelangte. Diese düstere Diagnose macht es dem IWF zurzeit unmöglich, sich an der finanziellen Unterstützung Griechenlands, aufgrund des im Jahre 2015 von den Europäern aufgelegten dritten Hilfspakets zu beteiligen. Gerade auf die Beteiligung des IWF hatte jedoch Deutschland mit Finanzminister Wolfgang Schäuble immer gedrängt.

Die griechischen Schulden seien völlig unhaltbar, selbst bei voller Umsetzung der im Rahmen des Hilfsprogramms vereinbarten Reformen. Der IWF kommt in dem Bericht, der Anfang Februar den Mitgliedsstaaten vorgelegt werden soll, zu dem Fazit, dass die öffentliche Verschuldung und der Finanzierungsbedarf auf lange Sicht explosiv werden könnten. Ohne Entlastungsmaßnahmen, das heißt einen Schuldenschnitt, würden die griechischen Schulden sonst 275 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen.

Nach den internen Regeln des Währungsfonds, der an den beiden früheren Hilfsplänen für Griechenland im Jahr 2010 und 2012 beteiligt gewesen war, darf er keinem Land Darlehen gewähren, wenn dieses seine Schulden mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit nicht zurückzahlen kann. Der IWF-Bericht könnte in Europa für Aufregung sorgen, denn mehrere Länder, darunter auch Deutschland, haben die finanzielle Beteiligung des IWF zur unabdingbaren Bedingung für die weitere Rettung Griechenlands gemacht.

Der jetzt bekannt gewordene Bericht des IWF macht keine konkreten Lösungsvorschläge für die Probleme Griechenlands, er ruft lediglich die Staaten der Euro-Zone dazu auf, viel mehr zu tun, um die griechischen Schulden zu lindern, um es so dem IWF zu erlauben, sich am Hilfeplan zu beteiligen.

> Finanzminister Wolfgang Schäuble klagt: »Die Griechen tun nicht, wozu sie sich verpflichtet haben«

Bislang ist die Euro-Zone nicht gewillt, wieder einen Schuldenschnitt der griechischen Staatsschulden hinzunehmen. Jede weitere Aktion ist bis zum Ende des aktuellen Programms im Jahr 2018 auf Eis gelegt. Nach Auffassung des IWF wird es ohne einen weiteren Schuldenschnitt in Griechenland wohl nicht gehen. Deshalb fordert der IWF den Euroraum auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, einschließlich der Verlängerung der Kreditlaufzeiten bis 2070 und einer Verlängerung der Frist für die Rückzahlung bis zum Jahr 2040. Dies dürfte besonders in Deutschland, das den mangelnden Reformeifer der griechischen Regierung immer wieder stark kritisiert, auf große Skepsis stoßen.

Bei den europäischen Geldgebern war das vom griechischen Parlament auf Vorlage von Premier Alexis Tsipras verabschiedete Extra-Weihnachtsgeld für griechische Rentner, das für die europäischen Gläubiger über 600 Millionen Euro gekostet hatte, nicht gut angekommen. Zurückgenommen wurde es jedoch nicht. Die Euro-Finanzminister hatten das mit 300 Milliarden Euro verschuldete Griechenland angesichts anstehender Wahlen in den Niederlanden, in Frankreich und Deutschland zu mehr Tempo bei der Umsetzung der Reformen ermahnt.

Euro-Gruppe-Chef Jeroen Dijsselbloem mahnte weitere Überprüfungen der Reformmaßnahmen in Athen an. Seit 2010 hängt Griechenland am Tropf seiner europäischen Partner, ohne irgendwelche Anzeichen, dass sich dies auf absehbare Zeit wieder ändern könnte. Im aktuellen Hilfsprogramm sind bis 2018 bis zu 86 Milliarden Euro Hilfsgelder vorgesehen. Von dem im Gegenzug vereinbarten Spar- und Reformmaßnahmen ist das Land jedoch noch weit entfernt.

Vor allem die weitreichende Liberalisierung des griechischen Arbeitsmarktes steht noch aus. „Ich weiß nicht, was die griechische Regierung sich dabei denkt, dass sie bis jetzt nicht das getan hat, wozu sie sich so oft verpflichtet hat", sagte Bundesfinanzminister Schäuble bei einem Treffen in Brüssel.

Im Kreis der Euro-Zone wächst angesichts der nahenden Wahlen die Nervosität, weil das Thema Griechenland und die Sinnhaftigkeit des Verbleibs des Landes im Euro weiterhin Themen in den Wahlkämpfen sein werden und dies den EU-kritischen Parteien Zulauf bescheren wird. Eine wiederaufflammende Griechenland-Finanzkrise wollen die etablierten Parteien daher nach Möglichkeit aus den Wahlkämpfen heraushalten.

Im Juli muss Athen die nächste große Schuldenrate von über sieben Milliarden Euro zurückzahlen. Beim letzten großen Rückzahlungstermin im Sommer 2015 stand das Land kurz vor der Pleite. Wochenlang hatten damals die Schlangen vor den Geldautomaten griechischer Banken die europäischen Medien beherrscht. Wenn sich diese Bilder in der Endphase des Bundestagswahlkampfes wiederholen, womöglich in Verbindung mit weiter steigenden Zuwanderern an Griechenlands Küsten, wäre das Ende des alten Europa nahe. *Bodo Bost*


Bild: Imago

Schuldenberg vor der Akropolis: Wird Deutschland seine Rettungsmilliarden für Athen je wiedersehen?

MELDUNGEN

Lucke: Berlin raus aus Euro

Brüssel – Der Ökonom, EU-Parlamentarier und frühere AfD-Chef Bernd Lucke meint, dass EZB-Chef Mario Draghi über ein mögliches Szenario für einen Austritt Deutschlands aus dem Euro nachdenkt. In einem „bemerkenswerten Brief" (die *PAZ* berichtete) an zwei italienische EU-Abgeordnete hat Draghi über die Möglichkeit des Austritts eines Mitglieds fabuliert. Der EZB-Präsident hat dabei betont, dass in diesem Falle Forderungen und Verbindlichkeiten nationaler Notenbanken bei der EZB erfüllt würden. Laut Lucke klingt das wie eine Offerte an Deutschland zum Austritt aus dem Euro, das über Forderungen von rund 750 Milliarden Euro an die EZB verfüge. *H.H.*

Minsk und Moskau streiten

Minsk – Weißrusslands Präsident Alexander Lukaschenko und sein russischer Amtskollege streiten über verbilligte Rohöllieferungen und Grenzkontrollen. Weil Weißrussland die Ukraine mit Benzin versorgt, das es aus verbilligtem russischem Rohöl herstellt, liefert Mos-kau deutlich weniger Rohstoffe. Damit versetzt Putin der weißrussischen Wirtschaft, die auf hohe Exporterlöse angewiesen ist, einen derben Schlag. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.032.178.755.650 €
Vorwoche: 2.032.138.280.858 €

Verschuldung pro Kopf:
24.730 €
Vorwoche: 24.729 €

(Dienstag, 7. Februar 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Fondsmanager lecken Blut

Inflation nährt Spekulationen über Absturz von Bundesanleihen

Nachdem bereits im Dezember die Inflationsrate mit 1,7 Prozent deutlich angestiegen war, hat sich der Preisauftrieb im neuen Jahr weiter fortgesetzt. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamts lagen die Verbraucherpreise im Januar um 1,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Als Preistreiber wurden erneut die angezogenen Preise für Heizöl, Kraftstoffe und Mieten ausgemacht. Tiefer in die Tasche greifen mussten die Deutschen allerdings auch für Nahrungsmittel und Dienstleistungen.

Aufmerksam verfolgt wird die Inflationsentwicklung von Hedgefondsmanagern, die durch Spekulation auf einen Absturz deutscher Staatsanleihen das „Geschäft des Lebens" wittern. Kalkuliert wird dabei folgendermaßen: Die massiven Anleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) haben die Renditen der Bundesanleihen in den negativen Bereich gedrückt. Nun kommt noch Inflation, also ein Kaufkraftverlust, hinzu und macht das Engagement noch unattraktiver.

Verstärkt wird die Neigung zum Ausstieg aus den Bundesanleihen noch durch einen anderen Umstand: Im Zuge der Euro-Rettungsversuche hat Deutschland ohnehin eine faktische Haftung für die gesamte Euro-Zone übernommen. Investoren können daher gleich Anleihen anderer Euro-Länder in die Bücher nehmen, die höhere Renditen bieten als die „Bunds", so die international gängige Bezeichnung für deutsche Staatsanleihen.



Könnte mit höheren Zinsen gegensteuern: Schäuble Bild: CF

Bereits im Jahr 2015, als die Rendite für zehnjährige Bundesanleihen erstmals unter null gefallen war, hatte der US-Milliardär und Anleihen-Spezialist Bill Gross eine Spekulation auf eine Abwärtsentwicklung bei deutschen Staatsanleihen als einmalige Chance bezeichnet. Diese Einschätzung hat seinerzeit einige Aufmerksamkeit erregt. Immerhin war Gross lange Zeit der Chef des größten Anleihenverwalters der Welt, der Allianz-Tochter Pimpco. Zwar ist der große Abverkauf ausgeblieben, der Bund blieb allerdings inzwischen mehrmals bei Neuemissionen auf Anleihen sitzen, weil sich nicht genug Käufer fanden.

Mit Verweis auf die steigende Inflation in Deutschland haben nun die beiden Fondsmanager Kyle Bass und Jeff Gundland den Gedanken vom Zusammenbruch bei den Bundesanleihen aufgegriffen. Ähnlich wie der Fondsmanager Gross, sprechen beide in diesem Zusammenhang von enormen Gewinnmöglichkeiten. Einkalkulieren müssen Investoren bei den Überlegungen zu einem Anleihen-Crash allerdings auch Gegenreaktionen: Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble könnte versuchen, mit höheren Zinsen die Bundesanleihen wieder attraktiver zu machen. Auch hat die Europäische Zentralbank bereits bewiesen, dass sie ihre Anleihenkäufe notfalls noch ausweitet. *Norman Hanert*

Gewinn geht vor Gesundheit

Legionellen: Staat zögert lebensrettende Gesetzesänderung hinaus

Das Bakterium Legionella pneumophila gedeiht in warmem Süßwasser. Wird dieses zerstäubt und das Aerosol dann eingeatmet, zum Beispiel beim Duschen, kann es zu einer schweren und manchmal sogar tödlichen Lungenentzündung kommen: der sogenannten „Legionärskrankheit" oder Legionellose. Der beste Schutz hiervor ist die regelmäßige Erhitzung des Wassers auf über 60 Grad, da die Bakterien dabei absterben.

Solch thermische Desinfektion findet heutzutage praktisch in allen Warmwasserbereitungsanlagen von Mehrfamilienhäusern statt. Trotzdem aber verabschiedete der Gesetzgeber Ende 2012 die sechste Novelle zur Trinkwasserverordnung von 1976, welche hier eine Probenentnahme im Abstand von mindestens drei Jahren vorschreibt.

Das resultierte aus der bundesweiten Hysterie infolge des spektakulären Legionellen-Ausbruchs von Ulm im Januar 2010 mit 65 Krankheitsfällen und fünf Toten. Allerdings stellte sich im Nachhinein heraus, dass die gefährlichen Keime keineswegs aus den Wasserleitungen kamen, sondern aus der Rückkühlanlage eines Blockheizkraftwerkes, wo sie optimale Bedingungen vorfanden. Statt der zulässigen Höchstmenge von 100 Bakterien in 100 Millilitern Wasser zählte man dort 92 500.

Und ganz genauso verhielt es sich bei fast allen übrigen Legionellose-Epidemien in Deutschland und anderswo auf der Welt: Sie wurden zu 99 Prozent von Rückkühlwerken beziehungsweise Kühltürmen in Kraftwerken oder Klimaanlagen verursacht. Dies galt auch für die drei nächsten großen Ausbrüche hierzulande in Warstein (2013), Jülich (2014) und Bremen (2015), bei denen insgesamt 275 Menschen erkrankten und sechs starben.

> 2010 starben beim Legionellen-Ausbruch fünf Menschen

Angesichts dessen sollte der Gesetzgeber unbedingt vorschreiben, neben den Warmwasserleitungen in Wohngebäuden auch die wirklichen Legionellen-Schleudern zu kontrollieren. Aber genau das schiebt er nun schon seit 2006 vor sich her, also dem Jahr, in dem die Europäische Kommission feststellte, welch enorme Gefahr von den industriellen Verdunstungsanlagen ausgeht. Erst wurde das Problem ignoriert und dann schmorte der Entwurf der entsprechenden 42. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes für lange Zeit in den Schubladen der anzuhörenden Wirtschaftsverbände sowie des Parlaments. Und nun wiederum liegt das Ganze beim Bundesrat, der diese extrem wichtige, weil lebensrettende Regelung eigentlich am 16. Dezember 2016 verabschieden wollte, sie am Ende jedoch nicht behandelte. Vielleicht wird das aber jetzt bei der nächsten Sitzung am 10. Februar nachgeholt.

Während die Industrie momentan noch komplett ungeschoren bleibt, müssen Mieter und Wohnungseigentümer zahlen, wenn der Prüfdienst anrückt und im Leitungswasser nach Legionellen fahndet. Im günstigsten Fall sind dafür dann 250 Euro pro Haus fällig. Das macht beim derzeitigen Untersuchungsintervall von 36 Monaten bundesweit aber 250 Millionen Euro pro Jahr. Davon kassiert der Staat dann 47,5 Millionen Euro Umsatzsteuer, weswegen es voraussichtlich zu keiner Abänderung der unsinnigen Novelle der Trinkwasserverordnung kommt. *Wolfgang Kaufmann*

Maßlose Hetze

Von Frank Horns

Er könnte den Weltfrieden herbeiregieren oder Nordkoreas Diktator Kim Jong-un überreden, freie Wahlen in seinem Land zuzulassen: Donald J. Trump, seit nunmehr 21 Tagen US-Präsident, hätte wohl trotzdem keine Chance auf eine faire Berichterstattung. Die maßlose Hetze in den deutschen Mainstream-Medien ist das Erschreckendste am Phänomen Trump. Sicher, sein rauer Politikstil ist unkonventionell und schafft Unsicherheiten. Man muss Trump nicht mögen. Trotzdem: Die Berichterstattung über sein bisheriges Tun ist so verdreht, dass einem hochgradig schwindelig darüber werden kann. Speiübel wird einem angesichts der verlogenen und selbstgerechten Beiträge jener Leute, die leider den gleichen Beruf ausüben wie der Autor dieser Zeilen. Das aktuelle Titelbild des „Spiegel“ rückt ihn in die Nähe kopfabschneidender IS-Terroristen. Ein Beitrag des ZDF-Politmagazins „Frontal 21“ stellt ihn mehr oder weniger als neuen Hitler dar.

Was ihm wirklich vorgeworfen wird? Er stellt links-grüne Lebenslügen infrage, er entlarvt heilige Wahrheiten als hohle Glaubenssätze, und er ist – Gott sei's geklagt – mit derlei Ansichten als demokratisch gewählter Präsident ins Weiße Haus eingezogen.

Schock für CDU

Von Hans Heckel

Der steile Aufstieg der SPD und ihres Kanzlerkandidaten bei den Umfragen wirft ein grelles Licht auf die innere Schwäche der Union. Zwar mögen die Spitzen von CDU und CSU hoffen, dass sich Martin Schulz bis zur Wahl im September noch entzaubern dürfte und seine Popularitätswerte wie die seiner Partei auf „Normalmaß“ zurückschrumpfen.

Dennoch sind Ausmaß und Geschwindigkeit, mit welcher die SPD und ihr Kandidat die Union binnen 14 Tagen hinter sich gelassen haben, ein Alarmsignal für die Kanzlerpartei. Denn der Vorgang macht sichtbar, wie zerbrechlich die lange uneinholbar scheinende Dominanz der Union, der CDU zumal, in Wahrheit gebaut war.

Wie es jetzt aussieht, lebte dieser Vorsprung einzig und allein von dem Eindruck, dass es weit und breit niemanden gab, der die Bürger ähnlich hinter sich bringen könnte wie Angela Merkel. Was wie Stärke aussah, war also bloß die Abwesenheit von Konkurrenz. Dieses Fehlen eines echten Herausforderers gab Merkel nahezu grenzenlosen Spielraum, den sie dazu nutzte, das bürgerlich-konservative Profil der CDU nach und nach abzutragen.

Nun reicht schon ein Dampfplauderer wie Martin Schulz, um das ganze Gerüst ins Wanken zu bringen. Was soll eine sozialdemokratisierte CDU-Chefin, die alle Unterscheidungsmerkmale zur SPD, ja selbst zu den Grünen systematisch demontiert hat, dem entgegenhalten? Die CDU sollte den Umfrageschock zum Anlass nehmen, über eine Zeit nach Merkel nachzudenken und zu fragen, wer sie eigentlich sein will.

Ein zweites Trafalgar

Von Manuel Ruoff

Dass mit Michel Barnier ausgerechnet ein Franzose mit der wichtigen Aufgabe betraut wurde, für die EU die Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien zu führen, ist bezeichnend, behaupten doch nicht nur böse Zungen, dass die damalige EWG und heutige EU mit dem Ziel gegründet wurde, Frankreich die nötigen Ressourcen zu verschaffen, um auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch Großmachtpolitik betreiben zu können. So sind es denn auch insbesondere Franzosen, welche die Briten für ihren Beschluss zum Ausstieg aus der EU bestrafen wollen. Der eine oder andere mag sich noch an das im Herbst durch die Presse gehende Foto einer britische Abgeordnetenmitarbeiterin mit ihren Notizen zum Brexit erinnern, in denen zu lesen stand: „French likely to be most difficult.“

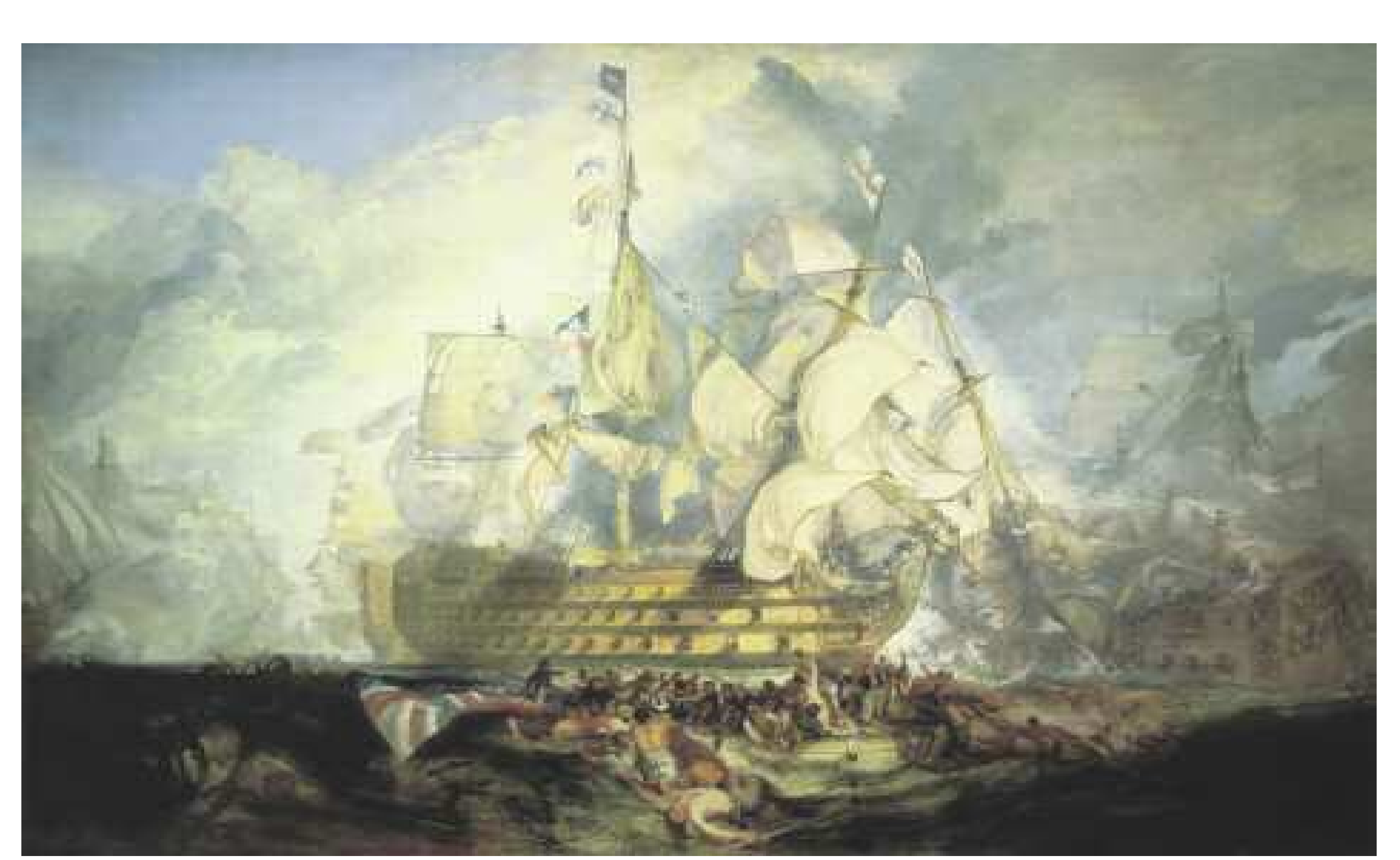
Diese unkonzilliante französische Vorgehensweise erinnert an Napoleons Kontinentalsperre des frühen 19. Jahrhunderts. Auch damals initiierten die Franzosen einen Handelskrieg des europäischen Kontinents gegen die widerspenstigen Inselbewohner.

> Brexit-Verhandlungen der EU erinnern an die Kontinentalsperre

Vorgeschichte und Motive sind vergleichbar. So wie sich in unseren Tagen die freiheitsliebenden Briten in ihrem Brexit-Referendum dagegen entschieden haben, sich vom kontinentalen Brüssel aus regieren zu lassen, machten sie am 21. Oktober 1805 mit ihrem Sieg in der Seeschlacht von Trafalgar über die Franzosen samt deren spanischen Verbündeten Napoleons Pläne zu Makulatur, die britischen Inseln zu erobern und vom kontinentalen Paris aus zu beherrschen. Heute wie damals reagier(t)en die Franzosen auf diese britische Widerborstigkeit mit dem Versuch, einen Handelskrieg des gesamten europäischen Kontinents gegen die Briten zu organisieren.

Und die Parallelen gehen weiter. Damals wie heute versuch(t)en die Briten ihrerseits, für wegbrechende Handelsbeziehungen mit Geschäftspartnern auf dem europäischen Kontinent Ersatz zu finden in Nordamerika. Und es ist zu befürchten, dass auch diesmal wieder der deutsche Handel für den Handelskrieg der Franzosen schwere Opfer wird bringen müssen.

Damals trieben die Franzosen schließlich sogar die Kontinentaleuropäer in einen Krieg gegen Russland, um das Land zur konsequenten Beteiligung am Handelskrieg gegen England zu zwingen. Dass sich auch dies wiederholt, scheint hingegen unwahrscheinlich, da die britisch-russischen Beziehungen recht schlecht sind und die Gefahren für die Franzosen deshalb gering, dass ein Ausbau der britisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen die Wirkungen eines Handelskrieges der EU gegen Großbritannien signifikant mildern könnten. Doch wer wagt es, in diesen Zeiten des Umbruchs längerfristige Prognosen zu wagen und irgendwelche Ereignisse und Entwicklungen samt Folgen definitiv auszuschließen?



Wie in unseren Tagen mit ihrer Brexit-Entscheidung widersetzten sich die freiheitsliebenden Briten in der napoleonischen Ära mit ihrer Kriegsmarine dem Versuch, sie vom europäischen Kontinent aus zu gängeln: Seeschlacht von Trafalgar

Bild: CF

Gegenwind



Weder Sozialismus noch Soziale Marktwirtschaft

Von Florian Stumfall

In der Konkurrenz der Wirtschaftsordnungen während des Kalten Krieges erlangten die westlichen Länder zunehmend die Überhand, während der sozialistische Block durch seine staatswirtschaftlichen Fesseln und die im System begründeten andauernden Fehlentscheidungen seinem Untergang entgegentrieb. Als im Jahre 1991 die Sowjetunion zusammenbrach, war der staatliche Sozialismus am Ende. Das westliche Modell hatte sich als überlegen erwiesen, so der Schluss, der allenthalben gezogen wurde.

Doch es hatte nie ein einheitliches „westliches Wirtschaftsmodell“ gegeben, es gab deren zwei, die indes durch den Konkurrenzkampf mit dem Sozialismus funktional und im allgemeinen Bewusstsein als ein einziges angesehen wurden. Jetzt, da kein staatlicher Sozialismus mehr die beiden westlichen Wirtschaftsformen zu einer scheinbaren Einheit zusammenschweißt, tut es not, die beiden gegeneinander abzugrenzen und sich so einen ordnungspolitischen Überblick zu verschaffen.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da sind zunächst einmal die Merkmale des Sozialismus: Der Staat bestimmt Preise und Löhne, den Zugriff auf die Rohstoffe, die Produktion nach Art und Umfang, die Verteilung der Güter und den Kapitalfluss, vor allem die Investitionen im Bereich der produzierenden Wirtschaft. Es gibt kein oder nur marginales Privateigentum und vor allem keinen Wettbewerb. Trotz des Zusammenbruchs des real existierenden Sozialismus in Europa gibt es nach wie vor eine starke Linke, die dieses sozialistische Wirtschaftssystem als ihre bevorzugte Ordnung betrachtet und sich in der politischen Praxis derer Mittel bevorzugt bedient.

Demgegenüber hat, um das eigene, ruhmreiche Beispiel zu nehmen, in Deutschland die Soziale Marktwirtschaft nach dem Entwurf von Alfred Müller-Armack in der Nachkriegszeit die ordnungspolitischen Grundlagen für das weltweit so bezeichnete Wirtschaftswunder gelegt und im „Wettbewerb der Systeme“ so nachhaltig überzeugt, dass sich die SPD gezwungen sah – jedenfalls nach außen hin – der Staatswirtschaft abzuschwören und sich zur Marktwirtschaft zu bekennen.

Diese nun ist eine Ordnung, in der sich Preise auf dem Markt nach Angebot und Nachfrage bilden und die Löhne durch die Tarifpartner ausgehandelt werden, wobei ebenfalls der Markt Eckdaten setzt. Die Produktion, die Verteilung der Ressourcen, die Verteilung der Güter, also der Handel, sind frei, und das gesamte Regelwerk beruht auf zwei Grundlagen: dem Privateigentum, also dem gestreuten Eigentum an den Mitteln, und dem Wettbewerb. Aufgabe des Staates ist es, einen rechtlichen Rahmen zu setzen, der die Einhaltung der Regeln garantiert, insbesondere derjenigen des Wettbewerbs und der Vermeidung von marktbeherrschenden Oligopolen oder gar Monopolen.

Gegenüber diesen beiden Antipoden gibt es indes noch eine dritte Art, eine Volkswirtschaft zu gestalten, nämlich den Kapitalismus. Dieser kennt keinen Wettbewerb, und niemand Geringerer als John D. Rockefeller I. hat das in ein kurzes Wort gefasst: „Konkurrenz ist Sünde.“ Der Kapitalismus ist nicht marktwirtschaftlich, denn durch die Monopolmacht der großen Konzerne können diese Löhne und Preise bestimmen, wie sie auch die Produktionsmittel und den Handel bestimmen. Wettbewerb gibt es nur wenig mit der Tendenz zum völligen Erlöschen, denn unter den Konzernen sind Kartellbildung und Preisabsprachen selbstverständliche Maßnahmen. Darüber kann auch die fallweise Vernichtung eines Partners wie diejenige der New Yorker Investmentbank Lehmann Brothers im Jahre 2008 nicht hinwegtäuschen, die eine kleine Flurbereinigung darstellt. Die Rolle des Staates ist im Kapitalismus nachgeordnet. Bestimmend ist, was die Hochfinanz entscheidet.

Um die drei elementaren Ordnungen kurz zu rekapitulieren, ist festzustellen: Im Sozialismus entscheidet der Staat, wie die Wirtschaft geführt werden soll. Er ist die Ordnung autoritärer und totalitärer Staaten. In der Marktwirtschaft setzt der Staat der Wirtschaft einen rechtlichen Rahmen, ansonsten macht er die Politik, während sich die Wirtschaft ums Ökonomische kümmert. Dies ist die Ordnung freiheitlicher, meist demokratischer Staaten. Im Kapitalismus hingegen lenkt die Hochfinanz die Politik. Seine politische Ausformung ist die Plutokratie, die oligarchische Herrschaft der Superreichen. Es ist die Wirklichkeit eines Staates, in dem, wie in den USA, niemand daran denken darf, in ein Parlament gewählt zu werden oder gar zum Präsidentschaftskandidaten zu avancieren, wenn er nicht Hunderte von Millionen Dollar aufbringen kann. Solche Zustände „demokratisch“ zu nennen ist abartig.

Dass diese hier aufgeführte Einteilung keine Spielerei aus dem politologischen Proseminar ist, kann man leicht erkennen, wenn man die lügnerisch als Freihandelsabkommen bezeichneten Vertragswerke von TTIP, TPP oder CETA betrachtet, gleichgültig, ob sie im Augenblick noch aktuell sind oder nicht. Die oftmals leidenschaftlich geführte Debatte um die Sinnhaftigkeit solcher Verträge weist leider falsche Akzente auf. Denn so sehr einen Verbraucher das vielgescholtene Chlorhähnchen auch empören mag – die große Gefahr liegt ganz wo anders, nämlich bei der Sondergerichtsbarkeit, die mit den Handelsverträgen eingeführt werden soll und teilweise schon eingeführt ist.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

Dabei geht es darum, dass Staaten, deren Gesetzgebung geeignet ist, durch rigide umwelt- oder sozialpolitische Vorschriften den Profit von ausländischen Konzernen zu schmälern, von diesen verklagt werden können. Das Tribunal besteht aus den Vertretern von dazu ermächtigten meist US-amerikanischen Rechtsanwaltskanzleien, die unter sich die Aufgaben des Anklägers, des Verteidigers und des Richters aufteilen – und damit kein Ärger aufkommt, wechseln die Zuständigkeiten reihum von Fall zu Fall.

Auch ohne TTIP hat Deutschland diesen neuen Zug der Privatisierung der Jurisdiktion bereits zu spüren bekommen, als der schwedische Konzern Vattenfall die Bundesregierung wegen des Atomausstiegs, der allerdings gegen jede rechtliche Vorgabe geschah, auf Milliarden verklagte. Um solche Klagen zu vermeiden, gestalten immer mehr Staaten, vor allem die kleineren, wehrlosen, ihre Gesetzgebung dahingehend, dass sie bei ausländischen Investoren kein Missfallen erregen. Die Zuständigkeit der Gesetzgebung wandert auf diese Weise ganz still von den Parlamenten in die Chefetagen der internationalen Multis. Der Staat ist damit ausgehöhlt und nur mehr ein Instrument der Hochfinanz.

Für die Freiheit des einzelnen ist das ebenso fatal, wie wenn die Gesetzgebung dem Politbüro einer beliebigen kommunistischen Partei anheimgegeben ist. Ob Lenin oder Rothschild – das Ideal einer freiheitlichen Ordnung, organisiert in Demokratie und Marktwirtschaft, vertritt keiner von beiden. Man sollte sich daher auch vor dem Gesäusel hüten, mit dem die angeblichen „gemeinsamen Werte“ von Europa und den USA besungen werden. Sicher, es hat sie einmal gegeben, aber das ist lange her und vorbei, seit die Macht der USA aus dem Weißen Haus in Washington umzog in die Wall Street in New York. Europa sollte sich als Filiale zu schade sein. *Florian Stumfall*

Wo Aphrodite dem Schaum entstieg

Das im griechischsprachigen Teil Zyperns gelegene Paphos feiert sich als Kulturhauptstadt Europas – mit deutscher Unterstützung

Den Titel „Europäische Kulturhauptstadt" führen in diesem Jahr die Städte Paphos im Südwesten von Zypern und Aarhus in Dänemark. Für die Bewohner von Paphos und ganz Zyperns könnte das Kulturjahr 2017 eine gute Gelegenheit bieten, der Wiedervereinigung der seit 1974 geteilten Insel einen kleinen Schritt näher zu kommen.

Aus diesem Grund freuten sich die Zyprer und alle Gäste ganz besonders auf die Eröffnungsfeier auf dem Zentralen Platz Ende Januar. Zwei Tage lang fanden überall in der Stadt und rund um den Hafen Musik-, Theater- und Tanzvorführungen statt. Das Leitmotto des Kulturprogramms lautete Vielfalt, was der wechselvollen Geschichte des Küstenortes geschuldet ist. Seit der Antike war Paphos mit seinem hervorragenden Naturhafen eine Drehscheibe der Kulturen und ein Zentrum der Zivilisation. Griechen, Perser und Römer, Araber, Kreuzritter, Osmanen und Briten kamen als Eroberer, Pilger, Händler oder Reisende und hinterließen ihre Spuren.

Mit 33 000 Einwohnern ist Paphos die viertgrößte Stadt auf Zypern und durch seinen internationalen Flughafen ein Verkehrsknotenpunkt im griechischsprachigen Teil der Insel. Haupteinnahmequelle ist der Tourismus. Ihren vorwiegend ausländischen Gästen hat die Stadt viel zu bieten. Herrliche Strände und der malerische, von dem mittelalterlichen Kastell überragte Hafen locken nicht nur Bade- und Tauchtouristen. Paphos ist ein idealer Ausgangspunkt für Tagesausflüge zu den nahe liegenden Klöstern, Gebirgen und Naturschönheiten der Mittelmeerinsel. In der Altstadt bieten Restaurants, Geschäfte, Bars und Nachtlokale dem Publikum viel Abwechslung. Von hier aus überblickt man die Küstenlinie, die auf einen weißen Leuchtturm und die archäologischen Ausgrabungsstätten zuläuft. Das Speiseangebot ist eine Mischung aus griechischen und türkischen Spezialitäten: Bauernsalat, Zaziki und gefüllte Weinblätter schätzen Einheimische und Touristen ebenso wie Halloumi-Schafskäse, Sesampaste und Hummus, das Kichererbsenpüree. Fischgerichte und Meeresfrüchte gehören selbstverständlich dazu.

Wegen seiner Lage im östlichen Mittelmeer ist Zypern eines der wärmsten Länder Europas. Regen fällt fast nur im Herbst und Winter, wenn die mittlere Temperatur zwischen 15 und 20 Grad liegt. Dagegen wird es in den Sommermonaten extrem heiß. Etwas milder ist es an der Küste und in den Hochebenen des Troodosgebirges.

2016 verzeichnete die zyprische Tourismusbranche einen erhöhten Zustrom von Urlaubern vor allem aus Deutschland. Dies sei auf die derzeitige Gefährdungslage in der Türkei zurückzuführen, wie es heißt. Die meisten Touristen und auf Zypern lebenden Ausländer sind Engländer, was auf den Status von Zypern als Protektorat des britischen Weltreichs von 1878 bis 1914 zurückzuführen ist. Im Süden der Insel unterhält Zypern Großbritannien noch heute zwei Militärbasen, auf den Straßen gilt Linksverkehr. Aber auch für viele gut betuchte Russen wurde Zypern zur Trauminsel.



Aphrodite geht an Land: Modernes Denkmal der antiken Göttin vor dem mittelalterlichen Kastell am Hafen von Paphos Bild: pa

Paphos hat ein reiches kulturelles Erbe aus dem griechischen Altertum, römischer und byzantinischer Zeit – und aus der Mythologie. Hier soll der Sage nach die Göttin Aphrodite, die „Schaumgeborene", den Wellen des Meeres entstiegen und an Land gegangen sein. Und an der Ostküste der 40 Kilometer von Paphos gelegenen Halbinsel Akamas befindet sich das Aphrodite-Bad, wo sich die Schöne in einer Felsgrotte in ihren Adonis verliebt haben soll.

Während der Antike zogen jahrhundertelang Pilger aus dem Mittelmeerraum zum Tempel mit dem Heiligtum der Aphrodite in Paläa Páfos (Alt-Paphos) bei dem Dorf Koúklia in der Nähe von Paphos. Um das Jahr 50 kam der Apostel Paulus während seiner ersten Missionsreise nach Paphos. Auf dem Gelände um die spätbyzantinische Kirche Agia Kyriaki steht ein Säulenstumpf, an den er gefesselt gewesen und gegeißelt worden sein soll. Nur ein paar Schritte entfernt von der Touristenmeile des Fischerhafens liegt der Eingang des Archäologischen Parks. Zu den bedeutendsten Sehenswürdigkeiten gehören die kunstvollen Bodenmosaiken römischer Villen aus dem 2. und 3. nachchristlichen Jahrhundert und die als „Königsgräber" bekannten Grabstätten aus Ptolemäischer Zeit. 1980 wurden die antiken Ruinen von Paphos in die Liste des UNESCO-Welterbes aufgenommen. Ganz ausgegraben ist das antike Paphos bis heute nicht. Überall auf dem Gelände werden neue Entdeckungen gemacht.

Auf Zypern sind alle Dimensionen kleiner, das betraf auch das Budget für das Kulturjahr. Von den ursprünglich veranschlagten 22 Millionen Euro blieben am Ende nur achteinhalb Millionen übrig, da sich ausländische Sponsoren nach der Finanzkrise des Jahres 2008 zurückgezogen hatten. Dafür gewannen die Organisatoren ein Heer von ehrenamtlichen Mitarbeitern. Sämtliche Kosten für Neubauten und die Renovierung historischer Gebäude übernahm die Stadt Paphos. Der künstlerischen Leiterin Georgia Doetzer war daran gelegen, das Interesse der Bewohner für zeitgenössische Kunst zu wecken, die bislang in Paphos fehlte. Persönliche Einladungen ergingen an die 3000 ehemaligen türkischen Einwohner von Paphos.

Einheimische und Besucher können ein reichhaltiges Programm mit über 300 Veranstaltungen genießen. Nach dem Konzept der „Open Air Factory" („Freiluftfabrik") wird sich der historische Stadtkern in eine große Freiluftbühne verwandeln. Auch 2017 gehören die Theateraufführungen im römischen Odeon zu den Höhepunkten im Reigen der Abendveranstaltungen. Kulturschaffende aus beiden Landesteilen werden fortlaufend einen Dialog über Kunst und Politik führen. Dem europäischen Gedanken des Festivals haben die Veranstalter den gebührenden Tribut gezollt, indem sie Künstler aus ganz Europa einluden. In den übrigen Regionen des Landes bringt eine „reisende Bühne" das ganze Jahr über den Menschen Musik sozusagen vor die Haustür.

Für den 1. Mai ist ein Konzert der Berliner Philharmoniker auf der Uferpromenade vor der mittelalterlichen Festung angekündigt. Ebenfalls im Mai wird Sängerin Ute Lemper auftreten. Beim „Summer Highlight" am 1. Juli sollen Meeresfeuer und Lichtshows rund um den Hafen der Stadt einen besonderen Glanz verleihen. Mehr geht nicht in Paphos, das in diesem Jahr eine Kulturreise wert ist.

D. Jestrzemski

Trendiger »Pinselheinrich«

Berliner Zille-Museum mit neuem Betreiber wiedereröffnet

Der Mann mit dem Vollbart ist ein in die Jahre gekommenes Berliner Original: Als Maler, Grafiker und Fotograf zeichnete Heinrich Zille (1858–1929) das Leben der Metropole volksnah nach wie kaum ein anderer seiner Zeit. Er gilt bis heute als eine der Berliner Persönlichkeiten schlechthin. Auf 250 Quadratmetern Ausstellungsfläche gibt ihm seit dem 10. Januar das wiedereröffnete Zille-Museum im Herzen der Stadt neuen Raum. Auch an anderen Orten ist die Rückbesinnung auf den Zeichner und Karikaturisten ein Trend, schließlich steht 2018 der 160. Geburtstag bevor.

Eine seiner Lieblingskneipen hielt Zille 1910 auf dem Bild „Schnapsdestille" für die Nachwelt fest. Die Kneipe betrauert aktuell das Ende ihrer fast 125 Jahre alten Tradition. Diese Charlottenburger Institution „Wilhelm Hoeck", in der Zille sein Bier mit Korn, kurz „Molle", trank, schloss am 18. Januar. Während die Erinnerungsorte in seinem alten Quartier Charlottenburg schwinden, haucht das Museum dem Meister von Augenblicksaufnahmen aus dem Freibad, aber auch sozialkritischen Skizzen neues Leben ein. Auf den Tag genau am 159. Geburtstag des „Pinselheinrichs" traf sich im Nikolaiviertel ein Kreis von Freunden, um den Gedenkort einzuweihen. Berlins Kultursenator Klaus Lederer kam nicht. „Er grüßt besonders gern, weil es nichts kostet", witzelte sein Parteikollege Gregor Gysi zur Eröffnung.

Zille hatte viele Blickwinkel auf das Geschehen seiner Zeit, bildete die Hinterhöfe mit dem Leben der Arbeiter in den Mietskasernen ab. Er war im Lauf seines Lebens Kunststudent, Wachsoldat im Zuchthaus, bezog in sein Werk „Hurengespräche" genauso ein wie Werbeaufträge und humorige Soldatenbilder. Sein fotografisches Werk wurde erst posthum bekannt. 1867 zog die Familie nach Berlin. Nach dem Schulabschluss 1872 lernte er den Beruf des Lithografen, wirkte ab 1877 als Geselle in Berlins Photographischer Gesellschaft. Es folgen Veröffentlichungen im „Simplicissimus", „Die lustigen Blätter" oder „Die Jugend". Der Einschnitt kam 1907: die Entlassung aus der Photographischen Gesellschaft. Von da an machte der zeitlebens umstrittene Künstler umso mehr Straßen, Kaschemmen und Bordelle zu seinem Atelier.



Ein echter Zille: „Berliner Jören" Bild: Gutschmidt

Das Museum will nun den Künstler jenseits der Kategorie „nostalgisches Lokalkolorit" einen Platz in der Kultur zurückerobern: Zille zeige „wie wir Deutschen wurden, was wir heute sind". Träger des rein privat finanzierten Museums ist ein Freundeskreis unter Vorsitz des Schauspielers und Zille-Darstellers Walter Plathe. Über einen eigenen Sammlungsbestand verfügt das Haus allerdings nicht.

Auch die sächsische Geburtsstadt Radeburg erinnert an Zille mit dem „Heinrich-Zille-Lauf Radeburg", der am 1. April stattfinden soll. „Zille sein Milljöh" ist Thema einer Revue im Theater im Nikolaiviertel. Mit der Sonderausstellung „Berliner Jören" widmet sich das Museum in der Propststraße dem amüsantesten Sujet der Zille'schen Bilderwelt – den Kindern, die der 80. Ehrenbürger Berlins und Patenonkel zahlreicher Kinder gern abbildete.

Sverre Gutschmidt

www.zillemuseum-berlin.de

Spannendes Verhör

»Empörung« im Kino – Uni-Aufstand in Klein

Bei den Lesern von Philip Roth war die Empörung groß, dass 2016 nicht er, sondern sein US-Landsmann Bob Dylan den Literaturnobelpreis erhielt – ein Sänger! Singen kann Roth nicht, aber seit seinem Welterfolg mit „Portnoys Beschwerden" empörend gut schreiben. „Empörung" nannte er auch ein Buch, das 2008 erschienen ist und das als bemerkenswert ansehnliche Verfilmung am 16. Februar in die Kinos kommt.

Es geht um den Collegestudenten Marcus („Percy Jackson"-Darsteller Logan Lerman), der sich in den 50er Jahren mit einem Universitätsdekan anlegt. Das nonkonforme Sozialverhalten des jungen Mannes auf dem Campus – er verweigert die Teilnahme an einer Studentenverbindung und zieht aus einer ihm zugewiesenen Studentenbude aus – lässt ihn verdächtig erscheinen. Ein Großteil des Films macht ein Rededuell zwischen Marcus und dem Dekan aus. Dieses ellenlange Verhör, das an die McCarthy-Ära erinnert, kommt auch dank des theatererfahrenen Broadway-Schauspielers Tracy Letts als Dekan mit einer kammerspielartigen Intensität daher, die an Spannung kaum zu überbieten ist.

Regisseur James Schamus hat bei seinem Kinodebüt auf jegliche Effekthascherei verzichtet. Eine perfekte 50er-Jahre-Ausstattung gibt diesem zaghaften, respektvollen Moral-Gerangel mit den Autoritäten den perfekten authentischen Rahmen. Romanautor Roth dürfte sich über diesen sorgfältig inszenierten Film alles andere als empört gezeigt haben. *H. Tews*



Bild: X Verleih

Schlüsselszene von „Empörung": Dekan Hutton (Tracy Letts) nimmt den Studenten Marcus (Logan Lerman) in die Mangel

MELDUNGEN

Goldene Kinoleinwand

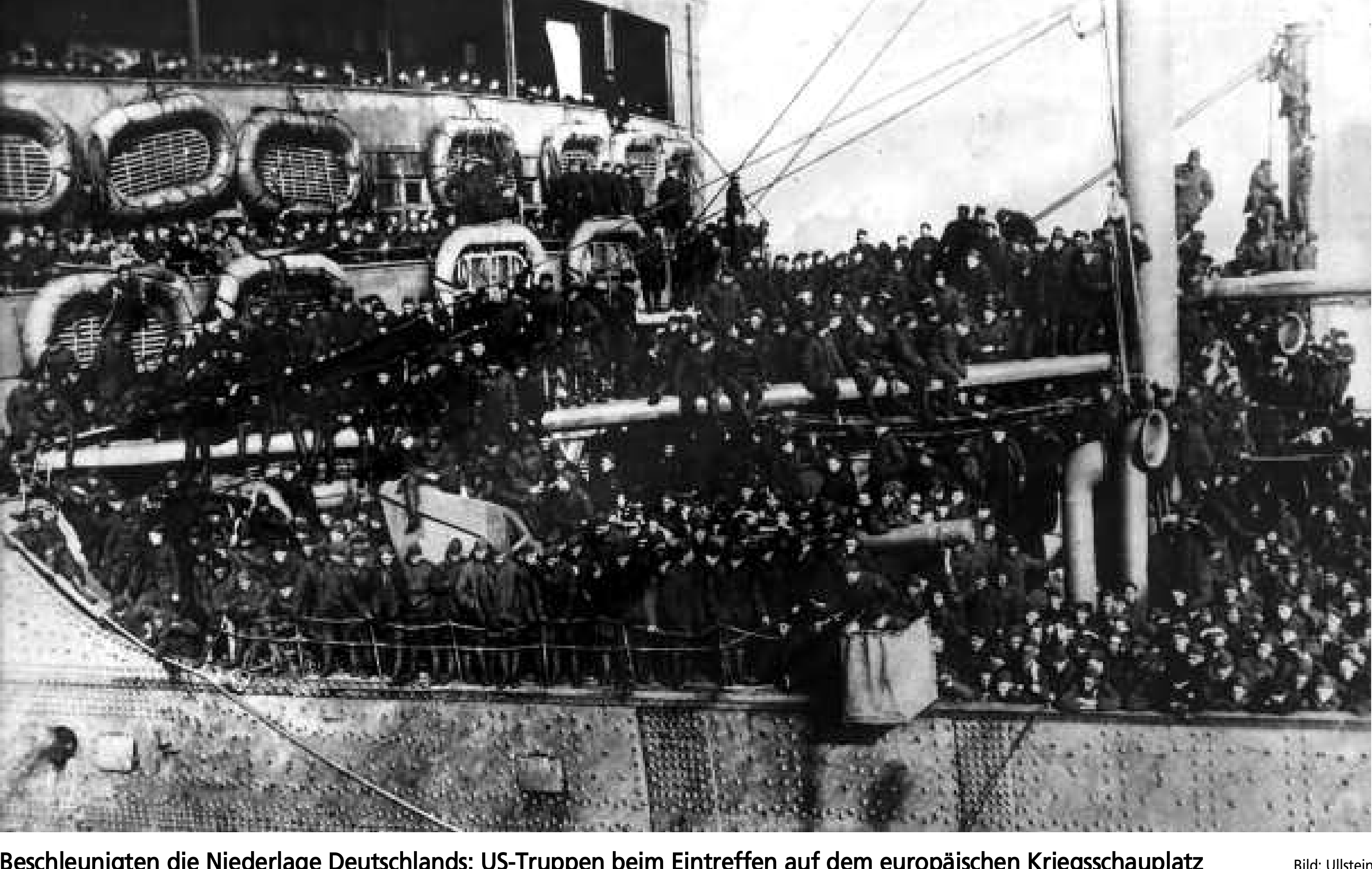
Berlin – Bis zum 19. Februar ist die Hauptstadt im Berlinale-Fieber. Außerhalb des offiziellen Programms führt der US-Künstler Joe Ramirez seine „Gold Projections" weltweit erstmals am Kulturforum in Berlin auf. Dabei projiziert Ramirez Filme auf große, runde und leicht konvexe Holztafeln, die er zuvor in einem aufwendigen handwerklichen Prozess vergoldet hat. Das Projekt gilt als Prolog zur großen Sonderausstellung „Alchemie. Die Große Kunst", die vom 6. April bis 23. Juli im Kulturforum am Matthäikirchplatz laufen wird. *tws*

Böll-Besuch bei Günter Grass

Lübeck – Mit Thomas Mann und Günter Grass nennt die Stadt Lübeck schon zwei Literaturnobelpreisträger ihr Eigen. Am 21. Februar kommt mit Heinrich Böll ein weiterer „zu Gast". Bis zum 21. August sind im Günter-Grass-Haus in einer Ausstellung die „Verschiedenen Ansichten" von Grass und Böll zu sehen. Außerdem läuft im Buddenbrookhaus vom 11. Februar bis 28. Mai die Ausstellung „Ich, Christian Buddenbrook! Skizzen eines Lübecker Kaufmannssohns". *tws*

Der Weg zum Weltkrieg (III)

Mit dem gegen die USA gerichteten deutschen Bündnisangebot an Mexiko war selbst für gemäßigte Kreise in Washington das Maß voll



Beschleunigten die Niederlage Deutschlands: US-Truppen beim Eintreffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz Bild: Ullstein

Nachdem Ende 1916 alle Friedensbemühungen gescheitert waren und der Reichskanzler in der Frage der Führung des bedingungslosen Unterseehandelskrieges die Unterstützung der Reichstagsmehrheit verloren hatte, musste er seinen Widerstand gegen die Anwendung dieses äußersten Mittels der Seekriegführung aufgeben. Am 9. Januar 1917 befahl der Kaiser daher die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, wodurch naturgemäß die Freiheit der Meere eingeschränkt wurde. Nach dieser schwerwiegenden Entscheidung kam alles auf die Reaktion der USA als der bedeutendsten neutralen Macht an.

Präsident Woodrow Wilson, der sich in seiner Rolle als wohlmeinender Friedensvermittler von der deutschen Regierung brüskiert und beleidigt fühlte, sprach in seiner ersten Erregung davon, dass dieser Schritt den Krieg mit Deutschland bedeute. Trotz seiner Verärgerung war er zunächst entschlossen, sein Land nicht leichtfertig in den Krieg eintreten zu lassen. Auf Drängen seiner politischen Berater und einflussreicher interventionistischer Kreise entschloss er sich dann jedoch, die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich abzubrechen. Den Casus belli sah er noch nicht als gegeben, wodurch er unter erheblichen innenpolitischen Druck geriet. Schon früher war er heftig von seinen politischen Gegnern kritisiert worden, weil er mit der Begründung, sein Land sei zu stolz, um wegen einer Provokation in den Krieg zu ziehen, einem Waffengang ausgewichen war. Im November 1916 allerdings hatte er mit dem Argument, das Land aus dem Krieg herausgehalten und den US-amerikanischen Interessen auf friedlichem Wege zur Durchsetzung verholfen zu haben, die Präsidentschaftswahlen wieder für sich entscheiden können.

In einem an Graf Johann Heinrich von Bernstorff, den deutschen Botschafter in Washington, gerichteten Schreiben begründete US-Außenminister Robert Lansing die schwerwiegende Entscheidung, die Beziehungen abzubrechen, mit dem Bruch der von der deutschen Regierung im Mai 1916 nach der Versenkung der „Sussex“ verbindlich abgegebenen Versicherungen. Außerdem führte er aus, dass es die Würde und Ehre seiner Nation verlangten, dem deutschen Verhalten nachdrücklich entgegenzutreten. Graf Bernstorffs schwierige und mit großer persönlicher Aufopferung verbundene Mission in Washington war beendet.

Während in den USA zwischen Kriegsgegnern und Interventionisten der Kampf um eine US-amerikanische Kriegserklärung an Deutschland ausbrach und während Wilson noch versuchte, durch „bewaffnete Neutralität“ und durch über schweizerische und österreichische Kanäle geführte Verhandlungen den Kriegseintritt seines Landes zu vermeiden, führten die deutschen U-Boote den von der Marineführung so lange herbeigesehnten rücksichtslosen Unterseehandelskrieg. Tatsächlich schien dessen Ergebnis seine Befürworter zu bestätigen, denn die Versenkungsziffern stiegen merklich an. Da eine Kriegserklärung Washingtons trotz der Versenkung amerikanischer Schiffe zunächst ausblieb, fühlten sich auch diejenigen bestätigt, die eine Neutralität der USA auch für den Fall des schonungslosen Unterseehandelskrieges prognostiziert hatten.

Die Unnachgiebigkeit Wilsons in der U-Boot-Frage sowie die fehlende Bereitschaft des Kaisers und der Reichsleitung, sich ernsthaft an Friedensbemühungen zu beteiligen, führten jedoch zu einer ständigen Verschlechterung des Klimas zwischen beiden Staaten. Unterdessen gewannen die von dem vormaligen Präsidenten Theodore Roosevelt angeführten Interventionisten die Oberhand in Washington. Als am 19. März die warnungslose Versenkung von gleich drei US-amerikanischen Schiffen bekannt wurde, sah sich Wilson zum Handeln gezwungen, wenn er nicht erheblich an Prestige verlieren wollte. Während der „Sussex“-Krise hatte er unmissverständlich angekündigt, dass die Wiederholung eines derart schwerwiegenden Zwischenfalles unweigerlich den Kriegseintritt der USA herbeiführen werde, sodass ihm jetzt seine Handlungsweise durch seine frühere Ankündigung diktiert wurde.

Die weitere bilaterale Entwicklung wurde vor allem durch ein Ereignis beeinflusst, das wohl als eines der merkwürdigsten Produkte deutscher Außenpolitik bezeichnet werden kann. Am 1. März 1917 wurde in Washington der Text eines deutschen Bündnisangebotes an Mexiko veröffentlicht, das als „Zimmermann-Telegramm“ bekannt geworden ist und die deutsche Herausforderung an die USA komplettiert hat. Das Deutsche Reich hatte bereits seit der Vorkriegszeit das mexikanische Territorium als seiner



Bild: Archiv

Besonnener Staatsmann, der dem Druck ententefreundlicher Interventionisten lange widerstehen konnte: US-Präsident Woodrow Wilson

Interessensphäre zugehörig betrachtet und Einfluss auf die politische Entwicklung in Mexiko genommen, indem es revolutionäre Bestrebungen durch Waffenlieferungen und Geldmittel je nach Lage unterstützte oder auf dem gleichen Wege zu deren Bekämpfung beitrug. Da die USA sich ebenfalls in Mexiko engagierten, hatte die deutsche Regierung nach dem Kriegsausbruch auch immer versucht, die rivalisierenden Gruppen gegen die Vereinigten Staaten zu mobilisieren, um deren Streitkräfte durch einen militärischen Konflikt mit Mexiko zu binden und gleichzeitig die US-amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen an die Entente zu reduzieren.



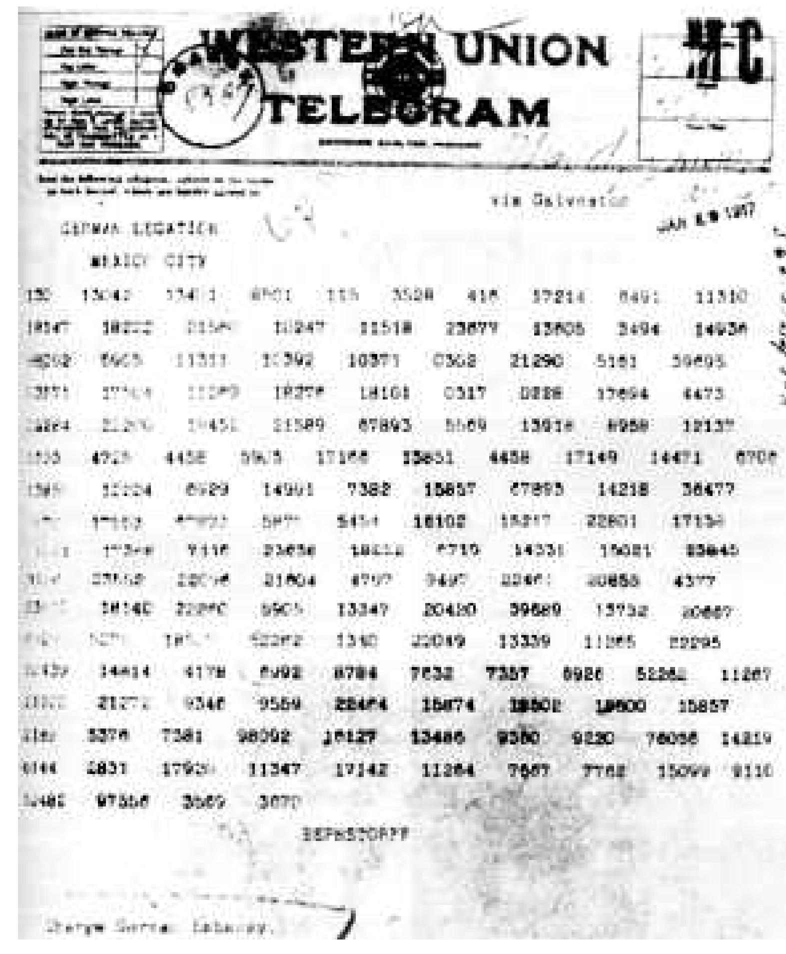
Nachdem der Termin für die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges feststand und eine Kriegsbeteiligung der USA nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, erschien eine engere militärische Bindung an Mexiko sinnvoll. So kam es am 13. Januar zur Formulierung eines Bündnisangebotes, in dem Mexiko unter dem Leitgedanken „Gemeinsame Kriegführung – Gemeinsamer Friedensschluss“ vorbehaltlich der Aufgabe der Neutralität der USA eine Zusammenarbeit vorgeschlagen und territoriale Gewinne auf Kosten der USA in Aussicht gestellt wurden.

Ursprünglich bestand im Auswärtigen Amt die Absicht, diese Depesche auf einem U-Boot nach Mexiko zu transportieren. Da jedoch befürchtet wurde, dass der offene Konflikt mit den USA bereits innerhalb der durchschnittlichen Reisezeit eines U-Bootes ausbrechen könnte, wurde schließlich entschieden, die Mitteilung auf drahtlosem Wege zu übermitteln. Am 16. Januar wurde das Bündnisangebot daher als von Außenstaatssekretär Arthur Zimmermann unterzeichnetes Telegramm der US-amerikanischen Botschaft in Berlin übergeben, die es, in der Annahme, dass der verschlüsselte Inhalt in Zusammenhang mit den Friedensvermittlungen Wilsons stand, dem State Department zuleitete. In Washington wurde das Telegramm Graf Bernstorff ausgehändigt, der es abzeichnete und in einem anderen Code an die deutsche Gesandtschaft in Mexiko weiterleitete. Zur Sicherheit wurde der Text zudem auf drahtlosem Wege über die Großfunkstationen Nauen und Sayville sowie per Kabel via Stockholm und Buenos Aires in die USA übermittelt. Unter dem Eindruck des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA wurde der deutsche Geschäftsträger in Mexiko wenig später angewiesen, dem mexikanischen Präsidenten das Bündnisangebot schon vor Ausbruch der erwarteten Feindseligkeiten zu unterbreiten.

Durch die telegrafische Übermittlung des Bündnisangebotes erhielten die britischen Funkentschlüsselungsstellen Kenntnis von dessen Inhalt. Obwohl ihnen der verwendete Code noch nicht bekannt war, konnten die Kryptologen von Room 40, der Entzifferungsabteilung des britischen Marinenachrichtendienstes, rasch die wichtigsten Teile des aufgefangenen Telegramms rekonstruieren. Als sie nach vier Wochen schließlich in der Lage waren, den gesamten Text zu entziffern, wurde Admiral William Reginald „Blinker“ Hall, dem Vorgesetzten der Dechiffrierexperten, schnell bewusst, welch ungeheure politische Brisanz die deutsche Depesche in sich barg. Zweifellos war seiner Abteilung einer der bedeutendsten Entzifferungserfolge in der Geschichte gelungen.

Die Briten, die hofften, damit einen raschen US-amerikanischen Kriegseintritt provozieren zu können, übergaben den Text des Telegramms an den US-amerikanischen Botschafter in London, allerdings ohne ihre Quelle preiszugeben. Andernfalls hätten sie zugeben müssen, dass der US-Nachrichtenverkehr regelmäßig abgehört wurde. Der Botschafter leitete das Telegramm seinem Präsidenten zu, der es am 1. März der Presse übergeben ließ.

Nicht nur für die deutsche Diplomatie, sondern auch für Präsident Wilson bedeutete diese Entwicklung eine Niederlage. Stets war es ihm darum gegangen, seine auf den Grundsatz der Humanität begründeten Bedenken gegen den Unterseehandelskrieg zu formulieren und den Rechtsstandpunkt seines Landes zu vertreten. Dies hatte er auch der Entente gegenüber immer wieder getan, indem er energisch gegen die britische Seeblockade protestierte, durch die verschiedene Wirtschaftszweige in den USA schweren Schaden genommen



WESTERN UNION TELEGRAM

via Galveston

JAN 19 1917

GERMAN LEGATION

MEXICO CITY

BERNSTORFF

Eines der merkwürdigsten Dokumente deutscher Außenpolitik: Das verschlüsselte und dennoch von den Feindmächten mitgelesene „Zimmermann-Telegramm“

hatten. Selbst nach dem Tod US-amerikanischer Staatsbürger hatte er wohlüberlegt und sachlich die Gefühlslage seiner Landsleute zum Ausdruck gebracht, ohne leichtfertig einen Kriegseintritt der USA herbeizuführen.

Mit dem Bekanntwerden des deutschen Bündnisangebotes an Mexiko allerdings war für Washington das Maß voll. Besonders verärgert war man darüber, dass die Deutschen das großzügige Angebot zur Nutzung der Nachrichtenverbindungen des US-Außenministeriums auf solche Weise missbraucht hatten. Das Deutsche Reich hatte in den zurückliegenden Monaten nicht nur die US-amerikanische Öffentlichkeit durch den Einsatz deutscher Agenten und Saboteure verärgert, die internationale Seerechtsordnung ignoriert und den wirtschaftspolitischen Interessen der USA durch die Unterseekriegführung geschadet, sondern es hatte sich nicht einmal gescheut, einem US-amerikanischen Nachbarstaat in Friedenszeiten ein gegen die Vereinigten Staaten gerichtetes Bündnisangebot zu unterbreiten. Eine bewaffnete Auseinandersetzung war damit unausweichlich geworden, so dass sich Wilson dem Drängen Roosevelts und dessen interventionistischer Anhänger nach einer Eröffnung der Feindseligkeiten beugte. In Übereinstimmung mit der großen Mehrheit seiner Landsleute forderte er am 2. April 1917 vom Kongress die Kriegsresolution.

Vier Tage später unterzeichnete er die Kriegserklärung. Von diesem Zeitpunkt an sah sich Deutschland einer weltumspannenden Kriegskoalition gegenüber. Der europäische Konflikt war zu einem Weltkrieg eskaliert, an dessen Ende die Zerschlagung der alten europäischen Staatenordnung und der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur Weltmacht standen. *Jan Heitmann*



Der Waffengang zwischen den USA und dem Kaiserreich war nicht mehr aufzuhalten: Mit dem „Zimmermann-Telegramm“ platzte die Bombe; „New York Tribune“, 2. März 1917

Karthagischer Frieden für Deutschland

Vor 50 Jahren starb der Freund Roosevelts, Finanzminister der USA und Nachfahre jüdischer Einwanderer Henry Morgenthau

Er galt in der Nachkriegszeit als der meistgehasste Amerikaner in Deutschland: Henry Morgenthau junior, Verfasser des 1944 entworfenen Planes, das besiegte Reich in drei Teile aufzuspalten, zu entindustrialisieren und auf einen Agrarstaat mit Selbstversorgerniveau zu reduzieren – eine Idee, die der Verfasser mit politischem Nachdruck verfolgte und in seinem im September 1945 erschienenen Buch „Germany is our problem“ (Deutschland ist unser Problem) detailliert beschrieben hat.

Als Nachfahre jüdischer Auswanderer aus Mannheim wurde Henry Morgenthau am 11. Mai 1891 in der Nähe von New York geboren. Zunächst stand er im Schatten seines ambitionierten Vaters. Als „Gentleman-Farmer“ wurde er Nachbar und enger Freund des späteren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt, der über die extrovertierten Eigenschaften verfügte, die dem scheuen Morgenthau fehlten. Roosevelt ernannte ihn 1934 zur allgemeinen Überraschung zu seinem Finanzminister, eine Funktion, die er bis Kriegsende beibehielt. Mehr loyal bemüht als fachlich qualifiziert setzte Morgenthau den „New Deal“ zur Überwindung der Wirtschaftskrise um. Nicht zuletzt dank einer gemeinsamen Germanophobie – Roosevelt hatte als Junge im wilhelminischen Deutschland angeblich schlechte Erfahrungen gemacht – gewann Morgenthau Einfluss auf die Außenpolitik, zunächst durch die Bekämpfung deutschen Einflusses auf die US-amerikanische Wirtschaft, später durch die Befürwortung des US-amerikanischen Kriegseintritts und die Erarbeitung dessen finanzieller Voraussetzungen.

Auf einer Kriegskonferenz im kanadischen Québec im September 1944 erreichte Morgenthau die Absegnung des nach ihm benannten Morgenthau-Plans durch seinen Präsidenten sowie die grundsätzliche Akzeptanz des skeptischen Winston Churchill, der dringend auf US-amerikanische Kredite angewiesen war. Obwohl nicht für die Öffentlichkeit bestimmt, berichtete das „Wall Street Journal“ über den beabsichtigten „karthagischen Frieden“, der den humanitären Grundsätzen der 1941 unterzeichneten Atlantik-Charta komplett zuwider lief. Die USA wollten Deutschland in einen Kartoffelacker verwandeln, zeterte Joseph Goebbels und rief die frontnahen Bewohner Aachens zu erbittertem Widerstand auf. Die „Washington Post“ nannte den Plan Morgenthaus sinnlos und gab dem Propagandaminister indirekt Recht: „Let's stop helping Dr. Goebbels!“ (Hören wir auf, G. zu helfen!) Sowohl im Außen- als auch im Kriegsministerium der USA war man entsetzt, zumal beide eigentlich zuständigen Ressorts übergangen worden waren. Wildgewordene jüdische Rache („Semitism gone wild for vengeance“) nannte der altgediente Kriegsminister Henry L. Stimson den Plan. Der 1945 für seine Verdienste um die Gründung der Vereinten Nationen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete Außenminister Cordell Hull formulierte es staatsmännischer: Der Plan sei ein Verbrechen gegen die Zivilisation. Roosevelts republikanischer Herausforderer Thomas Dewey schätzte den Wert des Morgenthau-Plans für die deutsche Wehrmacht auf zehn frische Divisionen. Angesichts der Flut an Kritik hielt der Präsident es für klug, sich vom Plan des Finanzministers zu distanzieren. Am 7. November gewann er die Wahlen mit 53,4 Prozent.



Bild: Dutch National Archives, The Hague, Fotocollectie Algemeen Nederlands Persbureau (ANEFO), 1945-1989

Wollte Deutschland teilen und entindustrialisieren: Henry Morgenthau

Dennoch entfaltete Morgenthaus Plan politische Wirkung. Die Direktive JCS 1067, welche die Grundsätze der US-amerikanischen Besatzungspolitik festlegte, war eine nur unwesentlich entschärfte Fassung, die von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausging und Militärgouverneur Dwight D. Eisenhower ausdrücklich untersagte, Maßnahmen für einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu ergreifen. Roosevelt hatte den Text im März 1945 abgezeichnet. Als dessen Nachfolger Harry Truman die Direktive am 10. Mai 1945 unterzeichnete, jubelte Morgenthau, dies sei ein großer Tag; er hoffe nur, man werde in ihr nicht den Morgenthau-Plan wiedererkennen. Auf Anraten Eisenhowers wurde die Direktive zunächst nicht veröffentlicht. Trumans Skepsis gegenüber dem Finanzminister, der den Präsidenten unbedingt auf die Dreimächtekonferenz in Potsdam begleiten wollte, wuchs. Im Juli 1945 drängte er ihn zur Demission. Morgenthau musste erkennen, dass mit dem Tod seines Freundes Roosevelt seine Zeit als Politiker abgelaufen war.

Obwohl Truman später erklärte, niemals ein Anhänger „dieses verrückten Morgenthau-Plans“ gewesen zu sein, blieb JCS 1067 bis Juli 1947 in Kraft. Über die strikte Anwendung der Direktive wachten die sogenannten Morgenthau-Boys, nach Deutschland abgeordnete Mitarbeiter des US-Finanzministeriums. Selbst Care-Pakete durften erst ab Juni 1946 verschickt werden. Nach dem Hungerwinter 1946/47 schaltete sich der in Nothilfefragen profilierte vormalige US-Präsident Herbert Hoover mit der Warnung vor einer humanitären Katastrophe in Deutschland ein. Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen mit Josef Stalins Sowjetunion erging im Sommer 1947 die Besatzungsdirektive JCS 1779, deren Kernsatz den Weg zum Wiederaufbau Deutschlands und zur Öffnung des Landes für den Marshallplan ebnete: „Ein geordnetes und wohlhabendes Europa bedarf des wirtschaftlichen Beitrags eines stabilen und produktiven Deutschlands.“

In „Germany is our problem“, der theoretischen Unterfütterung des Morgenthau-Plans, spielen Holocaust und andere konkrete Grausamkeiten des NS-Staates allenfalls eine marginale Rolle. In Fortsetzung einer besonders von Nachkommen osteuropäischer Einwanderer in die USA vertretenen obsessiven Theorie, der zufolge die Deutschen den Krieg quasi in den Genen hätten, geht Morgenthau von einer angeborenen „lust for armed conquest“ (Lust an bewaffneter Eroberung) aus: „Der Wunsch nach Krieg ist im Deutschen so fest verwurzelt wie der Wunsch nach Freiheit im Amerikaner.“ Der Weltfrieden könne deshalb nur durch konsequente Entindustrialisierung und besonders die Demontage der Schwerindustrie in Deutschland gewährleistet werden. Nach dem Grundsatz „Teile und herrsche“ solle das Land in einen norddeutschen und einen süddeutschen Staat sowie das internationalisierte Ruhrgebiet aufgeteilt werden, letzteres möglichst ohne deutsche Bevölkerung. Der Einfluss der preußischen Junker, einer reaktionären Kaste, die als Drahtzieher der Weltkriege zusammen mit Größen aus Industrie und Finanz längst mit Vorbereitungen für den nächsten begonnen habe, müsse konsequent ausgeschaltet werden. Die Deutschen müssten sich als Kleinbauern von ihrer Hände Arbeit ernähren und selbstverständlich für sämtliche Kriegsschäden aufkommen, bevorzugt durch Demontagen, Warenlieferungen und Zwangsarbeit. Für den Ausfall Deutschlands als Wirtschaftsfaktor könnten die USA einspringen. Einmal befreit von deutschen Ketten werde sich die industrielle Produktion im übrigen Europa aber schnell entfalten. Erst nach Abschluss aller restriktiven Maßnahmen könne die „Friedensschulung“ der Deutschen, also ihre „reeducation“, beginnen. Humanitäre Hilfe für das besiegte Volk lehnte der Verfasser ab.

Henry Morgenthau junior blieb auch in seinem späteren Leben überzeugt, die Deutschen würden demnächst wieder in den Krieg ziehen. Das Aufkommen der Friedensbewegung hat er freilich nicht mehr erlebt, er starb am 6. Februar 1967 in New York City. Heute sind es die im linksgrünen Spektrum verbreiteten Ideen der sogenannten Antideutschen, die an den Geist Morgenthaus erinnern, ohne den Namen des Politikers ausdrücklich zu nennen: Keine Katharsis deutscher Schuld ohne karthagischen Frieden – Untergang oder Selbstauflösung.

Henry Thoma

Ihre Wendigkeit schätzten Militärs und Zivilisten

Die MBB Bo 105 war der erste zivile Hubschrauber mit zwei Propellerturbinen und dem neu entwickelten gelenklosen Rotorkopf

Wer am Kamener Kreuz vorbeifährt, kann ihn nicht übersehen – den gelben Rettungshubschrauber, der auf einer von acht Engelsskulpturen getragenen Plattform steht. Der Hubschrauber ist eine Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) Bo 105 in der typischen ADAC-Bemalung. Diese oft „Gelbe Engel“ genannten Hubschrauber bildeten seit der Gründung das Rückgrat des deutschen Rettungsflugwesens.

Die Bo 105 flog erstmals am 16. Februar 1967. Ihre Entwicklung begann 1961, als die Konstrukteure Ludwig Bölkow und Emil Weiland mit Studien für einen leichten, zweimotorigen Mehrzweck-Hubschrauber begannen. Ziel war ein geräumiger sowie leicht zu wartender und zu fliegender Helikopter für ein breites Spektrum ziviler und militärischer Aufgaben. Die Bo 105 war der erste zivile Hubschrauber mit zwei Propellerturbinen und dem neu entwickelten gelenklosen Rotorkopf. Durch ihre Wendigkeit machte die Bo 105 von sich reden. Auf der ganzen Welt fanden sich zivile und militärische Abnehmer.

Mit dem neuen Hubschrauber wurde in Deutschland das Luftrettungsnetz aufgebaut. Im Prinzip wurden die neuen Rettungshubschrauber mit denselben Geräten ausgerüstet wie die Rettungswagen. Die Hubschrauber wurden von ADAC, der Deutschen Rettungsflugwacht, der Björn-Steiger-Stiftung und vom Bundesgrenzschutz, der heutigen Bundespolizei, betrieben. Viele blieben bis 2010 im Einsatz, wurden dann aber ersetzt, weil sie den Lärmschutz- und Leistungsanforderungen nicht mehr gerecht wurden.

Über 1640 Stück wurden produziert

Ab Mitte der 70er Jahre erhielten die deutschen Heeresflieger 100 Maschinen als Verbindungshubschrauber und 212 weitere als Panzerjagd-Hubschrauber. Die Panzerjagd-Maschinen waren mit sechs Lenkraketen ausgerüstet und sollten in Einheiten von vier Hubschraubern feindliche Panzer bekämpfen. Ursprünglich als Übergangslösung gedacht, blieben diese Maschinen bis 2013 im Einsatz. Danach dienten noch rund 100 Maschinen in der Ausbildung, als Kuriermaschinen und als Transporter für Spezialkräfte, bis die letzten von ihnen im Dezember 2016 zurückgezogen wurden.

Von der Bo 105 wurden bis heute über 1640 Stück produziert, zunächst in Deutschland, später auch in Spanien, Kanada, auf den Philippinen und in Indonesien. Während die Produktion in Deutschland bereits 2001 endete, läuft sie in Indonesien noch immer. Bis heute ist sie der einzige Hubschrauber, der in Europa für den Kunstflug zugelassen ist.

Friedrich List



Den Sockel erstellte der Lüdinghausener Künstler Alfred Gockel: Denkmal Rettungshubschrauber des ADAC am Kamener Kreuz

Bild: Gudrun Meyer



Der Moment der Woche

Leuchtende Augen mögen sich hinter den Brillengläsern verbergen: Front-National-Vorsitzende Marine Le Pen (48), die das Modell der Modemarke Prada bei einer Fachmesse ausprobierte, kann sich echte Chancen auf das französische Präsidentenamt ausrechnen. Gewählt wird am 23. April. Eine Stichwahl ist, wenn nötig, für den 7. Mai vorgesehen. So kurz vor der Abstimmung ist nun ihr größter Konkurrent, der Republikaner Francois Fillon, ins Trudeln geraten. Über eine Scheinbeschäftigung soll er seiner Gattin mehr als 800 000 Euro aus der Staatskasse zugeschanzt haben. Aktuelle Umfragen sehen Marine Le Pen bei 27 Prozent der Wählerstimmen. Damit würde sie an erster Stelle in die entscheidende Stichwahl einziehen.

Selten, aber häufig

Die irrwirtzigen Folgen des Artenschutzes

Naturschutz hat in Deutschland einen hohen Stellenwert. Wie extrem er mittlerweile allerdings von Staats wegen betrieben wird, zeigt der Umgang mit zwei Reptilienarten: der Mauereidechse (Podarcis muralis) und der Zauneidechse (Lacerta agilis). Die flinken Krabbler besiedeln weite Gebiete Europas und Vorderasiens. An Waldrändern, auf Bahndämmen, Heideflächen und Dünen, in Steinbrüchen, Kiesgruben und Wildgärten fühlen sie sich heimisch. Das Bundesamt für Naturschutz ist trotzdem zu dem Schluss gekommen, dass es viel zu wenige von ihnen in Deutschland gibt. Sie stehen daher auf der Roten Liste und gelten als stark gefährdet.

Die Folgen sind irrwitzig: Ein 500-köpfiges Mauereidechsenvolk auf einer Baustelle der Bundesbahn in Untertürkheim – Bestandteil des Megaprojektes Stuttgart 21 – muss zweitweise umgesiedelt werden. Dafür wurde unter einer Autobahnbrücke das größte Freilandterrarium der Welt errichtet. Die 3600 Quadratmeter sind von einem zwei Meter hohen Zaun umgeben. Metallplatten wurden 80 Zentimeter in den Boden eingegraben, damit sich keine Marder zu den schmackhaften Bewohnern durchgraben können. Nachts filmt eine Kamera, ob Katzen ins Gehege eindringen. Sind alle Gleise verlegt und die Bauarbeiten abgeschlossen, werden die Echsen zurückgesiedelt. Kosten insgesamt: 1,5 Millionen Euro. Noch einmal so viel Geld muss die Bahn allerdings aufwenden um die Baustelle selbst abzusichern, damit sich keine weiteren Mauereidechsen aufs Gelände schleichen, um dann gemäß ihrem Status als „stark gefährdet“ die gleichen Rechte in Anspruch zu nehmen wie ihre Vorbewohner.

Wobei ein paar Reptilien mehr oder weniger kaum ins Gewicht fallen würden. Um Stuttgart 21, den Umbau des Eisenbahnknotens in der baden-württembergischen Hauptstadt, umzusetzen, müssen nach Schätzungen rund 10 000 Zauneidechsen und Mauereidechsen umgesiedelt werden. Deutschlandweit dürften Hunderttausende der „seltenen“ Tiere den Umzugsservice bei anstehenden Bauprojekten in Anspruch nehmen. *Frank Horns*

Ein trügerisches Wort

Patchworkfamilien gelten als modern, lässig-cool und unkonventionell, die Wirklichkeit sieht meist erschreckend anders aus

Natürlich ist die klassische Familie auch kein Raum der puren Glückseligkeit. Die Literatur ist voller Desastergeschichten aus dem Kreis der vermeintlich Lieben. Leo Tolstoi, Thomas Mann, und Henrik Ibsen beispielsweise haben sie verewigt. Dennoch ist sie meist das bessere Modell im Vergleich zur vermeintlich lässig-coolen Patchworkfamilie von heute.

Eine Bahnfahrt von Bremen nach Hamburg am 23. Dezember: Der elfjährige Elias schaut besorgt auf die vorbeiziehende norddeutsche Landschaft hinter den Fenstern. „Hält der Zug auch wirklich in Hamburg-Harburg?“, möchte er wissen.

Sein Vater wohnt dort seit Kurzem mit der neuen Lebensgefährtin. Elias hat sich zum ersten Mal alleine auf den Weg gemacht und ist froh, dass er im Zug ganz schnell die gleichaltrige Nele kennengelernt hat. Sie ist die Strecke „schon hundertmal alleine gefahren und lacht jetzt über Elias dumme Frage, ob der Zug in Hamburg-Harburg hält. Natürlich tut er das. Da muss sie nämlich auch raus. Ihre Mutter wird sie dort abholen. Eben hat sie mit ihr telefoniert. „Ob *er* auch da sein wird?“, wollte Nele wissen. Ihre Mutter hatte daraufhin viel zu sagen. Die Worte klangen blechern durchs Smartphone. Nele hat schweigend zugehört. Irgendwann hat sie gefragt: „Aber nächstes Jahr feiern wir doch wieder mit Papa und nicht mit Alexander zusammen Weihnachten?“ Stirnrunzelnd hat sie der Antwort ihrer Mutter gelauscht und das Gespräch schließlich mit einem knappen „Okay, tschüß, bis dann“ beendet. Neles Stimme klang dabei sehr dünn. Elias und ein anderes Mädchen, das auf einem der gegenüberliegenden Sitze Platz genommen hat, schauen sie mitfühlend an.

Überraschend viele Kinder sind an diesen Vorweihnachtstag per Zug unterwegs. Manche reisen in Begleitung, andere sind allein. Wer etwas länger über das Phänomen nachgrübelt, kommt allerdings bald zur Erkenntnis, dass der Kinderreichtum auf Schienen eigentlich alles andere als erstaunlich ist. Die Patchwork-Gesellschaft schickt ihre Jüngsten auf Reisen. Mama oder Papa – je nach Vereinbarung – haben sich den Nachwuchs für die Feiertage geblockt. Alleinreisende Kinder, die von einem Elternteil zum anderen pendeln, sind zum Markenzeichen dieser Form des Zusammenlebens geworden.

> Til Schweiger versteht sich blendend mit seiner Ex-Frau

Zweitfamilie, Stieffamilie oder Nachscheidungsfamilie hieß es früher. 1990 tauchte der Begriff Patchworkfamilie zum ersten Mal in Deutschland auf. Ersonnen hat ihn wahrscheinlich die deutsche Übersetzerin eines US-amerikanischen Fachbuches mit dem Titel „Deins, Meins und Unser – wenn Väter oder Mütter in neuen Ehen weitere Kinder bekommen“. Patchwork kommt aus dem Angelsächsischen und bedeutet Flickwerk. Gemeint ist eine Handarbeitstechnik, bei der Stoffreste oder auch Lederflicken von unterschiedlicher Farbe, Form und Musterung neu zusammengesetzt werden. „Patchwork ist ein trügerisches Wort“, schreibt die „FAZ“-Redakteurin und Autorin Melanie Mühl in ihrer Streitschrift „Die Patchwork-Lüge“. Es klinge so unbekümmert, dass wir an Sommerferienlager, an Leichtigkeit, Aufbruch und Spaß denken. „Es ist modern, lässig, cool und unkonventionell.“

In den Medien führen bekannte Schauspieler, Politiker und Sportler ihr „Patchwork-Glück“ vor. Kino- und TV-Star Til Schweiger verkündete in der „NDR Talk Show“, dass er sich blendend mit Dana Schweiger, der Ex-Frau und Mutter seiner vier Kinder, versteht. „Konflikte klären wir direkt. Das haben wir ziemlich gut hingekriegt, und deswegen läuft das jetzt auch so gut“, weiß er zu berichten. Jede Menge Patchwork-Glück erhellt, laut Medien, auch das Leben von Boris Becker und den Seinen. Gleiches gilt für Hollywood-Prominenz wie Orlando Bloom oder Eddie Murphy. Einst galten auch Ex-Bundespräsident Christian Wulff mit seiner Gattin Bettina und seinen insgesamt drei Kindern als Deutschlands Vorzeige-Patchworkfamilie.

Das *PAZ*-Leserforum, das sonst an dieser Stelle stand, ist umgezogen. Es steht ab jetzt immer auf der Seite 20.

Wie viele Menschen insgesamt diese Art des Zusammenseins gewählt haben, weiß niemand genau. Dafür ist das Beziehungs-Netzwerk zwischen den Beteiligten oft zu locker und unbeständig geknüpft. Was heute wie ein Band der ewigen Verbundenheit wirkt, kann morgen schon als loses Ende im Nichts flattern. Manche Soziologen gehen davon aus, dass rund drei Millionen Halbwüchsige in sogenannten alternativen Lebensmodellen groß werden. Nach anderen Schätzungen sollen zu den zehn Millionen Familien in Deutschland rund 2,5 Millionen Patchwork-Beziehungen zählen.

Eine existenzielle Katastrophe – zumindest für die Kinder – überschattet fast alle von ihnen: die Trennung der leiblichen Eltern. „Die Behauptung, es gebe auch gute Scheidungen ist aus Kindersicht absurd“, schreibt die Autorin Mühl und zitiert in ihrer Streitschrift die US-amerikanische Sozialforscherin Elisabeth Marquardt: „Alle Schönrederei von Scheidung ist nur dazu da, Eltern ein gutes Gewissen zu machen.“ Scheidungskinder wachsen mit der Gewissheit auf, dass nichts von Bestand ist, in jedem Augenblick kann alles in Trümmern liegen. Die Psychologin Sabine Walper, Professorin an der Universität München, fand heraus, dass für die meisten Kinder die Trennung ihrer Eltern unerwartet über sie hereinbricht, dass weder Mutter noch Vater etwas angedeutet hatten. Ein Erlebnis, dass sie niemals wieder vergessen, denn es passierte innerhalb der Familie. Ein abscheulicher Verrat innerhalb des Raumes, der eigentlich für Schutz und Geborgenheit steht.

Scheidungskinder neigen stärker zu Depressionen und Jugendkriminalität. Die US-amerikanische Psychologin Judith S. Wallerstein entdeckte, dass 25 Prozent der unter 14-Jährigen mit geschiedenen Eltern regelmäßig trinken oder Drogen konsumieren. Bei Kindern aus intakten Familien waren es lediglich neun Prozent.

> Wenn die Kinder in einer amoralischen Zwischenwelt leben

Schön ist der Gedanke, dass der traumatisierte Nachwuchs wieder Halt finden kann, wenn Mutter und Vater neue Beziehungen eingehen, wenn das Scheidungserlebnis zur fernen Kindheitserinnerung wird wie eine überstandene Masernkrankheit oder ein blutiges Knie nach einem Sturz vom Rad.

Das ist allerdings nur selten Fall. Die Kinder finden sich bei einer Patchworkfamilie oft in einer hochkomplexen Beziehungskonstellation wieder. Da sie schon eine Scheidung erlebt haben, gilt für sie auch Familie Nummer Zwei als höchst instabil und gefährdet. Umso schwerer ist es, sich auf den Stiefvater oder die Stiefmutter einzulassen. Zumal ein permanenter Loyalitätskonflikt droht. Verrät man nicht Vater oder Mutter, wenn man die Neuen auch mag? Psychologen sprechen von einer „amoralischen Zwischenwelt“, in die das Kind gerät.

Noch komplizierter wird es, wenn beide Erwachsene Kinder in die Beziehung einbringen. Ein Einzelkind muss nun teilen lernen. Der Älteste kann plötzlich zum Jüngeren werden. Papas einzige Tochter hat eventuell plötzlich mehrere Schwestern. Bekommt das neue Paar zudem noch ein gemeinsames Kind kann schnell das bittere Gefühl aufkommen, in einer Mehrklassengesellschaft groß zu werden: Es gibt Vollgeschwister, Halbgeschwister und Stiefgeschwister. Verteilungskämpfe und Eifersüchteleien sind die Folge.

Die Erwachsenen haben einen nicht minder schweren Stand. Von den Kindern des Partners werden sie abgelehnt, während diese die leiblichen Eltern – oftmals unbewusst – zur Ikone stilisieren. Die Fremdeltern müssen dann gefühlsmäßig zurückstecken, auch wenn sie sich liebend gerne auf den Familienzuwachs einlassen würden. Eine echte Wir-Gemeinschaft kann sich so kaum entwickeln. Eigene Probleme kommen hinzu: Auch der frühere Partner des neuen Gefährten muss meist in das Beziehungsnetzwerk integriert werden. Ist das Verhältnis schwierig, spiegeln dessen Kinder den ungeliebten Ex des neuen Partners immer auch in einer gewissen Form wider. Das kann eine große Belastung sein, selbst wenn sie oft gar nicht bewusst wahrgenommen wird. Starke seelische Konflikte, Persönlichkeitsstörungen und psychische Erkrankungen drohen, wissen Psychologen.

Nach Ansicht von Claudia Starke und Thomas Hess, Betreiber einer psychotherapeutischen Praxis in der Schweiz und Autoren des „Patchwork-Buches“, scheitern aus diesen Gründen rund 50 Prozent der Zweitfamilien schon nach kurzer Zeit. Den beiden kleinen Bahnreisenden Nele und Elias bleibt dieses zweite Familiendrama hoffentlich erspart. *Frank Horns*



Eben noch Einzelkind, jetzt eines von mehreren Geschwistern: Eifersüchteleien und Verteilungskämpfe unter dem Nachwuchs in der der Neufamilie sind oft die Folge Bild: Colourbox

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6 – 10. Februar 2017

MELDUNGEN

Moldau soll von Polen lernen

Allenstein – Der moldauische Botschafter in Polen, Jurij Bodrug, besuchte auf Einladung des ermländisch-masurischen Woiwoden, Artur Chojecki, das südliche Ostpreußen. Vorrangiges Thema war die Wirtschaftsentwicklung seines Landes. Er traf untere anderem den Vorsitzenden der Ermländisch-Masurischen Sonderwirtschaftszone. Chojecki erklärte, dass er immer bereit sei, Erfahrungen zu vermitteln. „Diese Begegnung ist eine Gelegenheit, um die guten Praktiken und die guten Erfahrungen, die wir als Region und Staat haben, weiterzugeben, um in Moldau Fuß zu fassen beziehungsweise in einem Land, dessen wirtschaftliche Struktur an unsere Region erinnert“, sagte er. Moldau hat im Jahr 2014 einen Kooperationssvertrag mit der Europäischen Union abgeschlossen. *PAZ*

Alt-Wartenburg wie Pompeji

Alt-Wartenburg – Ein deutsch-polnisches Forscherteam unter der Leitung von Arkadiusz Koperkiewicz von der Danziger Universität und Felix Biermann von der Universität Göttingen hat die Ergebnisse des Forschungsprojekts „Alt Wartenburg – das ermländische Pompeji“ vorgestellt. Nach einem Angriff der Litauer im Jahr 1354 vernichtete ein Feuer in Alt-Wartenburg alles bis zum Boden. Laut Professor Christofer Herrmann von der Universität Danzig blieben dennoch reichhaltige Funde erhalten: „Wir haben hier einen Effekt wie in Pompeji: Das Dorf wurde in kurzer Zeit komplett zerstört, niemand hat es geplündert oder später dort gesedelt.“ Das Feuer hat also dafür gesorgt, dass alles an seiner Stelle verblieb. Pompeji wurde dagegen durch die Eruption des Vesuvs im Jahre 79 nach Christi total zerstört. Die Vulkan-Asche, die Pompeji verschüttet hat, erhielt die Bauten, die Einrichtungsgegenstände, etliche Menschenkörper und Tiere.. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Amerykа], Baustelle. *E.G.*

Anton Alichanow erstmals in Berlin

Gouverneur des Königsberger Gebiets wirbt um Investoren – Beiderseitiges Interesse bekundet

Erstmals seit fünf Jahren hat eine russische Delegation des Königsberger Gebiets die Bundesrepublik besucht. Nun gab sich der neue Gouverneur Anton Alichanow höchstpersönlich die Ehre. Während der Treffen ging es vor allem darum, deutschen Geschäftsleuten die Region als Standort für Investitionen vorzustellen.

Ungeachtet seiner Nähe zu EU-Staaten ist das Königsberger Gebiet bei deutschen Wirtschafts- und Unternehmensforen nur spärlich vertreten. Das soll sich ändern: Zur russischen Delegation gehörten die Leiter der regionalen Ministerien für Wirtschaft, Landwirtschaft und Industrie, wie auch der Agentur für internationale Beziehungen sowie Vertreter der Organisation für die Entwicklung des Königsberger Gebiets.

Im Vordergrund der Reise standen Gespräche des Gouverneurs mit der Leitung des BMW-Konzerns in München mit dem Ziel, den Bau eines deutschen Werks mit vollem Produktionszyklus von Autos in der Region zu beschleunigen. Im Jahr 2014 hatte der Konzern den Bau einer solchen Fabrik bis 2016 im Königsberger Gebiet geplant. Am Vorabend seiner Reise hatte Alichanow erklärt, dass „für den Bau der Anlage alle notwendige Infrastruktur auf dem Gebiet der Königsberger Autoindustrie fertiggestellt“ worden sei. Daher wollte der Leiter der Region die deutschen Partner zu mehr Eile drängen. Mit den Ergebnissen der Gespräche zeigte sich Alichanow zufrieden. Bei dieser Gelegenheit sagte er, dass in naher Zukunft alle Aspekte des Projekts überarbeitet würden und nach sechs Monaten bei einem weiteren Treffen über die endgültige Auswahl der Varianten des Automobilnetzwerks entschieden werden solle.



Delegation des Königsberger Gebiets in der russischen Handelsvertretung von Berlin: Gouverneur Anton Alichanow (M.) leitete die Gespräche Bild: J.T..

Am zweiten Tag seiner Reise stattete Alichanow der deutschen Hauptstadt Berlin einen Besuch ab. In der russischen Handelsvertretung präsentierte sich das Königsberger Gebiet Unternehmern. Vertreter vieler Firmen, die schon seit vielen Jahren mit dem Gebiet zusammenarbeiten, aber auch solche, die ihre Produktion erst noch dorthin verlegen wollen, waren der Einladung gefolgt. Neben der Hauptpräsentation, die der Gouverneur selbst vornahm, gab es eine Präsentation der Unternehmensentwicklung in der Region, und auch das Landwirtschaftsministerium stellte sich vor. Darüber hinaus teilten zwei

Interesse an Schloss-Wiedererrichtung

Unternehmer aus der Bundesrepublik ihre langjährigen Geschäftserfahrungen im Königsberger Gebiet mit. André Keller, Chef von „Landis Trading Kaliningrad“, erzählte vom Entstehungsprozess seines Unternehmens. Viktor Lider, Direktor der „Uschakowskij-Werften“, berichtete vom erfolgreichen Bau des ersten Freizeit-Passagierschiffs für Touristen auf seiner Werft.

Die Delegation aus Königsberg musste sich vielen Fragen der zahlreichen Gäste stellen. Die interessierten sich dafür, welche Projekte im Zusammenhang mit dem Jahr der Ökologie in der Region umgesetzt werden, die für deutsche Unternehmen interessant sein könnten, und welche Perspektiven der Bau eines Hafens für Touristenboote in Pillau habe. Ferner wollten sie etwas über die Platzierung deutscher Unternehmen in neuen Industrieparks wissen, vom Gesetz über die Sonderwirtschaftszone, über den Zustand des Flughafens Powunden [Chrabrowo] und vieles mehr.

Auf die Frage, ob es sich nicht lohne, die Bundesrepublik öfter zu besuchen, sagte Alichanow, dass Königsberg „tatsächlich vom Radar der Investitionen verschwunden ist, und das völlig unverdient“. Daher werde man versuchen, die deutschen Nachbarn regelmäßig zu besuchen.

Unter den Teilnehmern überwogen Vertreter von Unternehmen, die in verschiedenen Bereichen auf den regionalen Markt im Königsberger Gebiet investieren möchten, von der Abfallwirtschaft bis zur Lieferung von Baukränen.

Neben der Veranstaltung in der russischen Handelsvertretung traf sich der Gouverneur mit dem russischen Botschafter in Deutschland, Wladimir Grinin, zu einem Gespräch mit dem bekannten deutschen Politologen Alexander Rahr.

Am selben Tag stattete die russische Delegation dem Humboldt-Forum einen Besuch ab. Hier sprach der ehemalige Berliner Chefarchitekt Hans Stimmann mit den russischen Besuchern. Der Architekt ist einer der Initiatoren des Wiederaufbaus des Berliner Schlosses. Er stellte den Gästen seine Erfahrung mit der Wiedererrichtung und der Integration des historischen Erbes in der modernen urbanen Umgebung Berlins dar. Stimmann hat bereits Königsberg besucht und ist mit den Plänen des Projekts „Herz der Stadt“ vertraut. Alichanow besprach mit Stimmann die Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit, sodass es gut möglich ist, dass der deutsche Architekt Königsberg bald wieder besuchen wird.

Jurij Tschernyschew

Skulptur »Kind mit Katze« restauriert

Stadt Königsberg erklärte die Skulptur 2007 zum Objekt des kulturellen Erbes – erst jetzt kümmerte sie sich darum

In der Königsberger Boyenstraße [Kommunalnaja 73] ist die Skulptur der Bildhauerin Lieselotte Steiner „Kind mit Katze“ erhalten. Sie wurde frisch restauriert, wogegen die Fassade des Gebäudes, vor dem sie steht, sich wie zuvor in bedauernswertem Zustand befindet.

Die Restaurierung der geschundenen Skulptur ist nun vollendet. Die Skulptur „Kind mit Katze“ nennen viele Königsberger noch „Junge mit Kater“. Das Haus ist in der Nähe eines Gebäudes der Universität an der Stägemannstraße [ul. Tschernyschewskogo], in dem die Sozial- und Geisteswissenschaften beheimatet sind.

Lieselotte Steiner wohnte in dem Haus

Die Skulptur wurde 1934 von der Königsberger Bildhauerin Lieselotte Steiner geschaffen und vor dem Eingang des Hauses aufgestellt, das sie gemeinsam mit ihrem Mann Arthur Steiner bewohnte, der ebenso Bildhauer und Lehrer an der Königsberger Akademie der Künste war. Die Skulptur war von Vandalen verunstaltet worden und stand lange Zeit in schlechtem Zustand vor dem Haus: Die Köpfe des Kindes und des Tieres waren spurlos verschwunden. Mit dieser ungewöhnlichen Gestalt verwunderte sie über zwei Jahrzehnte lang die Passanten. Sie war bereits zu einem unverkennbaren Wahrzeichen der Gegend geworden, und die Bürger scherzten immer wieder über das außerirdische Aussehen der kopflosen Kreaturen. Sie stellten sich aber auch vor, wie die Skulptur einmal ausgesehen haben mochte. Nun wurde ihre Phantasie mit Leben erfüllt. Die Skulptur hat ihre Köpfe zurück. Die Restaurierungsarbeiten wurden im Rahmen des Programms zur „Entwicklung kommunaler Einrichtungen im Bereich Kultur der Stadt Königsberg: Kultur, Erhaltung und Förderung des kulturellen Erbes“ durchgeführt.

Auftraggeber der Arbeiten war das kommunale Zentrum für Denkmalschutz, dem die Nutzung der Skulptur unterliegt. Restaurator war Fjodor Frost, Mitglied in der Union der russischen Künstler. Die Arbeiten haben umgerechnet knapp 3100 Euro gekostet.



Endlich wieder vollständig: Skulptur Kind mit Katze Bild: J.T.

Für die Restaurierung, deren Vorbereitung schon vor vier Jahren begonnen hatte, wurden gefundene Fotografien genutzt, um die Köpfe nachzubilden. Der Meister beseitigte Risse und Beschädigungen, entfernte Schichten von Staub und Pflanzen und versiegelte die Oberfläche mit einem Spezialmaterial.

Auf Beschluss der Gebietsregierung hatte die Skulptur „Kind mit Katze“ schon am 23. März 2007 den Status eines Objekts des kulturellen Erbes von lokaler [kommunaler] Bedeutung erhalten. Also schon seit fast zehn Jahren ist sie ein Denkmal von lokaler Bedeutung und unterliegt staatlichem Schutz, doch erst jetzt hat sich die Stadtverwaltung darum gekümmert. Allerdings scheint sie das Haus, dessen Eingang die berühmte Skulptur ziert, vergessen zu haben. Es befindet sich im gleichen Zustand wie die Skulptur vor ihrer Restaurierung. Von der Fassade bröckelt der Putz, sie ist mit Moos bewachsen und zeigt sichtbare Spuren von Schimmel, die Farbe platzt von den Wänden, das Treppengeländer ist verrostet, die Stufen aufgesprungen. Es sieht aus wie in einem Elendsviertel. Dennoch freuen sich die Nachbarn darüber, dass wenigstens das Kind mit Katze lächelt, und warten weitere viele Jahre auf die Restaurierung des Hauses. *J.T.*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

es ist ein Satz aus einem an unsere Ostpreußische Familie gerichteten Schreiben, der mich besonders berührt und den ich einfach weitergeben muss. Er steht in dem Brief von Frau **Brigitte Trennepohl** aus Ibbenbüren und betrifft die sogenannten Wolfskinder, deren Schicksale und Lebensläufe die vom Deutschen Kulturforum östliches Europa und dem Ostpreußischen Landesmuseum gestaltete Wanderausstellung „Wolfskinder – Verlassen zwischen Ostpreußen und Litauen“ aufzeigt, die zurzeit im Bürgerhaus Ibbenbüren läuft. Frau Trennepohl hat daran keinen unerheblichen Anteil, denn die Ausstellung kam auf ihren Anstoß in die niedersächsische Stadt, und sie gestaltet auch das Rahmenprogramm der bis zum 10. März gezeigten Ausstellung mit ihren literarischen Beträgen mit. Wie stark diese von dem Gefühl von Verlorenheit und Vergessen geprägten Schicksale Brigitte Trennepohl berühren, bezeugt dieser Satz in ihrem Schreiben: „Ich setze mich sehr für die Wolfskinder ein, weil ich Glück hatte und meine Mutter am Leben blieb.“ Aus diesen Worten spricht eine tiefe Dankbarkeit, dass die damals achtjährige Brigitte Krause nicht von ihrer Mutter getrennt wurde, als die Flüchtlinge aus Gerdauen im Heilsberger Kessel stecken blieben und den Russen in die Arme fielen. Es folgten zwar auch Hunger und Verelendung, aber Mutter und Tochter zogen gemeinsam auf Nahrungssuche durch Litauen und kehrten immer wieder nach Gerdauen zurück, bis sie endlich die zerstörte Heimat verlassen konnten. Die Mutter, die beschützende, tröstende, wärmende Mutter, war eben immer für die kleine Brigitte da, was die nun 85-Jährige noch heute mit großer Dankbarkeit empfindet.

Deshalb übernahm Brigitte Trennepohl nach ihrer Tätigkeit als Kirchspielvertreterin bei der Kreisgemeinschaft Gerdauen von Frau **Anita Motzkus** im Jahr 2007 die Betreuung der Wolfskinder, die in der Stadt und dem Kreis Gerdauen beheimatet sind. Seitdem hat sie schon vieles bewegen können. Zweimal war Frau Trennepohl mit Hilfstransporten in Litauen, und sie hofft, es auch in diesem Jahr zu schaffen. Literarisch verarbeitet hat sie ihre Eindrücke in dem Büchlein „Was ein Kinderherz ertragen kann“, das sie gemeinsam mit **Annemarie Kiuzauskas** schrieb. Auf diesen Erinnerungen basiert das Buch der Autorin **Johanna Ellsworth** „Das Wiegenlied der Wolfskinder“, das die Reihe der Publikationen, die dieses Thema behandeln, mit einem Roman ergänzt und es in dieser epischen Form in die erzählende Literatur einbringt. So wird das Interesse für diese bis vor einigen Jahren bestehende „Blindstelle der deutschen Geschichte“, wie der Historiker **Christopher Spatz** die Lebensläufe der Wolfskinder nennt, weiter geweckt. Er selber hat mit seiner Dokumentation „Ostpreußische Wolfskinder – Erfahrungsräume und Identitäten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft“ ein Standardwerk geschaffen, zu dem auch Zeitzeugen aus unserem Leserkreis mit ihren authentischen Aussagen beigetragen haben. Der Berliner Autor ist auch in Ibbenbüren mit einem Vortrag im Begleitprogramm der Ausstellung vertreten, er wird am 2. März über die Wolfskinder unter dem Titel „Starke Kinder – Ostpreußens Hungerüberlebende in Litauen“ sprechen. Wir wünschen der Veranstaltung einen interessierten Zuhörerkreis.

Auch das war ein Zufluchtsort: Titelbild des Romans „Das Wiegenlied der Wolfskinder“ Bild: privat

Dass das Interesse an den noch letzten Zeugen dieses jahrzehntelang verschwiegenen Kapitels der deutschen Nachkriegsgeschichte auch bei der Jugend wächst, geht aus der Anfrage eines Gymnasiums aus Frankfurt am Main hervor. Dort werden zeitgeschichtliche Themen durch Zeitzeugenbefragung erarbeitet und dokumentiert, wie eine in der Buchreihe „Volksbund Forum“ erschienene Publikation beweist, die sich unter dem Titel „Stehengebliebene Lebensuhren“ mit dem Bombenkrieg in Frankfurt, seinen Opfern und seinen Folgen befasst. Nun will der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. zusammen mit dem Frankfurter Friedrich-Dessauer-Gymnasium eine neue Dokumentation herausgeben, die ebenfalls auf einer Befragung der Erlebnisgeneration beruht, und diesmal geht es um das Thema Wolfskinder. Es soll bereits im Sommer erscheinen, und deshalb haben wir diese Anfrage anderen Anliegen vorgezogen, wofür ich bei den Absendern um Verständnis bitte. Die Abiturklasse, die sich mit diesem Projekt befasst, erlässt folgenden Aufruf:

„Wir sind Schüler und Schülerinnen des Friedrich-Dessauer-Gymnasiums in Frankfurt am Main und bereiten in Kooperation mit dem Volksbund eine Buchveröffentlichung zum Thema ‚Wolfskinder‘ vor. Für unsere Veröffentlichung suchen wir Zeitzeugen, die entweder selbst oder deren Angehörige das Schicksal eines Wolfskindes erleiden mussten. Wir sind für jeden Kontakt dankbar. Gespräche mit Zeitzeugen wären eine wertvolle Unterstützung unserer Arbeit. Gerne kommen wir zu Ihnen, um uns Ihre Erlebnisse erzählen zu lassen. Über den Kontakt mit Zeitzeugen hinaus suchen wir Quellen wie Tagebuchaufzeichnungen, Briefe, Fotografien oder ähnliches, die über den Lebensweg von Wolfskindern Auskunft geben. Alle Auskünfte werden, wenn erwünscht, vertraulich behandelt. Bitte helfen Sie uns, damit insbesondere die junge Generation mehr über das Leben der Wolfskinder erfährt. Melden Sie sich bitte bei unserem Lehrer, Herrn Dr. **Björn Schaal**, der unser Projekt betreut. Die Schülerinnen und Schüler des Leistungskursus Geschichte des Friedrich-Dessauer-Gymnasiums.“ (Dr. Bjoern Schaal, Altkönigstraße 1 in 65779 Kelkheim/Ts., Telefon 0171/3046826, E-Mail: schaal@fdg.he.1o-net2.de)

Soweit der Aufruf, aus dem schon ersichtlich ist, dass sich einige Vorgaben nur schwer erfüllen lassen werden, wenn überhaupt. Wer von den nach Litauen gewanderten elternlosen Kindern lesen und schreiben konnte, verlernte die deutsche Sprache schnell. Jüngere lernten nur Litauisch, wenn sie überhaupt eine Schule besuchen konnten. Wie sollten da Tagebuchaufzeichnungen und Briefwechsel – mit wem? – überhaupt zustande kommen? Es gibt kaum Fotos von Wolfskindern aus der Zeit bis zur sogenannten Wende und andere belegbare Zeugnisse. Aber das werden die Absolventen des Leistungskursus Geschichte bald selber erfahren, denn ich bin sicher, dass ihr Aufruf in unserer „Ostpreußischen Familie“ ein gutes Echo findet, denn das Thema Wolfskinder ist ja eines unserer Hauptanliegen. Manche Leserinnen und Leser stoßen sich an dieser Bezeichnung, auch wir sind nicht ganz glücklich, weil sie so plakativ erscheint. Er wurde in den 90er Jahren durch die Medien geprägt und bürgerte sich trotz vielseitiger Ablehnung – vor allem der Betroffenen – schnell ein, weil er einen hohen Wiedererkennungswert besitzt, wodurch auch eine wirksame Publizierung erreicht werden kann. Da haben selbst Historiker wie Christopher Spatz mit diesem Begriff Frieden geschlossen, sodass er ihm sogar den Titel in seiner wissenschaftlichen Dokumentation einräumte. So können wir ihn also getrost auch gebrauchen.

Über die Stadt Norden und ihre vielseitigen Aktivitäten in der Aufarbeitung der Geschichte von Flucht und Vertreibung haben wir schon oft berichtet und auch deren Suche nach dokumentarischem Material unterstützt. Aber nicht immer wurden wir fündig, vor allem, wenn es sich um sehr spezielle Themen handelte wie die „Bibelfliesen“, mit denen sich das „Norder Bibelfliesen-Team“ seit einigen Jahren beschäftigt. Gründer und Projektleiter Pastor i. R. **Kurt Perrey** ist Ostpreuße, er hat als Säugling die Flucht aus seiner Ebenroder Heimat erleben müssen. Zu den Bearbeitern dieses Themas gehört Frau **Christiane Kollmeyer** aus Norden, die als Nicht-Ostpreußin und Bibliothekarin seit Jahrzehnten in Lüneburg und Ellingen aktiv ist, wie sie ihre Tätigkeit für die Bewahrung ostpreußischen Kulturgutes formuliert. Frau Kollmeyer hat sich jetzt an uns mit der Bitte gewandt, das Thema „Bibelfliesen“ erneut in unsere Ostpreußische Familie einzubringen, denn es liegen bisher kaum Hinweise aus den Fluchtgebieten auf diese aus den Niederlanden stammenden Fliesen mit den religiösen Motiven vor. Dabei ist das ehrenamtliche Team schon sehr erfolgreich gewesen, wie die von der Projektgruppe herausgegebene „Fliesenbibel“ mit rund 600 Abbildungen beweist. Diese Fliesen waren auch im deutschen Osten verbreitet, aber sie konnten ja nicht im Fluchtgepäck mitgenommen werden. Vor allem die in sakralen Bauten vorhandenen Fliesen mit den religiösen Motiven dürften dann der Vernichtung durch Kampfgeschehen und mutwillige Zerstörung zum Opfer gefallen sein. Deshalb die von Herrn Pastor Perrey an seine Landsleute gestellte Bitte, sich zu melden, wenn sie Hinweise auf in ostpreußischen Sakral- und Profanbauten vorhanden gewesenen Bibelfliesen geben können. Frau Christiane Kollmeyer nimmt gerne die Meldungen entgegen. (Christiane Kollmeyer. Norddeicher Straße 121 in 26506 Norden, Telefon 04931/4957, E-Mail: christiane.kollmeyer@ewe.net)

Es gibt so manche Zuschrift, bei der ich auf den ersten Blick vermute: Das klappt! Zumeist stimmt es, manchmal nicht. In Bezug auf den Suchwunsch unseres Lesers **Hartmut Kreide** aus Herrnhut glaube ich auch nach dem zweiten Blick, dass er sich erfüllen wird, denn da ist er in unserer Ostpreußischen Familie am richtigen Platz. Vor allem bei den Leserinnen und Lesern aus dem Kreis Tilsit-Ragnit, genauer aus Breitenstein, das früher „Kraupischken“ hieß, denn von diesem Ort möchte er gerne einige Ansichten haben – vielleicht vom Markt, der Kirche und der Schule. Von dem an der Inster gelegenen Kirchdorf stammen nämlich seine Vorfahren. Die Mutter seines 1919 in Insterburg geborenen Vaters war **Marie Jonigkeit**, ihre Großeltern stammten aus Plauschinnen und Groß Kümmeln, beide Orte gehörten zum Kirchspiel Kraupischken. Sie trugen litauische Namen wie auch das andere Großelternpaar, das aus Gerslauken und Budopönen stammte, Namen, die der Nachfahre dem Ahnenpass seines Vaters entnahm und mit denen er nicht ganz klar kommt, aber das ist eine andere Sache. Hier und heute geht es zuerst einmal um Ansichten aus dem alten Kraupischken, und da dürften sich in unserem Leserkreis doch einige finden. Herr Kreide würde sich über jede Zuschrift freuen, die ihm hilft, die Heimat seines leider schon verstorbenen Vaters, den er nicht mehr befragen kann, zu erhellen. (Hartmut Kreide, Goethestraße 3 in 02747 Herrnhut.)

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Willkommenes Konjunkturprogramm

Die polnische Bevölkerung Niederschlesiens verspricht sich von den eingerückten GI nicht nur Unterstützung gegen die Russen

Seit vergangenem Monat sind im Westen Niederschlesiens 3500 US-amerikanische Soldaten stationiert – die meisten davon in Sagan [Zagan] und Schwerin an der Warthe [Skwierzyn]. Andere sind in Neuhammer am Queis [Swietoszow] und Bunzlau [Boleslawiec] untergekommen. Ihr Auftrag lautet, die Ostflanke der NATO zu stützen. „Es ist ein großer Tag für uns, denn heute dürfen wir amerikanische Soldaten – Stellvertreter der besten, mächtigsten und prachtvollsten Armee der Welt – in Sagan begrüßen“, sagte Premierministerin Beata Szydlo bei der feierlichen Begrüßung. Es sei ein weiterer Schritt zur Umsetzung von Wahlversprechen der PiS, in diesem Fall zur Verbesserung der Sicherheit polnischer Bürger und des Staates, so Szydlo.

Während die Deutschen über die Rolle der US-Amerikaner heftig zu streiten wissen, ist deren Anwesenheit in der polnischen Bevölkerung völlig unstrittig. Das Gefühl des Schutzes vor den verhassten Russen lässt Nachfragen nicht zu. Die Bevölkerung feierte die US-amerikanischen Gäste mit Marschmusik und Deftigem aus der Gulaschkanone. In Sagan ist man an die Präsenz von Uniformierten gewöhnt. Bereits nach dem Krieg hatte die polnische Armee hier im großen Stil Quartier bezogen. „Die Anwesenheit vieler Soldaten kurbelt die Wirtschaft in der Region an, Arbeitsplätze entstehen. Bereits Ende vergangenen Jahres rekrutierte eine britische Firma Köche und Küchenhilfen für die amerikanischen Soldaten“, freut sich Alicja Makarska vom Woiwodschaftsamt Lebus, das auch westliche Teile Niederschlesiens verwaltet. Allein in Sagan hätten 300 Menschen eine Anstellung in US-amerikanischen Küchen und Wäscherein gefunden, heißt es in einer Pressemitteilung aus dem Rathaus. Profitieren wird davon auch der Handel und der Dienstleistungssektor. Bürgermeister Daniel Marchewka rechnet mit einigen Investitionen in die Infrastruktur der Stadt. „Für eine 26 000 Einwohner zählende Stadt bedeutet die Anwesenheit der amerikanischen Armee großes Prestige und Entwicklungschancen“, so Marchewka in Polskie Radio (Polnischen Hörfunk). Das Stadtoberhaupt freut sich, dass die Stadt auf eine teure Werbekampagne verzichten konnte, weil die Präsenz der Soldaten aus Übersee dazu führt, dass die Weltpresse zum Nulltarif und ohne Unterlass aus Sagan berichtet.

»Es ist ein großer Tag für uns, denn heute dürfen wir amerikanische Soldaten begrüßen«

„Die Soldaten müssen doch auch ihre Freizeit gestalten können, so werden nicht nur Sagan und Schwerin, sondern auch Grünberg und Breslau, die benachbarten Großstädte, profitieren“, hofft Hanna Nowicka, die Vorsitzende der regionalen Marketingagentur der Woiwodschaft Lebus in Grünberg in Schlesien [Zielona Góra].

Ende Januar besuchte der US-amerikanische Botschafter in Polen, Paul Jones, Sagan. Er wollte sich gemeinsame Übungen der 11. Lebuser Panzerkavallerie und der 3. Fort-Carson-Colorado-Panzerbrigade anschauen. Der Botschafter versicherte, dass die US-amerikanische Panzerbrigade zu den am besten ausgerüsteten Einheiten der USA gehöre. „Die Stationierung der Brigade ist Ausdruck der Verpflichtung der USA, im Falle eines Angriffs auf eines der Bündnismitglieder diesen als Angriff auf das ganze Bündnis zu verstehen“, so Jones. Doch bis es soweit ist, besuchen die US-amerikanischen Soldaten lieber die wenigen Pubs in Sagan, zum Beispiel die Kneipe „Trzy po trzy“ (Kokolores) in Bahnhofsnähe. Seitdem die US-Amerikaner da sind, ist nicht nur diese Kneipe berstend voll. Die Bedienung sei von den Gästen angetan, sie benehmen sich ganz anständig, berichtet das Portal natemat.pl.

»Stellvertreter der besten, mächtigsten und prachtvollsten Armee der Welt«

In ihren Kasernen wurden für die Soldaten kleine Geschäfte mit ausschließlich US-amerikanischen Artikeln und sogar IS-amerikanischem Personal eingerichtet. Auch in den Kantinen gibt es typisch US-amerikanische Verpflegung, doch das wird von Polen zubereitet. Gefragt sind in den Kasernen einheimische Frisöre. Und diese haben richtig viel zu tun. Nach 12 Stunden Dienst gibt es für die Soldaten Freizeit. Diese verbringen sie gerne in den gastronomischen Betrieben der Städte der Region. An Kiosken versorgen sie sich mit Stromadaptern oder SIM-Karten. *Chris W. Wagner*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Geede, Ruth, aus Königsberg, am 13. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Gehmau, Kreis Ebenrode, am 14. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, am 10. Februar
Kallweit, Paul, Eidkuhnen, Kreis Ebenrode, am 12. Februar
Naglatzki, Hertha, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Runge, Erna, geb. **Rogalski**, aus Lötzen, am 10. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Jägerkrug, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Haustein, Helene, geb. **Kondoch**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Februar
Jendrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Februar
Koch, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, am 15. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. Februar
Pankewitz, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Februar
Pfeiffer, Irmgard, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Preuk, Thusnelda, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Richert, Alfred, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 11. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Kalwellis, Edith, geb. **Hoffmann**, aus Skaten, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Miesczinski, Hildegard, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Februar
Ravn, Elfi, geb. **Kuczinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, und Herzogsmühle, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Spogahn, Emmi, geb. **Schieweck**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Teiwes, Martha, geb. **Schlieffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar
Vongehr, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Zlamke, Horst, aus Opitten, Kreis Preußisch Holland, am 14. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Banz, Heinrich, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 16. Februar
Czossek, Otti, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Henning, Marianne, geb. **Henning**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 13. Februar
Rupietta, Gustav, aus Neidenburg, am 15. Februar
Zickermann, Elisabeth, geb. **Piotrowski**, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Gathmann, Elfriede, geb. **Pruß**, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Hannig, Gisela, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Happach, Hildegard, geb. **Krause**, aus Liska-Schaaken, Kreis Samland, am 12. Februar
Heinecke, Eva, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, am 12. Februar
Juszkiewicz, Margarete, aus Lyck, am12. Februar
Kiehr, Hanna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. Februar
Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Kokott, Ida, geb. **Salenga**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Kufa, Frieda, geb. **David**, aus Windkeim und Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar
Meilahn, Gertraud, geb. **Neumann**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Meitza, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 14. Februar
Saathoff, Frieda, geb. **Festerling**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Sommer, Hans, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 16. Februar
Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Baltruschat, Ruth, geb. **Theophil**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, am 11. Februar
Barsties, Wilhelm, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Borowy, Siegfried, aus Koblinnen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Dennig, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, am 13. Februar
Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Grünwald, Dr. Gisela, geb. **Giesebrecht**, aus Palmnicken, Kreis Samland, am 12. Februar
Hellwich, Roland, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Krahn, Waltraud, geb. **Hempler**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Marks, Elfriede, geb. **Sperrhacke**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Recht, Waltraut, geb. **Wedler**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 11. Februar
Siebert, Hilda, geb. **Basmer**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 15. Februar
Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Weiß, Ernst, aus Lötzen, am 13. Februar
Wendzek, Max, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 16. Februar
Wilkens, Annemarie, geb. **Grau**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, am 10. Februar
Wischnewski, Christel, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 14. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Baranski, Ingeburg, geb. **Winkler**, aus Lyck, Königin-Luisen-Platz 11, am 13. Februar
Bernecker, Betty, geb. **Tschischak**, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Burat, Ernst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 11. Februar
Christiansen, Dr. med. Eva, geb. **Rolinski**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 14. Februar
Drziedzic, Elisabeth, geb. **Wermke**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Eggert, Elisabeth, geb. **Schröder**, aus Paggehnen, Kreis Samland, am 12. Februar
Fehrle, Hildegard, geb. **Schrubba**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Gerlach, Marie-Anne, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Februar
Gritzan, Elfriede, geb. **Kensy**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar
Katzinski, Friedrich, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Kieselbach, Erika, geb. **Budzinski**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 16. Februar
Lüneburg, Dr. Hartmut, aus Lyck, Yorkstraße 24, am 11. Februar
Melzer, Ruth, geb. **Thierenbach**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Olschewski, Walter, aus Langenwiese, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Peklo, Brunhild, aus Gerdauen, am 16. Februar

Ponzelar, Ruth, geb. **Mrohs**, aus Binien, Kreis Lyck, am 12. Februar
Schwalbe, Helene, geb. **Genellus**, aus Grünfließ, Kreis Neidenburg, am 13. Februar
Slottki, Günther, aus Neidenburg, am 13. Februar
Walter, Magarete, geb. **Chlench**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 15. Februar
Werbun, Helmut, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 14. Februar
Wolgast, Hildegard, geb. **Matschuck**, aus Kischen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albat, Ilse, geb. **Demgen**, aus Castrop-Rauxel, am 14. Februar
Bahlke, Hanna, geb. Werner, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Flechsig, Heinz, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 13. Februar
Gehrke, Helmut, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Gritzka, Erich, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Hülsmann, Margarete, geb. **Hasselberg**, aus Braunsberg und Rossen, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Köhn, Gertrud, geb. **Herrmann**, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 10. Februar
Kremp, Dr. Werner, aus Ebenrode, am 12. Februar
Priebe, Siegfried, aus Upalten, Kreis Lötzen, am 11. Februar
Purwin, Heinz, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 13. Februar
Rees, Christel, geb. **Lenkeit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Schmuhl, Eva-Maria, geb. **Graap**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 14. Februar
Schulz, Werner, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Skarzynska, Hildegard, geb. **Plaga**, aus Markau, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Stahlberg, Elfriede, geb. **Rattay**, aus Lengau, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Warias, Horst, aus Erben, Kreis Ortelsburg, am 15. Februar
Willert, Evelore, geb. **Kalkowski**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 11. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Augustin, Horst, aus Kiöwen, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Babst, Werner, aus Neidenburg, am 15. Februar
Becker, Helga, geb. **Freudmann**, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Beyer, Elsbeth, geb. **Heise**, aus Sankt Lorenz, Kreis Samland, am 10. Februar
Briechle, Elfriede, geb. **Döhring**, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Fax, Edeltraut, geb. **Lesser**, aus Lyck, am 13. Februar
Heinrich, Anna, geb. **Werner**, aus Windkeim und Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Kehlert, Herta, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Kendelbacher, Erich, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Kowalzik, Max, aus Draheim, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Loch, Margarete, geb. **Rogalla**, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 12. Februar
Orbeck, Helmut, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Redeker, Irene, geb. **Babinnek**, aus Wilhelmshof-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Schlechte, Margarete, aus Bassum, am 16. Februar
Schulz, Maria, geb. **Lippke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Sendtko, Ulrich, aus Griesen, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Sych, Hans Günter, aus Podersbach, Kreis Treuburg, am 11. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Beutling, Wolfgang, aus Preußwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Februar
Breitmeier, Dieter, aus Pillau, Kreis Samland, am 14. Februar
Dralle, Margitta, geb. **Seykowski**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Gollnow, Erika, geb. **Froese**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 12. Februar
Pein, Monika, geb. **Noruschat**, aus Grünhof, Kreis Ebenrode, am 16. Februar
Pollack, Ulrich, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Schemionek, Ulrich, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Stock, Regina, geb. **Mertsch**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, am 11. Februar
Willamowius, Karl, aus Pojerstiten, Kreis Samland, am 13. Februar
Zipplies, Dieter, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 14. Februar
Zwingelberg, Wolfgang, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Februar

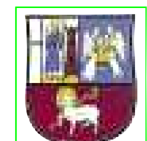
TERMINE DER LO

2017
18. bis 19. März: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Sensburg
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
28. bis 30. April: Kulturseminar in Helmstedt
8. bis 10. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. Mai: Das große Jahrestreffen der Ostpreussen
17. Juni: Sommerfest des VdGEM in Osterode
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Ausschusssitzung

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft kam am 14. Januar unter der Leitung des Kreisvertreters Hans-Peter Blasche in Hagen am Teutoburger Wald zu seiner ersten Ausschusssitzung 2017 zusammen. Daran nahm auch der stellvertretende Vorsitzende der Stadtgemeinschaft Allenstein, Stefan Hein, teil. Es galt, eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Zunächst wurde Rückschau auf das vergangene Jahr gehalten. Zur Sprache kam dabei die Jahreshauptversammlung im April in Hagen a.T.W., die Ermländer Wallfahrt in Werl im Mai, das gemeinsame Heimattreffen Allenstein Stadt und Land Mitte September in Gelsenkirchen, das Vereinsjubiläum der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit in Allenstein (Olsztyn) am 24. September und die anschließende Kulturreise der Vorstandsmitglieder der Kreisgemeinschaften Allenstein-Land und Stadt durch das Kreisgebiet.

Auch die vom Ehrenvorsitzenden Herbert Monkowski im Allensteiner Land durchgeführte Aktion der Landsmannschft Ostpreußen „Bruderhilfe Ostpreußen“ und das zu Weihnachten herausgekommene Heimatjahrbuch „Allenstein Land 2016“ des Schriftleiters Andreas Galenski und seiner Mannen wurden angemessen gewürdigt.

Über alle diese Unternehmungen wurde in der Preußischen Allgemeinen Zeitung und im neuen Heimatjahrbuch hinlänglich berichtet. Der Kreisvertreter bedankte sich beim Gesamtvorstand für die geleistete Arbeit und bat, seinen Dank an alle Organisatoren und Helfer von heimatbezogenen Treffen aller Art weiterzugeben. Die Tagesordnungspunkte „Projekt Chronik“ (eventuelle Herausgabe eines neuen Kreisbuches) und „Sparkassenstiftung OS“ (Einbringen von Spendengeld) sowie „Zusammenarbeit mit dem Ermlandforum“ (Familienforschung) wurden kurz diskutiert. Hierzu sollen weitere Überlegungen angestellt werden.

Im Rahmen der Vorausschau werden folgende Termine bekannt gegeben:

Sonnabend, 8. April, 9 Uhr: Vorstandssitzung der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land.

Sonnabend, 8. April, 11 Uhr: Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen in 49170 Hagen a.T.W., Schulstraße 7, Rathaus, Großer Sitzungssaal.

Sonntag, 7. Mai, 10 Uhr, Werl: Ermländer Wallfahrt

Sonnabend, 13. Mai, 10 Uhr: Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in der Stadthalle Neuss, 41460 Neuss, Selikum Straße 25.

Der Vorstand wird auf allen Treffen zugegen sein.

Im Anschluss an die Ausschusssitzung kam der Vorstand der Kreisgemeinschaf im Hotel Buller mit Vertretern der Landkreise Osnabrück und Allenstein (Olsztyn), der Gemeinde Hagen a.T.W. sowie mit ihren Ehrenmitgliedern zu seinem Neujahrsempfang 2017 zusammen. Hieran nahm auch Stefan Hein von der Stadtvertretung Allenstein teil. Nach einem Totengedenken der kürzlich verstorbenen polnischen Partnerschaftbeauftragten Anna Wagner aus Mokainen wurde in entspannter Atmosphäre über eine weitere positive Gestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen auf kommunaler Ebene und über die angestrebte Zusammenlegung der beiden Kreisgemeinschaften Allenstein-Land und -Stadt beraten. Dabei sagte der anwesende Osnabrücker Partnerschaftsbeauftragte Karl-Heinz Finkemeyer eine großzügige Unterstützung in vielerlei Hinsicht zu. Die Gespräche mit der Stadtvertretung werden fortgesetzt. *Horst Tuguntke*



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimatpolitische Tagung

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir das Jahr 2017 bei unserer traditionellen heimatpolitischen Tagung am 18. und 19. Februar in 27356 Rotenburg (Wümme) einleiten. Zu dieser Auftaktveranstaltung in der Theodor-Heuss-Schule (Gerberstraße 16, neben dem Ratsgymnasium) laden der Landkreis Rotenburg als Patenschaftsträger und die Kreisgemeinschaft Angerburg alle geschichtlich und kulturell Interessierten aus nah und fern herzlich ein. Für die Tagung konnten wir erneut herausragende Referenten gewinnen.

Am Sonnabend, 18. Februar, ist die Mensa der Schule ab 14 Uhr geöffnet und es wird Kaffee, Tee und Kuchen angeboten. Nach der Begrüßung der Tagungsteilnehmer um 15 Uhr wird Professor Udo Arnold die Tagung mit seinem Vortrag „Vom Ordensland zum Herzogtum Preußen als erstes protestantisches Fürstentum“ eröffnen. Danach wird Oberstudiendirektor a.D. Hans-Jürgen Kämpfert referieren. Sein Thema: „Nicolaus Copernicus aus Thorn an der Weichsel. – Leben und Werk als Domherr in Frauenburg, als Arzt, Diplomat und weitbekannter Astronom.“ Im Anschluss an die Vorträge besteht jeweils Gelegenheit für Fragen an die Referenten beziehungsweise für eigene Einschätzungen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) gegen 19 Uhr und anregenden Gesprächen mit interessanten Gästen lassen wir den Tag ausklingen.

Am folgenden Sonntag, 19. Februar, setzen wir die Tagung um 9.30 Uhr in der Schule fort. Oberstudiendirektor a.D. Dr. Walter Jarecki wird über die „Reformation in Norddeutschland“ referieren. Im Jahr des Reformationsgedenkens werden den Tagungsteilnehmern auch neue Sichtweisen im Gedächtnis bleiben. Gegen 12 Uhr wird die Tagung mit dem Gesang des Ostpreußenliedes „Land der dunklen Wälder“ beendet.

Verbindliche Anmeldungen, auch für das Elchbratenessen zum Preis von 26 Euro pro Person einschließlich Dessert und Mitteilung von Übernachtungswünschen, werden bis zum 10. Februar (Posteingang) an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, erbeten. Ein Tagungsbeitrag wird nicht erhoben. Eine schriftliche Anmeldebestätigung wird nicht erteilt.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Ostpreußentreffen

Die Kreisgemeinschaft ist auf dem Ostpreußentreffen am 13. Mai in der Stadthalle Neuß, Selikumer Straße 25, 41460 Neuß, von 10 bis 17 Uhr mit einem Büchertisch vertreten. Eintrittskarten bitte jeder für sich bei LO, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg rechtzeitig bestellen (10 Euro mit Gulaschsuppe). Kein Kartenverkauf am 13. Mai vor Ort.

Druckfehler im Heimatbrief

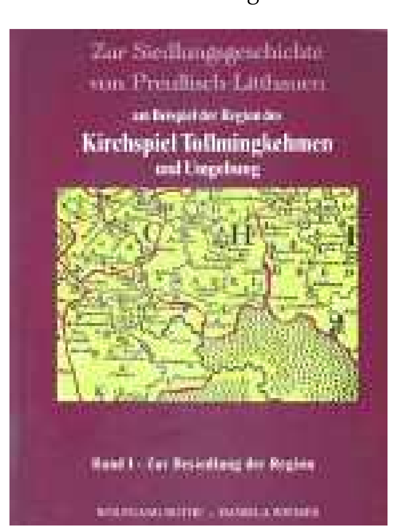
Im Heimatbrief vom Dezember ist auf Seite 46 ein Druckfehler zu verbessern: Das Kirchspieltreffen Birkenmühle/Mehlkehmen findet am 27. und 28. Mai statt.

Neu herausgegeben

„Zur Siedlungsgeschichte von Preußisch-Litthauen am Beispiel der Region des Kirchspiels Tollmingkehmen u. Umgebung“ heißt ein zweibändiges Werk von Wolfgang Rothe und Daniela Wiemer, dass die Kreisgemeinschaft zusammen mit anderen Vereinigungen neu herausgegeben hat. Der Textband umfasst 504 Seiten, der Dokumentenband 288 Seiten. Das Werk im Festeinband ist zum Teil farbig. Zum Preis von 54 Euro ist es unter d-wiemer@t-online.de zu beziehen.

Professor George Turner, gebürtiger Insterburger, Rechtswissenschaftler und ehemalige Berliner Senator, hat das Buch rezensiert. Er schreibt:

„Nach dem 1995 erschienenen „Ortsatlas des Kirchspiels Tollmingkehmen“ ist Wolfgang Rothe, unterstützt von Daniela Wiemer, mit der „Siedlungsgeschichte“ ein großer Wurf gelungen. Sprachlich gut verständlich, präzise in den Schilderungen und zuverlässig, was die Quellen angeht, behandelt er neun Jahrhunderte in allen Facetten, die für das ausgewählte Gebiet von Bedeutung sind.



„Ein großer Wurf“: Wolfgang Rothes und Daniela Wiemers zweibändiges Werk Bild: Privat

Es gewinnt die Darstellung immer mehr an Breite und inhaltlicher Tiefe, je weiter der Autor in den Jahrhunderten voran schreitet. Dabei – und das ist das Erstaunliche – gelingt es ihm, die politischen und lokalen Ereignisse mit Leben zu erfüllen. Der Band liest sich nicht nur als Geschichtsbuch, sondern auch als Beschreibung des täglichen Lebens. Insofern wird den Zahlen und Daten Leben eingehaucht. Das ist der Fall, wenn die „Répeuplirung“ beschrieben wird, die Wiederbesiedlung im 18. Jahrhundert. Die Situation der Einwanderer, ihre Motive, in den äußersten Winkel Preußens zu kommen, ihre persönliche Betroffenheit über die vorgefundenen Gegebenheiten, die teilweise Ablehnung der schon ansässigen Bevölkerung, die Wahrnehmung der staatlichen (preußischen) Ordnung – alles das wird nicht nur referiert, sondern gewinnt durch die Art der Darstellung plastische Form.

Die Entwicklung der ersten lutherischen Landeskirche überhaupt (seit 1525) wird durch Jahrhunderte beleuchtet, besonders die zentrale Bedeutung des evangelischen Pfarrhauses für die ländliche Lebenswelt.

Ein besonders interessantes Kapitel betrifft die landwirtschaftliche Siedlung nach den preußischen Reformen des 19. Jahrhunderts. Hier lassen sich aus dem auf das ausgewählte Gebiet bezogenen Bericht Schlüsse auf andere Bereiche des Agrarlandes Ostpreußen ziehen. So liegt auch darin ein Wert des Werkes: Es lässt Schlussfolgerungen zu über das Objekt des Beschriebenen hinaus; viele Erkenntnisse dürfen verallgemeinert werden. Damit ist es zugleich eine Quelle für weitere, vergleichbare Untersuchungen und eine Fundgrube für Detailfragen – ein insgesamt gelungenes Opus, dem eine Verbreitung nicht nur unter 80-jährigen Zeitzeugen zu wünschen ist.

Schließlich fehlt auch nicht der – unausweichlich leicht melancholische – Brückenschlag zu dem, was heute zu besichtigen ist: Das Gebiet droht wieder eine Wildnis zu werden – Wirklich als Teil einer europäischen Kulturlandschaft, wie Arno Surminski es in seinem Geleitwort erhofft?

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Gumbinner zeigen Gumbinnen

Immer wieder hören wir von Landleuten, die nach Ostpreußen gereist sind: „Es war alles gut, aber wir waren zu kurz in Gumbinnen!“

Nun planen wir im Vorstand der Kreisgemeinschaft vom 10. bis 18. August eine achttägige Busreise in die Heimat, die eine intensive Begegnung von Stadt und Kreis ermöglicht und die auch Gumbinner Nachkommen interessieren könnte, weil Zeit für eine intensive Begegnung mit Stadt und Land eingeplant ist. Wir möchten Zeit haben zum Verweilen, zum Plachandern, zum Sehen und zum Erinnern. Wir wollen auch die noch vorhandenen Kirchspieldörfer aufsuchen, um Altes zu suchen und zu finden, aber auch um Neues zu entdecken. Geleitet wird die Reise von Zeitzeugen, die sich besonders gut auskennen!

Die Organisation, die Fahrt und die Durchführung des Aufenthaltes sowie die Beschaffung des Visums liegen in den bewährten Händen des Reiseunternehmens Partner-Reisen – Grund-Touristik in Lehrte. Die Fahrt im modernen Reisebus beginnt und endet in Hannover. Geplant ist eine Zwischenübernachtung in Thorn inklusive Stadtführung. Es gibt sechs Übernachtungen mit Halbpension im Gumbinner Hotel Kaiserhof (Es ist renoviert, leider gibt es immer noch keinen Fahrstuhl!). Zum Programm zählen Busfahrten in die Stadt und in die Umgebung. Individuelle Taxifahrten werden organisiert. Auf der Rückreise wird in Schneidemühl übernachtet. Dort besteht die Möglichkeit einer Fahrt auf dem Oberländischen Kanal. Hier weitere Details zum Programm:

In Gumbinnen: Stadtbesichtigung, Besuch des Museums mit den „Deutschen Räumen“, der Salzburger Kirche und der Diakonie, Treffen mit der evangelischen Kirchengemeinde, Besuch in der Friedrichsschule mit dem großen Fresko, Besichtigung der neuen russisch-orthodoxen Kathedrale (auf dem Platz der ehemaligen Altstädter Kirche), Erkunden des Friedhofsgeländes mit dem heutigen Sportkomplex, Schlendern durch die renovierten Straßen und entlang der Pissa, Besuch des neuen Industriegebiets und des neuen Stadtteils mit dem Erinnerungspark. Auch den neuen Stadtpark Fichtenwalde wollen wir uns anschauen.

Im Kreis: Zu den Kirchspieldörfern fahren, und schauen was noch da ist, eine evangelische Landgemeinde besuchen, ebenso das Altenheim Carl-Blum-Haus, das von der Kirchengemeinde Gusev betreut wird, das gewaltige Rinderprojekt im Südkreis besichtigen, die romantischen Flüsse Angerapp und Rominte erleben, nach Wunsch halten.

Zusätzlich: eine Visite bei den Helfern der Kriegsgräberfürsorge, die im Gumbinner Raum tätig sind, ein Besuch des Gottesdienstes in der Salzburger Kirche, eine Reise in die Rominter Heide mit Besichtigung des neuen Waldmuseums, das vom bewährten Reiseführer Sergej Pogudin betreut wird, ein zünftiges russisches Essen im Forsthaus Warnen, eine Fahrt zum ehemaligen Gestüt Zitzewitz in Weedern oder zum Deutschen Museum von Juri Userzow in Breitenstein. Kulturelle Veranstaltungen wie Konzerte oder Folkloreaufführungen werden ein-

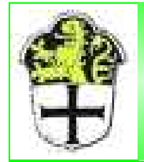
Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 16

geplant. Fahrten nach Königsberg oder Tilsit sind möglich.

Weitere Auskunft bei Walter Fenselau, Telefon (05136) 2854. Verbindliche Anmeldung schriftlich oder per E-Mail bis zum 28. März bei Walter Fenselau per Post: Höhenweg 18, 31303 Burgdorf oder per E-Mail: walter.fenselau@kreis-gumbinnen.de.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Zehntägige Busreise

Landsmann Gerd Birth aus Canditten hat für die Zeit vom 15. bis 24. Juni eine Busreise nach Schlesien und Ostpreußen organisiert. Hier der Reiseverlauf:

1. Tag, Donnerstag, 15. Juni: Einstieg/Zustieg, beginnend in Bielefeld, dann Weiterfahrt nach Herford, Langenhagen und ZOB Hannover, ferner entlang der A2 und des Berliner Rings; Passieren der deutsch-polnischen Grenze bei Forst/Neiße und Weiterreise bis zum Hotel in Breslau für 3 Tage.

2. Tag: In Breslau Stadtführung und Stadtrundfahrt mit Rathausplatz, Dominsel, Oper, Hauptbahnhof, Kaiserbrücke und Jahrhunderthalle. Anschließend zur freien Verfügung.

3. Tag: Ausflug ins Riesengebirge mit Halt in Schweidnitz (sehenswerte Friedenskirche mit Barockpracht), Hirschberg und Krummhübel mit der Kirche Wang.

4. Tag: Abfahrt von Breslau nach Ostpreußen über Lodz und Allenstein bis zum Hotel in Heilsberg für drei Übernachtungen.

5. Tag: Vormittags zur freien Verfügung, nachmittags Fahrt nach Canditten zu einer kleinen Feierstunde auf dem Gedenkfriedhof, danach Einkehr bei der Deutschen Gesellschaft Natangen in Landsberg zu Kaffee und Kuchen. Gegen Abend findet ein zünftiges Grillpicknick im Storchendorf Schewecken statt.

6. Tag: Dieser Tag steht zur freien Verfügung, ferner Möglichkeit zum Besuch der Heimatdörfer, alternativ Rundfahrt durch die hiesige Region.

7. Tag: Wir verlassen das Hotel in Heilsberg und fahren nach Buchwalde zu der sehr reizvollen Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal über die fünf Schiefen Ebenen bis nach Elbing, dort Ankunft am Hotel für zwei Übernachtungen.

8. Tag: Zur freien Verfügung und zur Entdeckung der hübschen Stadt Elbing, alternativ Ausflugsfahrt zur Ostseeküste oder nach Frauenburg.

9. Tag: Abfahrt vom Hotel in Elbing zur alten Handelsstadt Danzig, dort Besuch der Rechtstadt/Altstadt mit den repräsentativen Bürgerhäusern, dem Langen Markt, dem gewaltigen Krantor und vielen anderen eindrucksvollen Prachtbauten. Am Nachmittag geht die Reise weiter nach Posen zu einer kleinen Stadtrundfahrt und zur Zwischenübernachtung.

10. Tag, Sonnabend, 24. Juni: Rückfahrt von Posen über Frankfurt/Oder nach Deutschland.

Der Reisepreis beträgt bei 45 Teilnehmern 807 Euro pro Person im Doppelzimmer und erhöht sich bei geringerer Teilnehmerzahl. Im Reisepreis sind sämtliche Kosten inbegriffen, und zwar Fahrtkosten, Übernachtungen, Halbpension, Ausflüge, Stadtführungen, Eintrittsgelder und Schiffsfahrt.

Nähere Auskünfte und Anmeldungen bei Gerd Birth, Kantstraße 30, 41836 Hückelhoven-Baal, Telefon (02435) 616, Fax (02435) 920 280 oder per E-Mail: g.birth@new-online.de



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Schultreffen Realgymnasium

Das nächste Schultreffen findet im Mai 2017 in Berlin statt! Trotz – oder vielleicht auch gerade wegen (naturgegebener) ständig sinkender Schülerzahl haben wir uns noch einmal zu einem Schultreffen entschlossen. Und nun hoffen wir auf eine rege Teilnahme – auch wenn es manchem von Euch bestimmt schon sehr schwer fällt. Berlin wählten wir, weil die Anreise dann für die meisten nicht so weit ist. Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit jedem von Euch! Bitte kommt so zahlreich, wie Ihr könnt! Das Schultreffen findet in der Zeit vom 19. (Freitag) bis 22. Mai (Montag = Abreisetag) in Berlin statt. Dazu haben wir uns das Abacus-Tierpark-Hotel in Berlin-Friedrichsfelde ausgesucht. Wie gewohnt, beginnt das Treffen am Freitag um 15.30 Uhr mit dem gemeinsamen Kaffeetrinken in dem für uns reservierten Salon „Flora" und endet am Montag nach dem Frühstück. Geplant sind eine Dampferfahrt durch Berlin, Besuch beziehungsweise Besichtigung des Tierparks und viel gemeinsames Plachandern.

Die genaue Adresse unseres Vier-Sterne-Hotels lautet Abacus-Tierpark-Hotel, Franz-Mett-Straße 3-9, 10319 Berlin. Reservierung unter Telefon (030) 5162333, Fax (030) 5162444, E-Mail: reservation@abacus-hotel.de

Anmeldungen können ab sofort mit dem Stichwort „SRT" beim Hotel vorgenommen werden. Ein Kontingent der Zimmer ist für uns reserviert. Bitte meldet Euch möglichst bis zum 30. März an. Gebuchte Zimmer können bei Krankheit bis zu 48 Stunden vorher (also bis zum 17. Mai) kostenlos storniert werden. Die Zimmerpreise pro Nacht einschließlich Frühstück betragen für ein Doppelzimmer 102 Euro und für ein Einzelzimmer 79 Euro. Die Zimmer stehen ab 15 Uhr zur Verfügung, bei Abreise bis 12 Uhr. Die Hotelparkplätze sind kostenlos.

Die Tagesplanung sieht zurzeit so aus: Freitag, 19. Mai, Ankunft in Berlin: um 15.30 Uhr gemeinsames Kaffeetrinken sowie später gemeinsames Abendessen. Sonnabend, 20. Mai: Besichtigung des Tierparks. Abends gemeinsames Abendessen. Sonntag, 21. Mai: Dampferfahrt, abends gemeinsames Abendessen. Montag, 22. Mai: allgemeine Heimreise.

Details werden noch besprochen, Wünsche können berücksichtigt werden. Wir bitten um rechtzeitige Zimmerbuchung! Wenn wir wissen, wie viele von Euch in etwa kommen werden, können wir die übrigen Details besser und schneller arrangieren. Auch ist Berlin ein stark frequentiertes Touristenziel. Andere Besucher könnten uns zuvorkommen! Eine weitere Bitte an Euch: Wer ohne Zimmerbuchung am Schultreffen teilnimmt, teile das bitte mit unter Telefon (0331) 617583 (Gerhard und Renate Pfiel). *Klaus-Jürgen Rausch und Gerhard Pfiel, Sprecher*



Alle »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Texte und Termine werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit einer Einverständniserklärung!

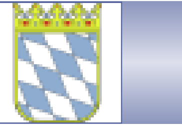
LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag 21. Februar, 15 Uhr Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen. Tagesordnung: 1. Begrüßung, 2. Totenehrung, 3. Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, 4. Kassenbericht des Kassenwarts, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Entlastung des Vorstandes, 7. Anträge, 8. Wahlen aller Ämter, 9. Verschiedenes.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 15. Februar, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Monatstreffen. Vortrag Frühlingsbräuche in Ostpreußen.

Landshut – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr: Zusammenkunft in der Insel und Kassenprüfung.

München – Freitag, 10. Februar, 14 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Treffen der Frauengruppe. – Freitag, 17. Februar, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Lilienberg 5, 81669 München: Gemeinsame Kaffeetafel und anschließend lautet das Thema „Ostpreußische Getränke" und alles, was damit zusammenhängt.



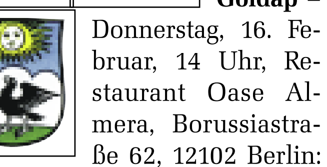
BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de.

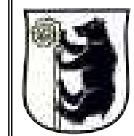


Rastenburg – Sonntag, 12. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.





Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 16. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Almera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in der Heimat Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Heilsberg, Rößel – Sonnabend, 18. Februar, 15 Uhr, Seniorenfrei-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

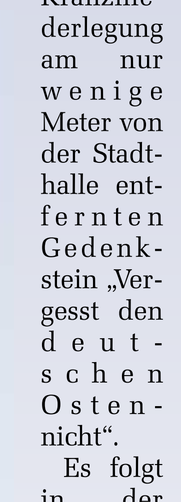
Fragen und Antworten zum LO-Jahrestreffen in Neuss

Im Zusammenhang mit dem Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) am 13. Mai 2017 in der Stadthalle Neuss erreichen die Bundesgeschäftsstelle verstärkt Fragen zum Ablauf der Veranstaltung. Nachfolgend möchten wir die am häufigsten gestellten Fragen beantworten.

Warum gibt es keine Deutschlandtreffen der Ostpreußen mehr?

Trotz des guten Zuspruchs beim Deutschlandtreffen in Kassel 2014 sind die Teilnehmerzahlen bei den Bundestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen rückläufig. Die Zahl der Besucher hat sich in den letzten 20 Jahren um Dreiviertel reduziert. Viele Ostpreußen sind nicht mehr in der Lage, die Strapazen einer langen Reise und eines zweitägigen Treffens auf sich zu nehmen. Hinzu kommt, dass wegen des hohen Kostenaufwandes – die Landsmannschaft Ostpreußen erhält für die Treffen keine öffentlichen Zuschüsse – die Deutschlandtreffen nur alle drei Jahre stattgefunden haben. Vor diesem Hintergrund sind der Bundesvorstand und die Ostpreußische Landesvertretung zu der Überzeugung gekommen, dass es sinnvoller ist, ab 2017 in kürzeren Abständen dezentrale Treffen an wechselnden Orten durchzuführen.

Worin unterscheidet sich das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Neuss von den Deutschlandtreffen der Ostpreußen?



Es handelt sich bei dem Jahrestreffen um eine eintägige Veranstaltung. Ein Treffen der Heimatkreise ist nicht geplant. Daher ist auch keine Reservierung von Plätzen für die Kreisgemeinschaften in der Stadthalle vorgesehen. Einzelne Kreisgemeinschaften, Landesgruppen und Einrichtungen werden ihre Arbeit an einem Ausstellerstand im Foyer präsentieren. Im Eingangsfoyer findet auch die gastronomische Versorgung der Teilnehmer statt und werden Kulturausstellungen präsentiert. Wegen der begrenzten Platzkapazitäten gibt es keine gewerblichen Aussteller wie Reiseveranstalter, Buchhändler oder Bernsteinverkäufer.

Was erwartet die Besucher konkret in Neuss?

Das Jahrestreffen beginnt am Sonnabendmorgen mit einer Kranzniederlegung am nur wenige Meter von der Stadthalle entfernten Gedenkstein „Vergesst den deutschen Osten nicht".

Es folgt in der Stadthalle die Festveranstaltung mit Fahneneinmarsch und mit der Ansprache des Sprechers Stephan Grigat. Nach der Mittagspause mit kostenfreier Gulaschsuppe wird es ein kurzweiliges Kulturprogramm mit dem Sänger Bernstein, dem Schauspieler Herbert Tennigkeit, der Volkstanzgruppe Saga aus Bartenstein und der DJO-Spielschar „Klingende Windrose" geben. Die Festveranstaltung wird musikalisch vom Musikverein Holzheim umrahmt.

Warum können Eintrittskarten nur im Vorverkauf und nicht an den Tageskassen erworben werden?

Der große Saal der Stadthalle Neuss bietet bei einer Bankettbestuhlung maximal 900 Personen Platz. Um eine Überfüllung der Veranstaltung zu vermeiden und die gastronomische Versorgung der Teilnehmer planen zu können, werden Karten ausschließlich im Kartenvorverkauf angeboten. Nur so kann verhindert werden, dass Teilnehmer wegen Überfüllung der Veranstaltung in Neuss vor verschlossener Tür stehen.

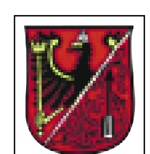
Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an die: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Dr. Sebastian Husen, Telefon (040) 414008-23, husen@ostpreussen.de.

Kartenvorverkauf:

Eintrittsplaketten zum Preis von 10 Euro pro Stück, zuzüglich 1 Euro Versandkostenpauschale erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Christiane Rinser-Schrut, Telefon (040) 414008-91/Fax (040) 414008-50 / rinser@ostpreussen.de.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

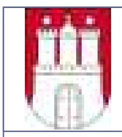
zeitstätte Maria Rimkus Haus, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin: Faschingsfeier. Anfragen bei Erika Hackbarth, Telefon (033762) 40137, für Rößel bei Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600.



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 21. Februar, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Start in das Jahr 2017. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



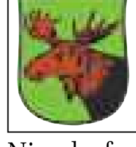
Königsberg – Freitag, 24. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

KREISGRUPPEN

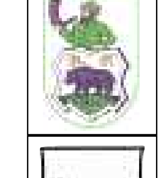


Elchniederung – Dienstag, 21. Februar, 14 Uhr, Berenberg-Gossdler Haus, Bürgerhaus für Niendorf e.V., Niendorfer Kirchenweg 17, 22459 Hamburg (gut zu erreichen mit U-Bahnen und Bussen bis Haltestelle Niendorf-Markt): Treffen der Gruppe zum gemeinsamen Kaffeetrinken mit



Wiesbaden: Heimatliche Töne aus dem Waldhorn erklangen beim „Festlichen Wildessen". Die drei Bläser hatten eigens „Land der dunklen Wälder" einstudiert Bild: Privat

Schabbern und anschließendem Vortrag von Gerti Heykena mit Erinnerungen und Liedern aus der Kinderzeit in Ostpreußen. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 12 Uhr, außer Januar und Juli, um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Ein kulturelles Programm mit Bildvorträgen, Gedichten und gemeinsamen Singen erwartet Sie. Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg, Telefon: (040) 587585, Fax: (040) 52678519. E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

STADTTEILGRUPPE

Dienstag, 14. Februar, 12 Uhr, Holstenhof, Lohbrügger Landstraße 38: Traditionelles Grützwurstessen der ostpreußischen Frauengruppe zum Valentinstag (Kosten: zirka 14 Euro). – Freitag, 24. Februar, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Lustiges und Heiteres mit ostpreußischem Humor zur Karnevalszeit, 15 Uhr. Anfragen für beide Termine bei Gisela Harder, Telefon (040) 7373220, E-Mail: gisela-harder@ harderhof.de



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 25. Februar, 14.30 Uhr: Begleitet vom Akkordeon-Duo Karin Liedke und Rudi Mohr, aus der Gesangsgruppe Biebesheim-Dornheim wollen wir unser „Preußisches Fasteloawend" feiern und würden uns über gelungene Beiträge freuen.

Wetzlar – Ostpreußischen Humor bietet der Buchautor Joachim Albrecht beim Treffen am Montag, 13. Februar, um 19 Uhr. Die Gruppe trifft sich dazu im Restaurant „Grillstuben" in Wetzlar (Stoppelberger Hohl 128). Besucher sind eingeladen, selbst humoristische Beiträge zu bringen. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 14. Februar, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Frauengruppe. Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud. – Sonnabend, 18. Februar, 15.11 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: Närrischer Nachmittag mit Kreppel-Kaffee. Wer mit Lustigem zum Programm beitragen möchte, melde sich bitte bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358, oder einem anderen Vorstandsmitglied.

– Bericht –

Den Abschluss der jährlichen Stammtischreihe bildet das traditionelle „Festliche Wildessen", an dem meist über sechzig Landsleute und Freunde der Landsmannschaft teilnehmen.

Ihr waidmännisches Gepräge bekommt die Festlichkeit durch die musikalische Mitwirkung der zehn Hornbläser des „Bläsercorps der Jägerschaft Wiesbaden", das zwischen der Speisefolge mit althergebrachten Jagdsignalen beiträgt. Zur Überraschung der Gäste spielten drei Bläser auf eigens eingesetzten Waldhörnern das kurzfristig einstudierte Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder."

Dies als Geschenk zum 70-jährigen Bestehen der Landsmannschaft und der über 20-jährigen Folge des „Festlichen Wildessens" mit der Jägerschaft. Seit dem 15. November 1995 bereichern die Hornbläser die Stammtisch-Treffen. Waidmann Brockmann ließ in herzlichen Worten die über 20-jährige Geschichte Revue passieren und versprach der Teilnehmerschar, sie auch beim nächsten Wildessen musikalisch zu erfreuen.

Die Hornmeisterin für das Jagdhornblasen, Carla Wientzek mit Wurzeln im westpreußische Marienwerder, gratulierte dem Vorsitzenden Dieter Schetat zum Jubiläum und überreichte als Gastgeschenk ein gerahmtes Bild mit den abgebildeten Mitgliedern des Bläsercorps. Den vom Corps gewünschten „ostpreußischen Sprachklang" ließ Lieselotte Paul in dem vorgetragenen Gedicht „Verklingende Sprache" von Heinz Adomat aus Pillkallen aufleuchten.

Mit dem zum Schluss traditionell geblasenen Volkslied „Kein schöner Land in dieser Zeit", bei dem die Besucher stehend einstimmen, klingt der feierliche Stammtisch-Abend aus.

Zehn Mal im Jahr lädt die Landsmannschaft zu Stammtischen ein. Die Anfänge der Treffen reichen bis in die Fünfzigerjahre zurück. Damals traf man sich zweimal im Jahr zum „Königsberger Fleck", einer der vielen ostpreußischen Spezialitäten. Der schnell wachsende Teilnehmerkreis verlangte sehr bald nach weiteren heimatlichen Gerichten. Diesem Wunsch folgend standen nach kurzer Zeit immer mehr Essen nach ost- und westpreußischen Rezepten auf der Speisekarte: Zunächst waren es hauptsächlich „Königsberger Klopse", „Schmandschinken", „Schmandhering", „Falscher Hase" und „Maischolle".

Wenn es Grützwurst gibt, steig auch heute noch die Teilnehmer-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Agnes-Miegel-Tage

Live-Musik, eine Lesung und spannende Vorträge bieten die diesjährigen Agnes-Miegel-Tage am Freitag, 10. und Sonnabend, 11. März im niedersächsischen Bad Nenndorf. Veranstaltet von der Agnes Miegel-Gesellschaft treffen sich die Freunde der berühmten ostpreußischen Dichterin im Hotel Hannover (Telefon 05723/7920. Buchenallee 1). Das Programm:

Freitag, 10. März

16 Uhr: „Integrationsleistungen von Frauen im Werk Agnes Miegels" – Vortrag von Dr. Bärbel Beutner (Unna)

17 Uhr: „... dass der Glaube meiner reformierten Väter auch meiner wird" – Vortrag von Dr. Marianne Kopp (Stadtbergen) über Agnes Miegels Auseinandersetzung mit ihrer Konfession

Sonnabend, 11. März

10 Uhr: Mitgliederversammlung (Einlass ab 9.30 Uhr), anschließend: Lieder zum Mitsingen mit Udo Kassebeer (Varrel)

Mittagspause

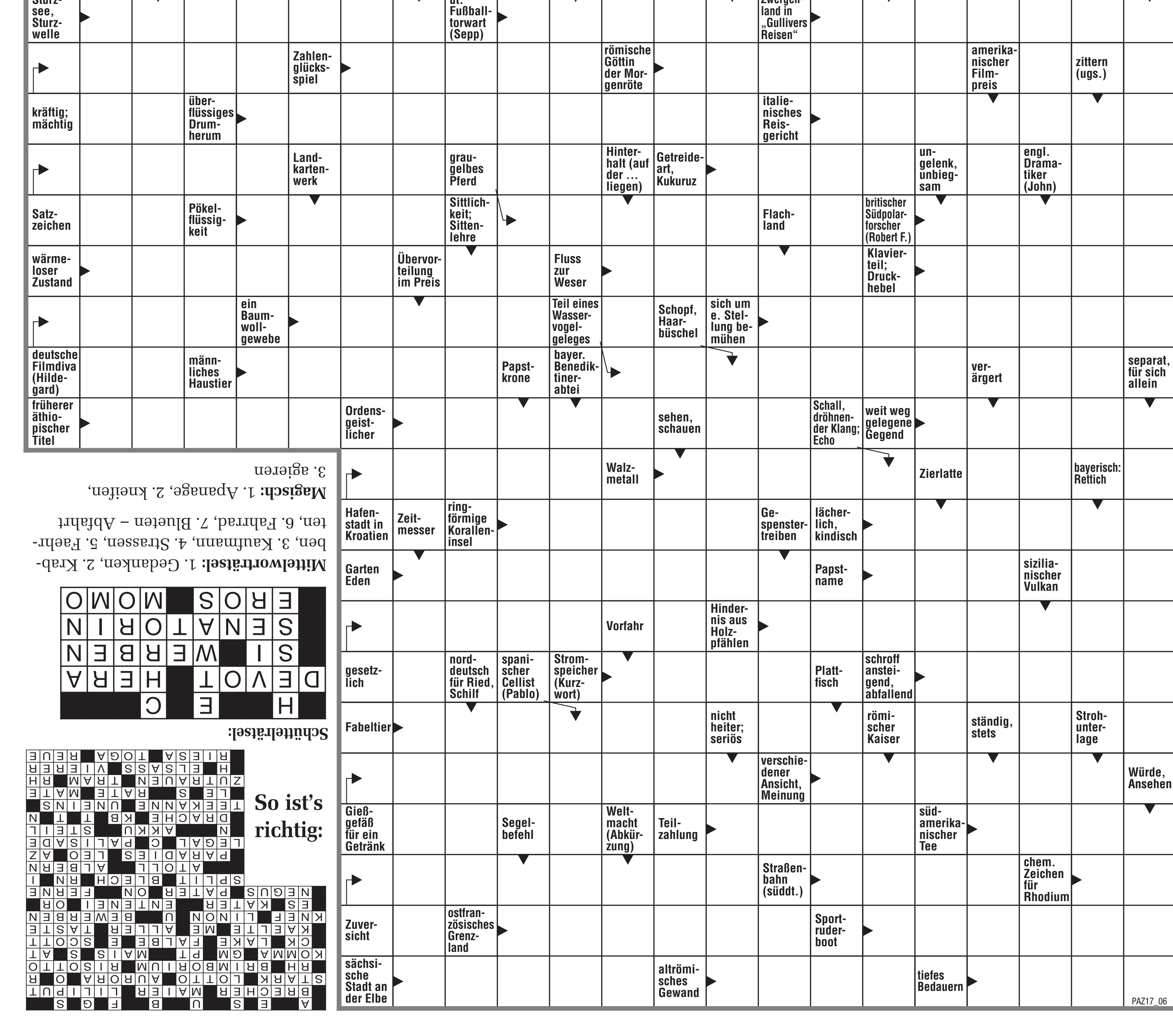
14.15 Uhr: Gedenken an Agnes Miegels Grab

15 Uhr: „Königsberger Konversionen – die Hohenzollern als Ordensritter, Lutheraner, Calvinisten" – Vortrag von Professor Andreas Lindner (Erfurt)

Kaffeepause

16:30 Uhr: Dr. Hajo Buch liest Agnes Miegels Erzählung „Die gute Ernte" über Martin Luthers Tochter Margarete, die nach Ostpreußen heiratete.

Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei (Spenden erbeten). Für die musikalische Unterhaltung sorgt die Compagnia Allegra mit ihren Renaissanceinstrumenten.



Schüttelrätsel

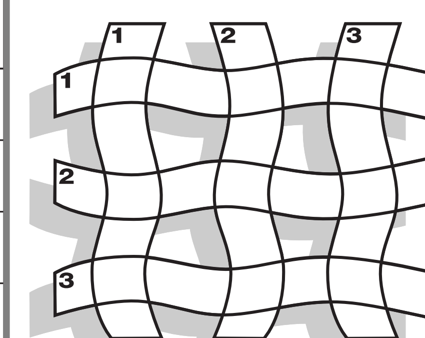
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EEHSS		EIRV	AESTW		CHMOR		BEOR	EIMR	ANNO
					AEHR				
DEOTV			BEEN RW						
AEINN ORST									
EORS					MMOO				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein Wort für den Beginn einer Reise mit dem Pkw.

1	GRUND		GUT
2	HUMMER		SALAT
3	BANK		SCHAFT
4	FERN		BAU
5	TIER		SUCHER
6	KINDER		WEG
7	STIL		MEER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 regelmäßige finanzielle Zuwendung
2 zwicken
3 handeln

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

zahl rasch an, zumal ein Metzger die Wurst eigens für die Landsmannschaft auf ostpreußische Art frisch zubereitet. Die Spezialität wird nicht nur an Ort und Stelle mit viel Zwiebeln, Kartoffelbrei und Sauerkraut gegessen. Zusätzlich werden bis zu achtzig Portionen mitgenommen, die zunächst in häusliche Tiefkühlschränke wandern und dann für den späteren Appetit herausgeholt werden.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe/Güstrow – Am Sonnabend, dem 18. Februar, treffen sich die Ostpreußen aus der näheren und weiteren Umgebung um 14 Uhr im Bürgerhaus Güstrow, Sonnenplatz 1 (Stadtzentrum). Angesagt hat sich der Landesvorsitzende Manfred Schukat aus Anklam mit den schönsten Aufnahmen der Heimat 2016 sowie von den großen Ostpreußentreffen des Vorjahres und der Aktion „Weihnachtspäckchen für Ostpreußen“ vor zwei Monaten. Für Kaffee und Kuchen, Bärenfang sowie genügend Parkplätze am Bürgerhaus ist gesorgt. Alle Landsleute und Interessenten von nah und fern sind herzlich dazu eingeladen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Holzminden – Ein neues Jahr heißt wieder neue Gedanken und neue Wege zum Ziel, und so hat die Vorsitzende Renate Bohn ihren Mitgliedern das neue Halbjahresprogramm vorgestellt. Zu allen Veranstaltungen sind natürlich immer gern Gäste willkommen. Die jeweiligen Treffen finden im „Felsenkeller“ statt.

Das erste Treffen im neuen Jahr beginnt traditionsgemäß mit dem Königsberger Klopsessen am Sonntag, 19. Februar, um 12 Uhr. Am Freitag, 7. März, wird um 15 Uhr ein Vortrag über den Verein „Runder Tisch Holzminden – Hilfe für Weißrussland“ und den Hilfstransport 2016 nach Minsk zu hören sein. Am 7. April sind die Mitglieder zur Jahreshauptversammlung eingeladen. Am 19. Mai dürfen die Mitglieder und hoffentlich auch zahlreichen Gäste gespannt sein auf den Vortrag von Pastor i. R. Günther Grigoleit über das Thema „Ostpreußen – aus seiner Geschichte und Landeskunde“. Vor der Sommerpause erwartet am 9. Juni Bischof Damian von Koptischen Kloster Brenkhausen die Gruppe zu einer spannenden Führung mit anschließend gemeinsamem Kaffeetrinken. Hierzu werden Fahrgemeinschaften gebildet. Die Vorsitzende hofft auf rege Beteiligung.

Osnabrück – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 23. Februar, 14 Uhr, Gasthaus Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 16. Februar, 15 Uhr, Geschäftsstelle, Wilhelmstraße 1b, 33602 Bielefeld: Heimatliteraturkreis.

– Hinweis –

Die Frauengruppe hat ab Januar, bis auf weiteres, ihre monatlichen Zusammenkünfte eingestellt. Allen bisherigen Gästen wird der Heimatliteraturkreis oder der Stammtisch der Königsberger empfohlen. Treffen der Frauengruppe zu einem eventuellen späteren Zeitpunkt werden früh genug veröffentlicht.

Bonn – Sonnabend, den 18. Februar, 19.30 Uhr, im Maritim-Hotel, Godesberger Allee, 53175 Bonn: 10. Osterdeutscher Winterball mit Livemusik, den Oberschlesischen Jazzboys, Tombola und anderen Showeinlagen. Es wird ein reichhaltiges Buffet mit ostdeutschen Spezialitäten geben. Der Eintritt kostet 50 Euro. Kartenreservierungen: landsmannschaft@schlesien-bonn.de oder Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenstraße 1-3 (Eingang Märkische Straße): Die LO-Kreisgruppe trifft sich zur monatlichen Zusammenkunft.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Freitag, 10. Februar, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. – Sonnabend, 11. Februar, 14.30 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: Karnevalsnachmittag für alle Landsmannschaften. – Sonnabend, 11. Februar, 16 Uhr: Vortrag von Ruth Jäschke „Blütenpracht und Farbmagie – Der Charme des japanischen Kimonos“. – Dienstag, 14. Februar, 17 Uhr, GHH: Literarische Lesung und Diskussion „Lust und Last des Sammelns“. – Donnerstag, 16. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 412: Offenes Singen mit Marion Cals. – Mittwoch, 1. März, 15 Uhr, Raum 311, GHH: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt.

Essen – Freitag, 17. Februar, 15 Uhr: Jahreshauptversammlung. Im Anschluss an die Jahreshauptversammlung wird zu „Königsberger Klops“ eingeladen.

Gütersloh – Der Ostpreußische Singkreis trifft sich in unregelmäßigen Abständen montags von 15 bis 17 Uhr in der Elly-Heuss-Knapp-Realschule, Moltkestraße 13. Neue „Drosseln“ sind immer willkommen. Kontakt: Renate Thamm, Telefon (05241) 40422.

Münster – Die Kreisgruppe Münster (Westf.) lädt ihre Mitglieder zur Jahreshauptversammlung am Sonntag, 12. Februar um 15 Uhr ins Restaurant Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, 48143 Münster, ins historische Lambertuszimmer, ein. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Die Tagesordnung lautet:
1.) Bericht des Vorsitzenden Stefan Leschniok
2.) Berichte des Schatzmeisters und der Kassenprüfer
3.) Bericht der Frauengruppe
4.) Aussprache / Entlastung des Vorstandes
5.) Verschiedenes

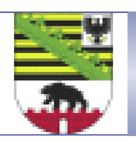
Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken und Gedankenaustausch folgt ein Vortrag über die Arbeit des „Fördervereins Münster – Lublin e. V.“, dessen Hauptanliegen in der Pflege der Städtepartnerschaft zwischen Münster (Westf.) und Lublin besteht.

Die Absichten dieses Vereins berühren auch eines der Grundanliegen unserer landsmannschaftlichen Kreisgruppe: Förderung und Vertiefung des Verständnisses und der Verständigung zwischen Deutschen und Polen, um die deutsch-polnische Freundschaft zu festigen und der europäischen Einigung zu dienen. – Die Frauengruppe trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Edith Ay (Gruppenmitglied) sowie von Irmgard Bludau (Stellvertretende Kreisgruppenvorsitzende) im Lambertuszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, in Münster. Nichtmitglieder sind als Gäste herzlich willkommen.

Wesel – Sonntag, 19. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: Einladung zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Die Kreisgruppe bittet um rege Beteiligung. Bitte verbindliche Anmeldung bis zum 10. Februar bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403. Es werden Kaffee und Kuchen angeboten mit gemütlichem Beisammensein.

Witten – Montag, 20. Februar, 14.30 Uhr: Film über das Oberland und den Oberlandkanal.

Wuppertal – Sonnabend 11. Februar, 14 Uhr, Hofaue 51, Kolkmannhaus in Wuppertal-Elberfeld: Karnevalsrunde.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Sonntag, 19. Februar, 12 Uhr, Gaststätte Zur Gans, Jävenitz: Festveranstaltung 25 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen in Gardelegen.

Magdeburg – Dienstag, 21. Februar, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 10. März, 16 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Singekreis.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Landesgruppe – Zum Preußentag am 22. Januar konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 65 Teilnehmer im Haus der Heimat in Kiel begrüßen. Er stellte zu Beginn erneut heraus, dass der Preußentag stets an dem Sonntag stattfindet, der dem Krönungstag des ersten Preußischen Königs am 17. Januar am nächsten liegt. Dabei wies er darauf hin, dass vor genau 300 Jahren Preußen als erstes Land der Welt flächendeckend die allgemeine Schulpflicht eingeführt hatte.

In seinem Vortrag „E.T.A. Hoffmann, ein Universalgenie“ zeichnete der Landesvorsitzende Ferner ein Bild des Dichters, der zugleich Beamter, Künstler, Musiker, Zeichner und Schriftsteller war. Er war dem Alkohol sehr zugetan, und entwickelte unter diesem Einfluss eine Welt der irrationalen Gesichter, Geister, Schimären und Kobolde. Er verstand es wie kein anderer hinter die Fassade der Menschen zu blicken. Wegen seiner Schauerromane erhielt Hoffmann den Beinamen „Gespenster Hoffmann“. Wegen gesellschaftskritischer Schriften – „Karneval in Posen“ und „Elixiere des Teufels“ - wurde er zweimal strafversetzt. Eine bereits ausgestellte Promotionsurkunde wurde annulliert.

Höhen und Tiefen kennzeichneten sein Leben. Er betätigte sich als Dirigent und Komponist, aber immer mehr als Schriftsteller. Seine bekannten Werke „Ritter Gluck“, die Novellensammlung „Fantasiestücke“, „Der Magnetiseur“, „Der goldene Topf“, „Der Sandmann“, „Elixiere des Teufels“, „Nachtstücke“, „Das Fräulein von Scuderi“, „Klein Zaches genannt Zinnober“, „Lebensansichten des Katers Murr“, „Serapionsbrüder“ und zuletzt das umstrittene Werk „Meister Floh“. Sein bekanntestes Musikstück ist die Oper „Undine“. Hoffman starb am 25. Juni 1822 im Alter von 46 Jahren. Beigesetzt wurde er auf dem Friedhof bei der Jerusalemer Kirche in Berlin.

Zum Abschluss des Vortrags hörten die Teilnehmer aus der Oper von Jaques Offenbach „Hoffmanns Erzählungen“ die Barkarole „Gondel in Venedig“. Lesungen während des Vortrags aus den Werken von E.T.A. Hoffmann erfolgten durch Jochen Gawehns. Danach sangen die Teilnehmer des Preußentages die Lieder „Freude schöner Götterfunke“ (Europahymne) und „Zogen einst fünf wilde Schwäne“.

In ihrem Vortrag „Kenner und Hüter der ostdeutschen Mundart - Dr. Alfred Lau“ schilderte Gisela Harder das Leben und die Bedeutung des Schaffens von Lau. Der Verfasser der „Augustebriefe“ und „Schabbelbohnen“ hatte sich nie für einen Dichter gehalten und sich auch nie als solchen ausgegeben. Er wollte lediglich mit der ihm verliehenen Gabe das Leben von der fröhlichen Seite nehmen und recht vielen anderen Menschen Freude bereiten. Lau ist seinen Landsleuten mehr geworden als nur ein Freudenbringer und seinem Heimatland etwas anderes als allein der beliebte Humorist. Die von ihm veröffentlichten und viel gelesenen Dialektarbeiten erfreuen nicht nur alt und jung, hoch und niedrig durch ihren harmlosen Humor, sondern führen gleichzeitig in reizvoller Ungezwungenheit in den mannigfachen, unerschöpflichen Reichtum unseres Heimatdialektes ein.

Lau hat sich um die Wiederbelebung und Erhaltung alten wertvollen heimatlichen Kulturgutes verdient gemacht. Einige der bekanntesten mundartlichen Dichtungen wurden gelesen von Frau Naujok. Nach diesem Vortrag wurden die Volkslieder „Und in dem Schneegebirge“ und „Es dunkelt schon die Heide“ gesungen. Der eindrucksvolle und gelungene Preußentag wurde mit dem Singen des Ostpreußenliedes abgeschlossen.

Burg auf Fehmarn – Das monatliche Treffen am Dienstag, 14. Februar entfällt, weil an diesem Tag um 15 Uhr im Haus im Stadtpark in Burg a. F. die Jahreshauptversammlung stattfindet (nur für Mitglieder), die sonst am 4. Februar vorgesehen war. Ein guter Besuch am Dienstag, 14. Februar, zur Jahreshauptversammlung wäre wünschenswert.

Flensburg – Freitag, 10. Februar, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Kaffeetafel, dann Vortrag „Als Sanitätsoffizier im Kriegsgebiet Afghanistan“. Referent ist der Hauptmann a. D. des Sanitätsdienstes Gerhard Homrich. Anschließend Jahreshauptversammlung.

Malente – Donnerstag, 16. Februar, 15 Uhr, Café Villa Colonial, Hindenburgallee 2: Jahreshauptversammlung. Anmeldungen bis zum 11. Februar im Blumenhaus Franck oder Telefon (04523) 2659.

Reaktion auf »Schande« ist auch eine Schande

Zu: Mord, zum Beispiel (Nr. 4)

Wie die Öffentlichkeit mit der Dresdener Rede von Björn Höcke umgeht, ist schon sehr – gelinde gesagt – erstaunlich. Man kann nur hoffen, dass sich daraufhin viele Bürger diese Rede im Internet selbst angehört oder mindestens gelesen und sich hoffentlich ein eigenes Urteil gebildet haben.

Aus dem, was Björn Höcke sagt – und nicht nur bei dieser Rede! – geht eine große Liebe zu Deutschland hervor. Dazu gehört natürlich auch, dass er gewisse Missstände aufzeigen muss, die im Laufe der Jahre durch eine gelungene Umerziehung entstanden sind. Jedoch denjenigen, die auf die Straße gehen mit Plakaten und Rufen: „Deutschland ist Scheiße", „Deutschland verrecke" oder gar – wie in Dresden geschehen – „Bomber Harris do it again", darf zugejubelt werden. In welch einer verkehrten Welt leben wir eigentlich?

Aufbauendes Denken wird bestraft. Jedoch über negative Äußerungen gewisser Parlamentarier wird großzügig hinweggesehen. Ja, man ist eifrig bemüht, nach Anhaltspunkten zu suchen, um aus einer positiven Rede doch noch einen Strick als Aufhänger zu finden. Ein Satz genügt, und aus diesem Satz zitiert man drei Wörter. Und hängen bleibt letztendlich das Wort „Schande". Ein Schlag-Werkzeug ist gefunden, mit dem man eine ganze Partei an den Pranger stellen kann.

Begreifen diese Ankläger nicht, wie negativ ihr Denken ist, indem nur der eine Wunsch besteht, alles, was eine positive, wachrüttelnde Wirkung haben könnte, ins Negative zu kehren?

Inge Keller-Dommasch, Jonen/Schweiz

Linkslastiges Handeln

Zu: Linke Attacken auf AfD-Politiker (Nr. 4)

Dieser Artikel und der in der *PAZ* Nr. 47 vom 25. November 2016 unter dem Titel „Tagen hinter Knastmauern" erschienene passen zusammen. Ich habe durchaus Verständnis dafür, dass viele Menschen mit dem, was die AfD macht und wie sie es macht oder auch nicht macht, nicht einverstanden sind. Vieles davon ist äußerst grenzwertig. Wobei immer berücksichtigt werden muss, wem die AfD diesen Aufwind zu verdanken hat.

Aber ist die AfD soviel schlimmer, als es die Linksextremisten sind? Nein. Die Antifa hat mafiöse Strukturen. Noch richtet sich die Vorgehensweise gegen die AfD und diejenigen, die mit ihr sympathisieren. Wann kommt der Zeitpunkt, an dem die Linksextremisten alle angreifen, die nicht links denken und handeln? Wollen der Staat und die Justiz solange warten, bis der Tag kommt? Muss ich mir Gedanken machen, warum der Staat und die Justiz nur gegen rechts und nicht gegen links handeln?

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Meinungsmacher

Zu: Löscht das Grundgesetz (Nr. 3)

Die Herrschenden werden unruhig, oder sollte man doch besser sagen: geraten in Aufruhr? Die Berichterstattung über die Inauguration von Donald J. Trump zeigte auf sämtlichen deutschen Kanälen, einerlei ob privat oder „öffentlich-rechtlich", was man unter seriöser Unterschlagung von Ausgewogenheit versteht.

Die pure Wirklichkeit eines unkommentierten Live-Streams im Internet hat etwas Befreiendes. So befreiend, dass es für die noch herrschende Meinungselite zum Fürchten ist, wenn ein neuer US-Präsident ins Amt eingeführt wird, ohne dass ein Co-Kommentator des Live-Ereignisses eingeflogen wird, um alle möglichen Negativ-Spekulationen abzusondern. Nach dem Motto: Ein amerikanisches Original in seiner einseitigen linken Aufgeblasenheit erwirbt den Expertenbonus automatisch. Die inszenierte Seriosität zur Verdummung der Massen – wenn sie dem TV-Gedröhne denn überhaupt noch folgen.

Vielleicht reicht es schon jetzt nicht mehr, lediglich die eine schmale Deutungshoheit durchlaufenden Falschmeldungen zu bekämpfen. Die Wirklichkeit selbst scheint das eigentliche Problem zu sein. Ergo: Was nicht berichtet wird, findet nicht statt, oder?

Das Herumschrauben am Internet wird für die Meinungsmacher eines mit Sicherheit bewirken: Kommen sie nicht zum Volk, kommt das Volk zu ihnen. Dann wird zurückgeschraubt, und, wie immer in der Geschichte nachzulesen, die Rückgewinnung der Freiheit einen hohen Blutzoll fordern. Wieder einmal, das ewige europäische Lied.

Chris Benthe, Bremen

Sauberer Osten

Zum Leserbrief: Die Müllpolizei muss erst noch erfunden werden (Nr. 50)

Angefangen mit der örtlichen Müllabfuhr wird die Müllentsorgung dem Verbraucher per Volumen verrechnet. Auf den ersten Blick ist das wohl richtig, aber nicht jeder richtet sich danach und spart Geld, indem der Abfall in Wald und Flur „entsorgt" wird. Auf „Umwegen" müssen es die Bürger doch bezahlen, nur wird es für sie alle entsprechend teurer. Es werden dafür Straßenbauarbeiter eingesetzt, die wichtigere Arbeiten hätten.

In den Gemeinden, die nicht dieses System haben, geht es sauberer und kostengünstiger zu. Wer hängt aber „der Katze die Schelle" an? Die jeweilig regierende Partei würde Wählerstimmen verlieren, also werden „die Ohren" angelegt, man lässt es laufen. Diese Misere ist zu einem Politikum geworden.

Vor vier Jahren war ich mit einem Reisebusunternehmen nach Ostpreußen gefahren. In Frankfurt an der Oder stieg ein polnischer Reiseführer zu, die Fahrt führte auf sehr gut ausgebauter Straße in Richtung Posen. Auffällig waren die sehr sauberen Straßenränder, an deren Rändern gefüllte Abfallsäcke lagerten. Ich sprach den Reiseführer diesbezüglich an, er erwiderte: „Vor einigen Tagen haben hier die Ferien begonnen. Am letzten Schultag haben die Schulkinder unter Polizeischutz Müll gesammelt, denn von ihren Eltern konnten sie das nicht mehr lernen."

Ich ließ meine Gedanken Revue passieren – seit 1979 war ich mindestens zehnmal in Ostpreußen gewesen. Die Sauberkeit ließ sehr, sehr zu wünschen übrig, doch zwischenzeitlich geht es dort sauberer zu als bei uns. Ganz schlimm ist es bei uns an den Straßen geworden. Besonders gefährlich sind die aus dem Auto geworfene Essensreste von Schnellrestaurants. Die Tierwelt wird davon angelockt und dann totgefahren.

Eberhard Jamrowski, Sen., Wächtersbach



Unterschrift zur vollen Souveränität? Hans-Dietrich Genscher unterschrieb für Deutschland den Zwei-plus-Vier-Vertrag Bild: pa

Von »voller« Souveränität kann keine Rede sein

Zu: Wie souverän ist Deutschland wirklich? (Nr. 52)

Dem Autor ist herzlich zu danken, dass er der Frage nach unserer Souveränität kritisch nachgeht. Allerdings sind jedoch die „alliierten Vorbehalte durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag" nicht erloschen. Gemäß Artikel 7, Abs. 2 dieses Vertrages hat Deutschland seine volle Souveränität wiedergewonnen. Der Artikel im Wortlaut: „Das vereinte Deutschland hat demgemäß seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten."

Dieser Wortlaut bedeutet doch für den normalverständigen Bürger, dass keinerlei Regelungen aus abhängiger Besatzungszeit mehr fortgelten können, die sich bis zu diesem Zeitpunkt aus dem sogenannten Überleitungsvertrag, korrekt „Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen", ergeben.

Halten wir zunächst fest: Solange er galt – also bis September 1990 –, konnte überhaupt nicht von einer Souveränität Deutschlands gesprochen werden. Politiker, Verfassungsorgane und Medien haben uns demnach über Jahrzehnte eine volle Souveränität lediglich vorgespielt. Denkbar wäre, sie handelten wider besseres Wissen.

Zur Gewährung einer vollen Souveränität war dieser Überleitungsvertrag also bei Ratifizierung des Zwei-plus-Vier-Vertrages aufzuheben. Doch es geschah etwas Seltsames: Deutscherseits wurde eine „Vereinbarung" veröffentlicht als Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt 1990, Teil II, Seite 1386 ff. In dieser Bekanntmachung wird dargelegt, dass die alliierten Bestimmungen suspendiert werden und außer Kraft treten – vorbehaltlich der Festlegungen des Punktes 3. Und hier ist das Erstaunliche zu lesen: „Folgende Bestimmungen des Überleitungsvertrages bleiben jedoch in Kraft" (es folgt die Aufzählung von zirka elf Artikeln, die fortgelten).

Der Öffentlichkeit blieb dieser Vorgang mehr oder weniger verborgen, weil der Notenwechsel ohne Behandlung im Parlament (man kann auch sagen: am Parlament vorbei) erfolgte. Der Notenwechsel wurde jedoch im Bundesgesetzblatt – wie bereits erwähnt – veröffentlicht. Welch ein ungeheuerlicher Vorgang!

Ungeheuerlich deshalb, weil sich die deutsche Politik zur eingeschränkten Souveränität nicht bekennt und diese nicht öffentlich macht. Die deutschen Heimatvertriebenen sind durch die fortgeltenden Artikel des Überleitungsvertrages besonders betroffen, da die Bundesregierung den Vertriebenen in der Eigentumsfrage keinerlei Unterstützung gewähren darf. Daraus wird auch ersichtlich, dass keine deutsche Regierung ein Mandat hat, uns zu helfen. Sie ist vielmehr an die erneut bekräftigten und zulasten des deutschen Volkes gehenden Bedingungen des Überleitungsvertrages gebunden.

Auch stellt sich die Frage: Wie lange? Die in Rede stehende „Vereinbarung" enthält keinerlei zeitliche Begrenzung, und da der Zwei-plus-Vier-Vertrag als Ersatz für einen Friedensvertrag „verkauft" wurde, ist Deutschland bis zum „St. Nimmerleinstag", also ewig, daran gebunden. Hierüber möge sich jeder seine eigenen Gedanken machen.

Peter Großpietsch, Lüdenscheid

Ein Frontalangriff

Zu: Fast pleite, aber „korrekt" (Nr. 3)

Die unerhörte, erpresserisch anmutende Intervention der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten Saskia Esken bei einem großen Werbekunden (Air Berlin, d. Red.) der als „rechtspopulistisch" bezeichneten US-amerikanischen Nachrichtenseite „Breitbart" ist ein Frontalangriff gegen die Presse- und Meinungsfreiheit.

Das Vorgehen ist darüber hinaus ein substanzieller Angriff auf junge, unabhängige Medienunternehmen, an denen die Arbeitsplätze zahlreicher engagierter Mitarbeiter hängen. Es ist dies schließlich ein kredit- und geschäftsschädigender Akt gegen diese Unternehmen.

Dr. Ivo Weidenhoffer, Wien

Brutaler Alltag in einem entgleisten Deutschland

Zu: Empörung versickert im Alltag (Nr. 2)

Längst sind die Prügel- und sonstigen Gewaltattacken einschließlich Stichwaffen in Berlin zum ganz normalen Alltag geworden. Genauso schlimm ist es, dass die Gesellschaft diesen Verfallszustand klaglos hinnimmt und sich widerstandslos von den politisch Verantwortlichen als unabwendbare Folge der Globalisierung erklären lässt.

Kürzlich sind wieder zwei Jugendliche im Berliner U- Bahnhof Kottbusser Tor von einer Gang angegriffen worden. Ein 26-Jähriger wurde auf die Gleise geschubst und konnte sich noch vor Einfahrt eines Zuges retten. Sein 27-jähriger Begleiter wurde geschlagen und getreten. Beide kamen in ein Krankenhaus zur Behandlung.

Ähnliches gab es schon einmal, allerdings mit tödlichem Ausgang. Zwei junge Männer konnten sich aus der U-Bahn ihren Schlägern durch Flucht entziehen. Einer, ein Italiener, flüchtete auf die Fahrbahn und wurde von einem Auto mit Todesfolge überfahren. Der Verfolger wurde freigesprochen. Der Richter warf dem Verfolgten vor, dass er im rechten Winkel auf die Straße gelaufen ist und so ein Eigenverschulden vorlag. Er hätte ja schräg laufen können und wäre so nicht vom Auto erfasst worden. Das nennt sich Rechtsstaat!

Weiteres Beispiel von Rechtsstaat: Zwei Gangs beschießen sich minutenlang am hellen Tage. Beide geben vor, aus Notwehr gehandelt zu haben. Da nicht geklärt werden konnte, wer begonnen hatte, kam es zum Freispruch!

Zurück zur Tatort an der U-Bahn-Station in Neu-Kölln: Die Täter werden als Bulgaren bezeichnet, sind es aber nur formell. Sie gehören zu einer Volksgruppe, die auf Russisch Zygan (Zigeuner) heißt. Sie kamen schon vor der Willkommenskultur in das Land der unbegrenzten Abzockmöglichkeiten.

Auch vier weitere „Zuwanderer" haben sich hier hervorgetan. Bereits 2011 hat das einmalig grausame Quartett im U-Bahnhof Lichtenberg den Malergesellen Sebastian H. fast erschlagen. Er kam bewusstlos ins Krankenhaus und wurde dort in ein künstliches Koma versetzt. Er wurde zum Krüppel geschlagen und ist lebenslänglich arbeitsunfähig. Das Gericht hat den Schwerverbrechern „menschenverachtenden Vernichtungswillen" vorgeworfen – sie handelten aus Deutschenfeindlichkeit. Die Verbrecher, die „pure Lust an Gewalt" zeigten, so das Gericht, sind zum Teil schon wieder unter uns. Der 17-jährige Iraker Nazeh S. erhielt 5,5 Jahre, der 18 Jahre alte Kenianer Jefeth W. bekam sechs Jahre, der 15-jährige Dino H. erhielt vier Jahre und der 18-jährige Etrit C. erhielt vier Jahre und 18 Monate. Diese kollektive Lebensvernichtungsorgie ist bisher an Grausamkeit unerreicht, wie die Videos belegen.

Seine Schwester, ihres Zeichens Krankenschwester, hat schon vieles gesehen – so etwas Schlimmes aber noch nie. Kaum in der Haftanstalt, geht die Schlägereiwut unvermindert weiter. Erst nachdem ein wutentbrannter Russe hemmungslos eine JVA-Angestellte krankenhausreif geschlagen hat, begann man zu grübeln, wie den täglichen Angriffen „begegnet" werden könne.

Jetzt zeigte sich der überaus fürsorgliche „Staat" von seiner allerbesten Seite, um seine Beamten zu schützen. Die Beamten bekommen quasi Ganzkörperschutzanzüge, damit die heftigen Angriffe nicht solche verheerenden Auswirkungen wie Krankenhausreife haben. Indessen dürfen die Insassen weiter auf die Beamten einschlagen, wie sie wollen.

Als der IS einen jordanischen Piloten bei lebendigem Leibe verbrannte, ging die Erregungsmaschine um die ganze Welt, besonders in Deutschland. Ganz anders war das, als am 22. Januar 2015 in Berlin Eren T. die von ihm geschwängerte Maria P. niedergestochen, mit Benzin übergossen und bei lebendigem Leibe verbrannt hat, wobei ihm sein Kumpel half. Er habe ja nur die Ehre seiner Familie retten wollen. Die Verteidigung plädierte auf Freispruch, auch das ist Alltag in der entgleisten Demokratie.

Abe all das wird hierzulande so gut es geht unter der Decke gehalten.

Albrecht Willebrand, Berlin

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Ein Märchen klingt anders

Kein Erwachen aus dem Dornröschenschlaf – Der Verfall von Schlössern ist kaum aufzuhalten. Eine Beobachtung in Franken

Früher galten Schlösser als Nachweis von Größe und Reichtum. Wer in einem Schloss lebte, der hatte es geschafft, der wurde beneidet, der genoss Ansehen. Damals stammten Schlossbesitzer entweder aus dem Adel, oder sie waren als Unternehmer in Zeiten der Industrialisierung wohlhabend geworden und konnten es sich leisten, den höfischen Lebensstil zu kopieren.

Auch wenn Schlösser die Aura einer anderen, wohlhabenden Welt besitzen, auch wenn sie noch heute begehrt und ersehnt werden – die Realität sieht meist anders aus. Selbst der Adel hat oftmals Probleme, die großen Häuser, die er von seinen Vorfahren geerbt hat, zu halten. Diejenigen, die sich leichtsinnig leerstehende Schlösser kaufen, werden nicht selten von Heiz- und Sanierungskosten ruiniert. Heute ist ein Schloss eine Kostenfalle, ein waghalsiges Investment.

Vor 1914 war ein Schloss in der Regel der repräsentative Mittelpunkt eines landwirtschaftlichen Betriebes, der Geld einbrachte. Im Schloss saß der Verwalter, der die Landwirtschaft organisierte und die Einnahmen registrierte.

Mit der Entmachtung des Adels nach dem Ersten Weltkrieg begann der Glanz vieler Schlösser zu verblassen. Viele Familien hatten ihr Vermögen in den Zeiten der Inflation verloren. Auf dem unterfränkischen Schloss Waltershausen (bei Bad Königshofen) herrschte in den frühen 1930er Jahren so große Not, dass sich die Herrschaften die Eier bei ihren verbliebenen Angestellten borgen mussten. Alle Möbel waren verpfändet – eine Zukunft gab es nicht. In manche Schlösser folgten auf den verarmten Adel Landwirte. So wurden im unterfränkischen Ebenhausen in den Ställen, in denen einst die Kutschen und die edlen Pferde standen, Kühe und Schweine gehalten. Da das Schloss für einen Bauern zu groß war, teilten es sich zwei Brüder, die durch den Schlosshof eine Mauer zogen – mit einem Misthaufen an jeder Seite.

Noch heute ist Unterfranken reich an Schlössern und reich an Geschichten, die sich um jedes einzelne ranken. Etwa 400 Anlagen sind dokumentiert, die Ruinen mitgerechnet. Manche Schlösser sind seit Jahrhunderten im Besitz einer Familie. Große Geschlechter wie die von und zu Guttenbergs oder die von Stauffenbergs besitzen in Franken prachtvolle Anlagen. Dennoch scheint die Zahl der aufgegebenen Schlösser zuzunehmen. Immer weniger wohlhabende Menschen sind bereit, in die Provinz zu ziehen, um ein Leben in historischen Gemäuern inmitten eines kleinen Dorfes zu führen. Vielen scheint die Vier-Zimmer-Penthouse-Wohnung mit Dachterrasse in der Stadt attraktiver als das 30-Zimmer-Schloss mit Wassergraben und Park auf dem Land.

Und so gehören heute Schlösser zu den schwer verkaufbaren Objekten auf dem Grundstücksmarkt. Die Preise, die für jahrhundertealte Herrensitze gefordert werden, sind oft bescheiden, liegen meist deutlich unter dem Preis für eine Wohnung in der Münchner Innenstadt.

Das „Weiße Schloss“ in Nordheim vor der Rhön, errichtet vom Geschlecht derer von der Tanns, wurde im 14. Jahrhundert zum ersten Mal erwähnt. Nach einer Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg und einem großzügigen Wiederaufbau steht es nun leer. Der Makler, der einen Käufer sucht, fabuliert bereits von einem „einzigartigen Familiendomizil“, einem „repräsentativen Geschäftssitz“ oder einem „behaglichen Schlosshotel“. Nur sucht man in Nordheim die großen Unternehmen vergeblich, die dringend einen Geschäftssitz im Schlossformat suchen.



Schnäppchen für 430 000 Euro: Schloss Höllrich, oder was davon übrig ist Bild: Aschenbeck

In Höllrich bei Hammelburg steht ebenfalls eine Schlossanlage zum Verkauf – 430 000 Euro werden für 250 Quadratmeter hergerichtete Wohnfläche und über 5000 Quadratmeter Grund verlangt. Der jetzige Eigentümer hatte das Haus vor Jahren übernommen – aber ihm war es nicht gelungen, mehr als einen Teil des Schlosses zu sanieren. Und so verkommt der Rest des Schlosses – es sind hunderte weitere Quadratmeter, die mit einer riesigen Plane notdürftig vor eindringendem Regen geschützt werden.

In Ebenhausen unweit von Bad Kissingen haben die Landwirtsfamilien das Schloss inzwischen verlassen – zu unpraktisch erwies sich die Anlage für einen modernen Betrieb. Nun versucht die Gemeinde eines der schönsten Schlösser Unterfrankens zu verkaufen. Die Anfänge von Schloss Ebenhausen reichen bis in das 12. Jahrhundert zurück. Der Dachstuhl des älteren Flügels soll unverändert aus der Anfangszeit stammen. Niemand geringeres als Balthasar Neumann, der Schöpfer der Würzburger-Weltkulturerbe-Residenz, hatte das Schloss im frühen 18. Jahrhundert dann erweitert – das barocke Prachttreppenhaus ist unverändert erhalten. Doch derjenige, der hier einziehen will, muss Millionen mitbringen, um das Anwesen auf heutigen Stand zu bringen.

Während Schlossherren oftmals versuchen, in ihren bestehenden und teuer zu unterhaltenden Häusern Feste und Hochzeiten auszurichten, um den Charme der alten Anlagen wenigstens etwas zu Geld zu machen, besteht der letzte Ausweg für die leerstehenden Schlösser meist in der Nutzung als Hotel. Doch anders als in Polen haben es in Deutschland nur wenige Hoteliers gewagt, die alten Gemäuer in Beherbergungsbetriebe zu verwandeln – zu hoch sind offenbar die Investitionen, die notwendig sind, um aus dikken Burgmauern ein funktionierendes Hotel zu machen.

Ebenhausen immerhin verfügt über ein einzigartiges Kapital. Aus dem unterfränkischen Ort stammt der schwedische Maler John Bauer, der mit seinen Bilderbüchern über Trolle ein Nationalheld wurde. Man kann behaupten, dass jeder Schwede die Bauer-Bilder kennt und liebt. Unweit des Ebenhausener Schlosses wurde 2012 ein John-Bauer-Museum eingerichtet. An der Tür steht „Välkommen“ – in Erwartung schwedischer Gäste, die die Nord und Süd verbindende A7 verlassen und einen Zwischenstopp in Unterfranken einlegen.

Eine schwedische Hotelkette im alten Schloss, ein John-Bauer-Museum nebenan, die Autobahn nicht weit – es wäre eine ideale Kombination. Aber noch klingen diese Perspektiven eher wie ein Märchen. Und auch die anderen leerstehenden und verfallenden Schlösser Unterfrankens warten auf den Prinzen, der sie aus dem Dornröschenschlaf erlöst.

Nils Aschenbeck

Digital aufs Maul geschaut

Mit Sprachanalysen per Computer können Unternehmen den perfekten Bewerber finden

Die digitale Revolution hat außer den Online-Diensten einige neuartige Produkte hervorgebracht, die rasch zum Klassenschlager für ihre Erfinder geworden sind. Dazu zählt die Sprachanalyse-Software der 2012 gegründeten Aachener Firma Precire Technologies, vormals Psyware. Nach eigener Darstellung ist das Unternehmen weltweiter Innovationsführer in der Sprachanalyse-Technologie, also der automatischen Erstellung eines Persönlichkeitsprofils anhand von Sprachaufzeichnungen. Das interessierte bereits einige Chefetagen in der Privatwirtschaft, von Behörden und Institutionen.

Auf Grundlage eines 15-minütigen Interviews mit einer Testperson liefert die Software Precire eine erstaunlich genaue Persönlichkeitsanalyse des Interviewteilnehmers. Dabei werden einfache Fragen gestellt wie: „Was ist ihre Lieblingsbeschäftigung?“ Die Inhalte der Antworten sind nicht Gegenstand des Interesses, wie es heißt, sondern die Algorithmen des Systems untersuchen die Sprache des Probanden nach Tonfall, Wortwahl, Satzbildung und anderen sprachlichen Besonderheiten.

So würden Persönlichkeitsmerkmale, unter anderem Emotionen und Begabungen, auf technische, skalierbare Weise durch Sprache neutral und objektiv ermittelt, unbeeinflusst von subjektiver, menschlicher Einschätzung, erklärt der Geschäftsführer von Precire Technologies, Dirk Gratzel. Die Methode helfe zum Beispiel Unternehmen zuverlässig bei der Einstellung geeigneter Mitarbeiter und sei überdies um ein Vielfaches schneller als die fähigsten Personalvermittler. Mit diesen Argumenten verspricht Precire Technologies den Nutzern ihres Produktes „Mehrwert“.

Von dem durchschlagenden Erfolg ihrer innovativen Technologie waren selbst die drei Gründer von Precire ex Psyware überrascht. Der Jurist Gratzel, der Ökonom Mario Reis und Diplom-Psychologe Christian Greb kannten sich durch ihre Tätigkeit in der Personalberatung, wussten daher um die machtvolle Wirkung von Sprache, wenn sie beispielsweise in der Werbung zielgerichtet eingesetzt wird. Zusammen entwickelten sie die Geschäftsidee einer computergestützten Persönlichkeitsanalyse durch Sprache mittels Algorithmen, die auf der Basis riesiger Datenmengen trainiert werden. Die Leistung von Algorithmen konnte in den vergangenen fünf bis zehn Jahren sprunghaft gesteigert werden und steht bereits für Lösungen zur Verfügung, die in vielen Branchen nachgefragt werden.



Bild: Precire

Empathisch: Der Rechner versteht den Menschen

Die Inspirationsquelle der Firmengründer war eine Studie aus den 1960er Jahren, woraus hervorgeht, dass sich bei Psychotherapiepatienten im Laufe des Heilungsprozesses Sprachmuster wie Satzbildung oder Wortnutzung ändern. Sprache lässt demnach auf die innere Verfassung eines Menschen schließen, also auch, wie sie mutmaßten, auf Denkvermögen und Kommunikationsverhalten sowie auf individuelle Kompetenzen.

Sie setzten auf die Möglichkeit, dass Sprache heute mit einer technisierten, skalierten Methode entschlüsselt werden kann. Unterstützung für ihre Idee fanden Gratzel, Reis und Greb bei Informatikern der RWTH Aachen, mit denen sie eine Forschungskooperation schlossen. Nach der Gründung der Firma Psyware begann erst einmal die Kärrnerarbeit, also die Sammlung und Auswertung riesiger Datenmengen.

Die von ihnen entwickelte Software wird offenbar bereits in großem Stil angewendet – stets auf Basis von Freiwilligkeit der Testpersonen, wie es anders auch gar nicht möglich sei, versichert Gratzel. Doch in dieser Hinsicht wird aus berufenem Mund Kritik geäußert – wie es denn wohl mit Freiwilligkeit bestellt sei, wenn firmenintern Druck aufgebaut werde, gibt Matthias Martens von der Hamburger Beraterfirma Martens & Friends zu bedenken. Auch könnte das Programm versagen, wenn Nichtmuttersprachler getestet werden oder wenn eine Testperson ihre Art zu sprechen bewusst verändert.

Allen Unkenrufen zum Trotz beschäftigt die Firma inzwischen 35 Mitarbeiter und hat einen wissenschaftlichen Beirat. Precire Technologies erweitert und optimiert fortlaufend sein Angebot, um neue Absatzmärkte zu erschließen, insbesondere in den Bereichen Gesundheitsvorsorge sowie Training und Fortbildung. Das Unternehmen ist bestrebt, sich international aufzustellen und hat seit 2016 eine Niederlassung in den USA. Die Prognosen für seine zukünftige Entwicklung sind hervorragend. Das Team hofft nun, dass auch Technologiekonzerne wie Google in den Markt einsteigen. *D. Jestrzemski*

Auf Gold gebaut

Pforzheim feiert ein »goldenes« Jubiläum

Vor 250 Jahren wurde Pforzheim zur „Goldstadt“. Seit Markgraf Karl Friedrich am 6. April 1767 der badischen Stadt das Privileg erteilte, eine Uhren- und Schmuckfabrik zu errichten, floriert dort das Geschäft mit Gold. Aus diesem Anlass veranstaltet Pforzheim ein Jubiläumsfestival mit zahlreichen Ausstellungen, Theater- und Konzertaufführungen.

So stehen im Mittelpunkt der Ausstellung „Mechanik en miniature – Armbanduhren der Luxusklasse“, die im Pforzheimer Schmuckmuseum bis zum 23. April zu sehen ist, die Geschichte und die erstaunliche Präzisionstechnik der Armbanduhr. Viele der ausgewählten Exponate sind Meisterleistungen im Miniaturformat, angetrieben von nur wenige Millimeter messenden Werken in edlen Gehäusen. Es sind Modelle zu sehen, die theoretisch einen Tauchgang bis in 10 000 Meter Tiefe oder einen Flug zum Mond bestens überstehen könnten (Jahnstraße 42, www.schmuckmuseum.de).

Eine tänzerische Hommage an das goldene Zeitalter der Belle Epoque zum Schmuck-Jubiläum bietet das Theater Pforzheim mit dem Ballett „Der Kuss“, das von Gustav Klimts auf die Leinwand gebannter gleichnamiger Goldorgie inspiriert ist. Am 16. und 26. Februar finden die nächsten Aufführungen statt (Am Waisenhausplatz 5, Internet: www.theater-pforzheim.de).

Schmuck ist nicht nur zum Ansehen da, sondern vor allem zum Tragen. Deshalb findet vom 29. März bis 1. April eine Verkaufsausstellung der Kunstinitiative Pforzheim statt, bei der Gold- und Silberschmiede ihre Kreationen präsentieren (Östliche Karl-Friedrich-Straße 9).



Bild: Wellendorff Gold-Creationen Pforzheim

Blind vor Gold: Edles Collier

Obwohl noch heute drei von vier in Deutschland fabrizierte Schmuckstücke aus Pforzheim stammen, hat die Stadt mit einem Strukturwandel zu kämpfen. Der Konkurrenzdruck von Billiganbietern aus Fernost sorgt dafür, dass immer mehr Schmuckunternehmen aus Pforzheim verschwinden. Das Geschäft mit dem Gold floriert längst nicht mehr so, wie es sich Markgraf Karl Friedrich einst erhofft hatte. *H. Tews*

Alle Termine des Jubiläumsfestivals unter www.goldstadt250.de

Zwang oder nicht?

Publikation über SPD und KPD verschweigt Teil der Wahrheit



Das Buch „Zwangsvereinigung“ sieht den Zusammenschluss von KPD und SPD 1946 in der Ostzone als nur durch Verhaftungen, Terror und Druck gegen die dortigen Sozialdemokraten erfolgt. Leider mangelt es an konkreten Beispielen; Ist ohnehin nur die Hälfte der Publikation dem Thema gewidmet, so wird zumeist die spätere Entwicklung der SED dargelegt.

Primär stützen sich die Autoren auf eine Urabstimmung der Sozialdemokraten in West-Berlin am 31. März 1946 mit „einer deutlichen Mehrheit gegen den Zusammenschluss“ von SPD und KPD. Indes ist dies ein falsches Bild, nahezu eine Geschichtsfälschung: Denn es ging um eine sofortige Vereinigung. Wie so oft wird verschwiegen, dass über 62 Prozent ein Bündnis mit den Kommunisten durchaus bejahten. Lediglich 23,4 Prozent der SPD-Mitglieder lehnten jede Verbindung mit der KPD ab.

Es habe keine Urabstimmung über die Vereinigung gegeben, heißt es. Dass diese auch durch die eigene Partei verhindert wurde, bleibt ungesagt. Jene angebliche Zwangsvereinigung stellt dann 1946 den Beginn der Verfolgungen in der SBZ dar – auch das ist falsch, denn bereits Ende 1945 hatte die sowjetische Besatzungsmacht den Vorstand der Ostzonen-CDU abgesetzt.

Dass es beim Zusammenschluss keineswegs selten Druck und Terror durch die Sowjets und die KPD gab und nicht wenige Sozialdemokraten durch berufliche Verbesserungen korrumpiert wurden, ist unbestritten. Der Leser erfährt von „mehreren Verhaftungen“ in Mecklenburg-Vorpommern, doch kann das Buch nur wenige Namen aufführen. Die meisten Verurteilungen dürften erst nach jenem April '46 erfolgt sein im Zuge der Parteisäuberungen und durch Fahrlässigkeiten des SPD-Ostbüros. In den Westen scheinen nur sehr wenige SPD-Funktionäre geflohen zu sein. Bekannt ist lediglich der Fall Gustav Dahrendorf, anfangs der „glühendste Verfechter“ einer Einheitspartei.

Völlig unverständlich erscheinen an drei Stellen des Buches (S. 18, 49 und 50) Formulierungen wie „Phase des Aufbruchs vom Frühjahr 1945“, vom Finden eines neuen Verhältnisses zu Kommunisten im „Frühjahr 1945“, oder gar im „April 1945“ hätten nur noch wenige Sozialdemokraten an einer Parteivereinigung festgehalten. In Wahrheit wurde damals noch an der Front gekämpft, der Zweite Weltkrieg endete erst am 8. Mai 1945.

Zur Entschuldigung muss man nachsehen, dass fast alle Autoren aus West-Deutschland stammen; nur zwei wurden im Osten geboren, sind aber zu jung, um jene „Zwangsvereinigung“ miterlebt zu haben. Unrichtig ist die Behauptung, man könne heute „keine Zeitzeugen mehr zu Wort kommen lassen“, und das war den Verantwortlichen durchaus bekannt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sie mit ihrer kritischen Haltung unerwünscht waren.

Um einen objektiven Eindruck der Tagung zu erwecken, hätte dieser 20. Bundeskongress der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zumindest auf die Gegenargumente eingehen und nicht einfach – wie heute üblich – verschweigen sollen. Der Teilnehmer am damaligen Vereinigungsparteitag in Berlin, Wolfgang Leonhardt, erinnert in seinem bekannten Buch an die „echte spontane Begeisterung der Delegierten“, den Kampfbegriff von der „Zwangsvereinigung“ wollte er zumindest abschwächen. Auch der letzte DDR-Finanzminister Walter Romberg lehnte diese Formulierung in dieser Form ab. Ähnlich erachtet sie der DDR-Experte Professor Manfred Wilke für unzureichend. Die überaus sorgfältige Forschungsarbeit der „Deutschen Welle“ mit über Hunderten Quellen aus jener Zeit wird völlig totgeschwiegen. Der Rezensent selber hat als Zuschauer den Vereinigungsparteitag in Mecklenburg-Vorpommern im Staatstheater Schwerin miterlebt und nur begeisterte, fanatisch-optimistische Gesichter gesehen.

Selbst der SPD-nahe Klaus Schwabe, der sich nach 1989 mit der Thematik auseinandersetzte, sieht im Gegensatz zu den Autoren dieses Buches nicht nur Zwang und Terror, der zum Zusammenschluss der beiden Parteien führte, sondern auch den ehrlichen, also freiwilligen Wunsch vieler Sozialdemokraten zur Vereinigung.

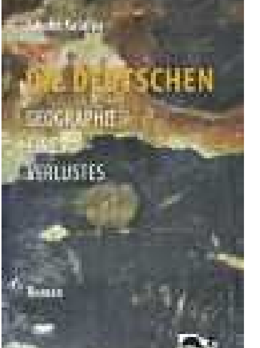
Man muss den Autoren den Vorwurf des Verschweigens machen, dass nämlich selbst in den damaligen Westzonen die Einheitspartei auf Resonanz stieß. Der SPD-Führer Erich Sniffke berichtet in seinem Buch „Jahre mit Ulbricht“, nahezu 400 000 Westzonenbewohner waren sogleich eine Mitgliedschaft in der SED zu erwerben bereit. Das alles eine uneingeschränkte „Zwangsvereinigung“ nennen zu wollen, grenzt an Zumutung.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***„Zwangsvereinigung“**, Tagungsband der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Schwerin 2016, 204 Seiten, kostenfrei beziehbar bei der Landesbeauftragten, Bleichufer 7, 19053 Schwerin*

Kurzweilig langweilig

Jakuba Katalpas Sudeten-Roman



Die Pilsener Autorin Jakuba Katalpa legt einen Roman vor, der auf diese Kurzformel zu bringen wäre: Kurzweilige Schreibe, langweiliger Inhalt, wirre Handlung. Die Rede ist von deutsch-tschechischen Zwisten im Sudetenland.

Mit diesem Sujet sind deutsche Leser „verwöhnt“, wie Bucherfolge von Jiri Marek in der DDR ab 1970 oder Pavel Kohouts „Sternstunde der Mörder“ 1995 zeigten, „spannende „Krimis“ voll böhmischem Lokalkolorit.

Das gilt nicht für Katalpas Buch, das wohl nur für Tschechen verfasst wurde. Später hat man es ins Deutsche übersetzt, dabei einen Schwall böhmischer Austriazismen auf den Leser prasseln lassen: Jause (Frühstück), kremieren (einäschern), Bürgerschule (Realschule) und mehr. Deutsche Begriffe sind oft unklar: Eine „Doppelklasse“ meint wohl eine Parallelklasse, hinter dem Prager „Gemeindehaus“ verbirgt sich das jugendstilige „Gesellschaftshaus“, und was Ahnenpass, Nationalausschuss, Subbotnik, Protektorats-, Reichs-, Sudetendeutsche besagen, erfordert tiefere Geschichtskenntnis.

Der dünne Handlungsfaden spielt im böhmischen Ersen (Rzy), ein abgelegenes Dorf, das von Krieg, Vertreibung, Gräueln weithin verschont blieb. Das Münchner Abkommen schlug 1938 die Region dem Deutschen Reich zu. Nach Ersen kommt die junge Lehrerin Klara Rissmann, die von ihrem Sohn wüst beschimpft wurde, weil sie ihn bei Kriegsende ausgesetzt hat und dieses Unrecht jahrelang durch Päckchen begleichen wollte. So erfährt man es gegen Buchende, während der Roman mit Konrads Beerdigung beginnt. Zu der reisen „Scheißdeutsche“ an, seine Kinder und Enkel. Mutter Klaras und Sohn Konrads Erlebnisse machen den drögen Buchinhalt aus, den nicht einmal derbe Sexszenen zu beleben vermögen.

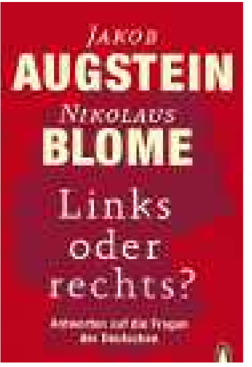
Fesseln kann der Roman nur in den Passagen, in denen er ein Problem aufgreift, das Frantisek Morkes und andere Kulturhistoriker ausließen: Offiziell durfte niemand in sudetendeutscher Öffentlichkeit Tschechisch sprechen, was Lehrerin Klara kontrollieren sollte. Die Ersener Leute lehnten diesen „depperten Scheiß“ ab, mit Blick auf „jede Menge Bälger aus Mischehen“. Sie lachten Klara aus und ließen sich nicht einmal von ihrem Denunziantenchef den Mund verbieten. Das wäre der Handlungsstrang für eine tschechisch-deutsche Romanchronik geworden, die überzeugt hätte, wo Katalpa wortreiche Unfertigkeit präsentiert.

Wolf Oschlies

***Jakuba Katalpa: „Die Deutschen – Geographie eines Verlustes“**, Balaena Verlag, Landsberg a. L. 2015, gebunden, 420 Seiten, 420 Seiten, 22.90 Euro*

Eine Mogelpackung

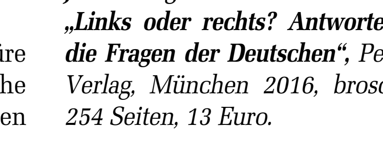
Autoren führen Scheingefechte



Jakob Augsteins und Nikolaus Blomes Buch „Links oder rechts? Antworten auf die Fragen der Deutschen“ ist eine Mogelpackung. Zwar kann man Augstein, der seit 2008 die Wochenzeitung „Der Freitag“ herausgibt, tatsächlich als eingefleischten Linken bezeichnen, aber der stellvertretende „Bild“-Chefredakteur Blome taugt mitnichten zu dessen „rechtem“ Widerpart. Schließlich zählt er ja zu den Verteidigern Angela Merkels, die der CDU einen strammen Linkskurs verordnet hat.

Daher sind die in der Broschüre abgedruckten 30 Streitgespräche der beiden Journalisten „zu den großen Themen, die Deutschland bewegen“, kein „spritziger, provokanter Schlagabtausch“, wie der Verlag behauptet. Es handelt sich hier um langweilige Scheingefechte zwischen zwei etablierten Presseleuten, deren Meinungen nur um Nuancen differieren, wenn es um brisante Themen wie Pegida, AfD, „Lügenpresse“, Migration und Islam geht. Die Positionen jenseits des linken Flügels der Mitte werden also von niemandem vertreten, womit sich jede weitere Erörterung dieses Alibiwerkes erübrigt, das wohl „Meinungsvielfalt“ vorgaukeln soll.

Wolfgang Kaufmann



***Jakob Augstein & Nikolaus Blome: „Links oder rechts? Antworten auf die Fragen der Deutschen“**, Penguin Verlag, München 2016, broschiert, 254 Seiten, 13 Euro.*

Wer von Gebühren gut lebt

Heiko Schrang schreibt über die Aussichtslosigkeit der GEZ-Verweigerung



Es geht nicht um die Pressefreiheit an sich. In dem Buch „Die GEZ-Lüge“ geht es um eine Zwangsehe zwischen dem Bürger und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihren Zwangsgebühren. Galt das nur für den Besitz von Empfangsgeräten, so muss seit dem 1. Januar 2013 für jede Wohnung ein Zwangsbeitrag von derzeit 17,50 Euro berappt werden. Eine „Befreiung“ ist nahezu unmöglich. Was einer erlebt, wenn er den Mut hat, sie zu beantragen, schildert Heiko Schrang in seinem Buch. Sein Informationsangebot stellt keine Rechtsberatung dar. Er warnt sogar: „Meine Empfehlungen werden Konsequenzen für jeden Einzelnen haben, die er selber tragen muss.“ Dem Autor fiel auf, dass seit Mitte der 90er Jahre im Fernsehen zunehmend manipuliert wird und dies nicht nur bei den „Nachrichten“, sondern mehr noch bei historischen Dokumentationen. Er lebt nach dem Motto: „Wer weniger fernsieht, sieht mehr durch.“ Doch dies muss auch vielen anderen Bürgern aufgefallen sein, denn die Zahl der Anmeldungen zur Beitragszahlung nahm rasant ab.

Die Gebühreneinzugszentrale GEZ wurde umbenannt in „Beitragsservice ARD ZDF Deutschlandradio“. Von der Anmeldung wird der Bürger befreit. Dies machen die Einwohnermeldeämter und senden die Daten automatisch an die Landesrundfunkanstalten. Es gibt kaum ein Entrinnen mehr.

Wer die Zahlung des Zwangsbeitrages verweigert, dem wird mit „Erzwingungshaft“ gedroht. Welche Komplikationen daraus resultieren, wird sehr ausführlich geschildert. Es geht um viel Geld, um mehr als acht Milliarden Euro jährlich. Doch diese werden nicht zur Verbesserung der Qualität der Programme verwendet, sondern zur Zahlung horrender Gehälter und Pensionen. Erhält Kanzlerin Merkel ein Jahressalär von rund 220 000 Euro, so Buhrow vom WDR 375 000 Euro und Bellut vom ZDF 322 000 Euro. Selbst der Intendant von Radio Bremen erhält 246 000 Euro.

Der Autor hat nicht Unrecht, wenn er von einem „Glaubenskrieg gegen die Bevölkerung“ und von „Lügenpresse“ spricht, wie es die 68er beim Springer-Konzern taten, und Peter Scholl-Latour zitiert: „Wir leben in einem Zeitalter der Massenverblödung, besonders der medialen Massenverblödung.“ Die Medien wissen um die Tatsache, dass das Unterbewusstsein alles ungefiltert aufnimmt und bauen hierauf ihre Taktiken der Manipulation auf. Ein hoch informatives Buch, das zu lesen sich lohnt.

Wolfgang Thüne

***Heiko Schrang: „Die GEZ-Lüge – erkennen – erwachen – verändern“**, Macht-steuert-Wissen-Verlag, Zühlsdorf 2016, 2. Auflage, gebunden, 174 Seiten, 12,90 Euro*

Sächsische Kurfürsten und polnische Könige

Tagungsband einer wissenschaftlichen Konferenz zur sächsisch-polnisch-litauischen Verbindung 1697 bis 1763 erschienen



Im Oktober 2013 fand in Chemnitz eine international besetzte wissenschaftliche Konferenz statt. Sie behandelte die geschichtliche Episode eines Versuches, das Kurfürstentum Sachsen und das Königreich Polen-Litauen staatsrechtlich zu verschmelzen. Zu polnischen Königen wurden 1697 die sächsischen Kurfürsten August der Starke (Friedrich Wilhelm II.) als August II. und sein Sohn Kurfürst Friedrich Wilhelm III. als August III. gewählt. 1763 zerbrach die Verbindung.

18 Wissenschaftler, fast ausnahmslos Historiker aus deutschen und polnischen Universitäten, behandelten ihre Spezialthemen in wissenschaftlichen Vorträgen vor einem kundigen Publikum. Dieser Band enthält die Vorträge der Tagung.

Alle Beiträge können je nach thematischer Interessenlage gesondert gelesen werden. Es wird ein Abschnitt der polnischen und der deutschen Geschichte behandelt, der in der Erinnerungskultur beider Länder nicht unbedingt im Vordergrund steht. Für das heutige Bundesland Sachsen ist die polnisch-sächsische Liaison ein Ereignis der Lokalgeschichte, für das polnische Geschichtsbewusstsein liegt der Stellenwert höher. Aber selbst in den damals in der alten Bundesrepublik Deutschland wegen der inhaltlich auffälligen polnischen Dominanz stark umstrittenen deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen von 1976 wird die „Sachsenzeit“ nicht erwähnt.

Die 18 Beiträge vermitteln ein breites Spektrum aus den Bereichen der Innenpolitik, der Außenpolitik, der Wirtschaft, der Künste, der Wissenschaften und der Architektur des Kurfürstentums Sachsen und des Königreiches Polen-Litauen. Besonders zu beachten ist die Frage der Konfessionszugehörigkeit: Polen war und ist bis heute ein katholisches Land, August der Starke war lutherisch. Eine Bedingung für seine Bewerbung um den polnisch-litauischen Königsthron war sein Übertritt zum Katholizismus.

Der nicht so fachlich Versierte kann davon ausgehen, dass dieses Buch den aktuellen Forschungsstand über die sächsisch-polnische Personalunion mit ihren Ausstrahlungen auf die Nachbarn Russland, Preußen und Habsburg bietet. Allerdings ist manches schwer zu entwirren, wie etwa die verschlungenen Wege der dynastischen Bindungen und Verbindungen zwischen den einzelnen Fürstenhäusern. Diese waren im 17./18. Jahrhundert ein oft entscheidender Teil realer Politik.

Trotz dieses Randthemas im Verlauf der Geschichte beider Völker hat die Zeit der sächsisch-polnischen Union Spuren hinterlassen. Unbedingt genannt werden müssen die Hauptstädte Dresden und Warschau, sie sind der Weichsel und der Elbe zugewandt. In der Entwicklung der Stadtbilder wird für die sächsisch-polnische Periode eine wechselseitige Beeinflussung vermutet. Sie wird deutlich im Bau der Katholischen Hofkirche in Dresden, die es ohne die Personalunion nicht gäbe. Baumeister Pöppelmann sowie die teilweise noch erhaltene „Sächsische Achse“ sind für Warschau zu nennen. In Dresden ist bis heute das „Kraszewski-Museum“ für den deutsch-polnischen Dialog von Bedeutung.

Erwähnt werden muss, dass in den Zeiten des Sozialismus von der DDR Impulse zur deutsch-polnischen Freundschaft ausgingen, zum Brudervolk, sie gipfeln in Filmproduktionen wie die „Sachsentrilogie“ aus den 1980er-Jahren. Kurios mutet an, dass Johann Sebastian Bach von 1736 bis zu seinem Tod nicht nur Thomaskantor in Leipzig, sondern gleichzeitig auch Königlich Polnischer und Kurfürstlich Sächsischer Hof-Compositeur war, obwohl er sich nie in Polen aufhielt.

Beiträge über den Alltag und das Leben der „kleinen Leute“ in Polen und Sachsen hätten der inhaltlichen Abrundung gedient. Bilder zeitgenössischer Porträts der handelnden Fürsten, Grundrisse von Schlossanlagen in Dresden und Warschau, wichtige Bauwerke und anderes lockern die Beiträge auf. Allerdings hätte eine, vielleicht sogar aktuelle Karte der Flächen von Sachsen, Polen und Litauen die räumlichen Vorstellungen befördert.

Für Fachhistoriker und am Gegenstand Interessierte ist es eine lohnenswerte Lektüre, die gleichzeitig einen Ausschnitt aus der deutsch-polnischen Geschichte bietet.

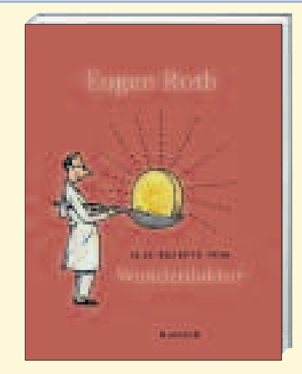
Karlheinz Lau

***Frank-Lothar Kroll, Hendrik Thoss (Hrsg.): „Zwei Staaten, eine Krone. Die polnisch-sächsische Union 1697–1763“**, Be.bra Wissenschaft Verlag Berlin-Brandenburg 2016, gebunden, 348 Seiten, 38 Euro*

Jörg Bofinger und Rose Hajdu
Keltengold
Die Schätze der Fürstengräber in einzigartigen Aufnahmen
Kostbare Funde der Keltenzeit wie prachtvoller Schmuck, reich verzierte Gebrauchsgegenstände, Grabbeigaben und kultische Objekte mit Darstellungen fantastischer Wesen sind das besondere Highlight dieses opulenten Bildbandes: Sie werden in brillanten Aufnahmen ins rechte Licht gesetzt, indem sie z. B. auf Naturuntergrund künstlerisch inszeniert werden. Mit sachkundigen Texten führt der Autor in das Thema ein und stellt einzelne keltische Fürstensitze und Grablegen in Süddeutschland vor. Dr. Jörg Bofinger hat Vor- und Frühgeschichte in Tübingen und Aix-en-Provence studiert. Von 2004 bis 2006 war er wissenschaftlicher Grabungsleiter am frühkeltischen Fürstensitz Heuneburg. Seit 2006 ist er Referent für Schwerpunkt- und Großgrabungen beim Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Stuttgart. 160 Seiten
Nr. P A1060 Gebunden mit Schutzumschlag 12,99 €

Sonderpreis 12,99 €

Eugen Roth
Ein Mensch – Heitere Verse
Es ist genau diese Sammlung von Versen, die Eugen Roth zum Durchbruch verhalf. Mit einem Umschlagmotiv von Philip Waechter erscheinen die heiteren Verse jetzt in neuem Gewand. Und oft erkennt man sich selbst zwischen den Zeilen wieder, wenn Eugen Roth seine Helden mit feinem Humor die Höhen und Tiefen des Alltags erleben lässt. 88 S.
Nr. P A0973 Gebunden 8,90 €



Eugen Roth
Alle Rezepte vom Wunderdoktor
Ob Sonnenbrand oder Blinddarm, Schwindel oder Herzenspein - Eugen Roth hat für jede Diagnose die richtige Therapie. Seine heilsamen und vorbeugenden Verse weisen ihn einmal mehr als ironisch-liebevollen Menschenkenner aus. Mit röntgengleichem Blick rückt er den Leiden und Wehwehchen der Mitmenschen auf den Leib. 200 Seiten
Nr. P A0974 Gebunden 10,00 €



Udo Paulitz
Feuerwehr Typenbuch 1900–1945
Fahrzeuge – Daten – Technik
Für alle Liebhaber von Feuerwehr-Veteranen! Authentische Bilder, prägnante Texte und alle technischen Daten auf einen Blick: Das Typenbuch kennt die Feuerwehrfahrzeuge der Jahre 1900 bis 1945. Unfälle, Überschwemmungen, Hilfsleistungen, Katastrophenabwehr – das Aufgabenspektrum der Feuerwehr reicht weit über die traditionelle Brandbekämpfung hinaus. So vielfältig die Einsatzzwecke, so vielfältig auch die Einsatzfahrzeuge. Mit welchem Arbeitsgerät die deutschen Wehren von 1900 bis 1945 ausgerückt sind, zeigt diese lückenlose Dokumentation. Modelle, Technik, Daten, authentische Bilder und historische Fakten: Alles ist in diesem Typenbuch versammelt. 144 Seiten
Nr. P A1095 Gebunden 7,99 €

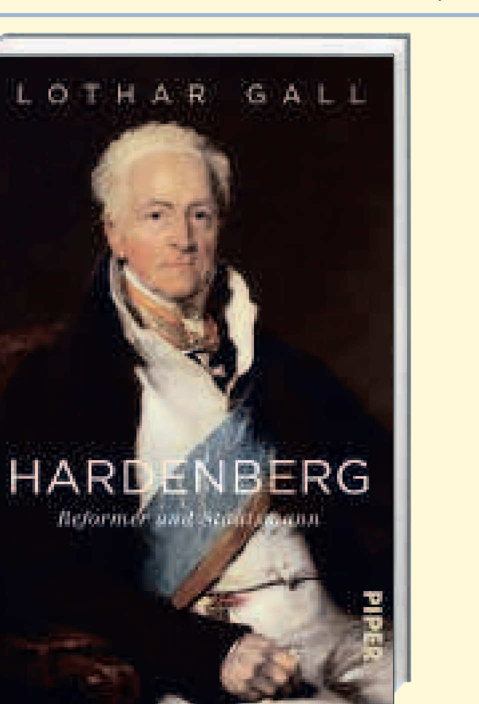


Katharina von Savigny (Herausgeberin)
Man kann sein Unglück auch versäumen
Eugen Roth für alle Lebenslagen
„Ein Mensch schaut in der Zeit zurück und sieht: Sein Unglück war sein Glück“. Heitere Gedichte und Verse von Eugen Roth. 160 Seiten
Nr. P A0975 Gebunden 12,50 €



Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Stars aus Oper und Operette
Marika Rökk, Benjamino Gigli, Heinrich Schlusnus, Erna Berger, Herbert Ernst Groh, Alfons Flügel, Maria Cebotari, Heinz Goedecke, Karl-Schmitt-Walter u.v.m. (Laufzeit 68 Minuten)
Nr. P 5854 CD 12,80 €

Ruta Sepetys
Salz für die See
Die letzten Kriegstage des Jahres 1945: Tausende Menschen flüchten aus Angst vor der Roten Armee nach Westen. Darunter Florian, ein deutscher Deserteur, Emilia, eine junge Polin, und Joana, eine litauische Krankenschwester. Eine Notgemeinschaft, in der jeder ein Geheimnis hat, das er nicht preisgeben will. Denn der Krieg hat sie Misstrauen gelehrt. Im eiskalten Winter wählt der kleine Flüchtlingstrek den lebensgefährlichen Weg über das zugefrorene Haff. In Gotenhafen, so heißt es, warte die Wilhelm Gustloff, um sie nach Westen zu bringen. Doch auch auf dem Schiff sind sie noch lange nicht in Sicherheit.
Ruta Sepetys, geboren und aufgewachsen in den USA, hat selbst Vorfahren aus Litauen, einem Land, das wie Estland und Lettland 1940 für fünfzig Jahre von den Landkarten verschwand. Mit ihrem Buch will die Autorin all Jenen eine Stimme geben, die während des Krieges ums Leben kamen. 416 Seiten
Nr. P A1117 Gebunden mit Schutzumschlag 19,99 €



Lothar Gall
Hardenberg
Reformer und Staatsmann
Karl August von Hardenberg war preußischer Außenminister von 1804 bis 1806 und Staatskanzler von 1810 bis 1822. Zusammen mit Karl Freiherr vom Stein lieferte er das Konzept für die „Stein-Hardenberg'schen Reformen“: Sie führten zu einer entscheidenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Modernisierung Preußens, die angesichts der verheerenden Niederlage gegen Napoleon dringend nötig war. Hardenberg war eine widersprüchliche Figur: Geschickt verfolgte er seine Karriere bis ins höchste preußische Staatsamt, er reformierte die Staatsfinanzen von Grund auf – war aber selbst chronisch überschuldet. Seine zahlreichen Ehen und Liebschaften lassen ihn als Getriebenen auf der Suche nach Geborgenheit erscheinen. Lothar Gall zeichnet in seiner Biografie das Bild eines großen Staatsmannes mit all seinen menschlich-allzumenschlichen Seiten. 288 Seiten
Nr. P A1069 Gebunden 24,00 €

Brigitte Hamann
Bertha von Suttner
Kämpferin für den Frieden
Taschenbuch/320 Seiten
Nr. P A0886 12,99 €

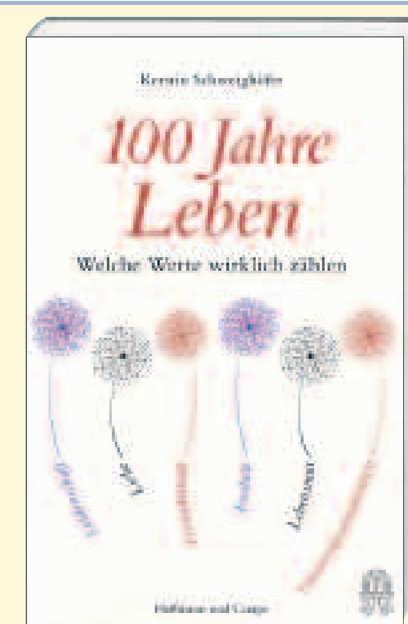
Sie war nicht nur die prominenteste politische Journalistin ihrer Zeit und Begründerin der Friedensgesellschaft, sie kämpfte Zeit ihres Lebens leidenschaftlich gegen überholte Konventionen, gegen die Unterdrückung der Frauen und gegen den Antisemitismus. Das abenteuerliche Leben der Gräfin Kinsky, verheiratete Baronin von Suttner, die den Erfinder des Dynamits dazu bewegte, den Friedensnobelpreis zu stiften, und die selbst eine der ersten war, die ihn verdiente und bekam: Bertha von Suttner – Gouvernante, Schriftstellerin, politische Journalistin, Vorkämpferin für den Frieden. Eine Biografie, wie man sie sich wünscht: lebendig, mit vielen Zitaten, engagiert, aber mit kritischer Distanz.

Heimat deine Sterne
Mit unvergessenen Film- und Schlagerstars
Ilse Werner, Lale Andersen, Zarah Leander, Heinz Rühmann, Hans Albers, Willy Schneider, Paul Hörbiger, Melitta Kepac u.v.m. (Laufzeit 64 Minuten)
Nr. P 5855 CD 12,80 €



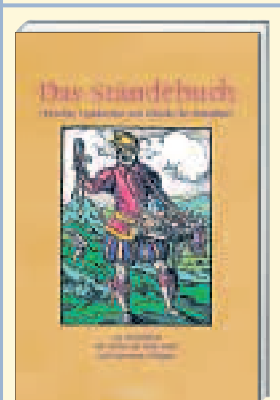
Michael Imhoff/ Christoph Winterer
Karl der Große
Leben und Wirkung, Kunst und Architektur, Kultur und Reisen
Kartoniert, 240 Seiten
Nr. P A1102 14,95 €

Karl der Große herrschte von 768 bis 814 n. Chr. Mit seiner Regierungszeit beginnt ein neues Kapitel europäischer Kultur-, Kunst- und Architekturgeschichte. Durch seine Eroberungen vergrößerte er das Reich von den Pyrenäen bis zur Elbe und von Italien bis zur Nordsee und erlangte somit den Ruf als Gründer Europas. Dieses Wirken und Leben sowie sein Einfluss auf die Kunst und Architektur sind Thema dieses reich bebilderten Bandes. So werden beispielsweise die Pfalzorte Karls des Großen Aachen, Ingelheim und Paderborn, die bedeutenden Klöster Corvey bei Höxter, Fulda, Lorsch, Müstair, Reichenau und St. Gallen sowie die Orte von historischer Bedeutung wie Chur, Cividale, Frankfurt am Main, Hildesheim, Köln, Konstanz und Regensburg vorgestellt.



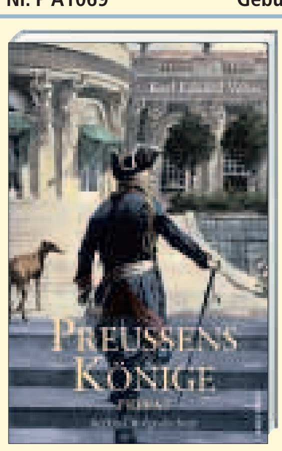
Kerstin Schweighöfer
100 Jahre Leben
Welche Werte wirklich zählen
Was uns die Weisheit hundertjähriger Menschen über das Leben, das Glück und die Liebe lehrt. – Denken wir an Hundertjährige, dann bekommt das ansonsten so gefürchtete Alter etwas Geheimnisvolles. Sie ziehen uns in ihren Bann. Umso mehr, wenn sie nicht aus Fenstern steigen und verschwinden, sondern uns an ihren hundert Jahren Lebensklugheit teilhaben lassen. Denn wann, wenn nicht dann, weiß ein Mensch, worauf es letztlich ankommt? In wunderbaren Begegnungen und berührenden Gesprächen mit zwölf Hundertjährigen – von der Bäuerin zur Künstlerin, vom Priester zum Politiker – erfährt Kerstin Schweighöfer manch ein Geheimnis und oft verblüffende Antworten auf die großen Fragen des Lebens: Was macht eine gute Freundschaft, Beziehung oder Ehe aus? Wie kann die große Liebe zur Liebe des Lebens werden? Wie soll man umgehen mit Schmerz und Verlust? – Ein Buch voller bewegender Lebensgeschichten, die uns Lesern zeigen, welche Werte im Spiegel der Zeit wirklich zählen. 320 Seiten
Nr. P A0946 Gebunden mit Schutzumschlag 20,00 €

Heimat deine Sterne
Lili Marleen und der Soldatensender Belgrad
Marlene Dietrich, Ilse Werner, Lale Andersen, Wilhelm Strienz, Herbert Ernst Groh, Kay Barnet, Suzy Solidor, Magda Hain, G. Böhnert und viele mehr. (Laufzeit 72 Minuten)
Nr. P 5856 CD 12,80 €



Hans Sachs/Hartmann Schopper
Das Ständebuch
Herscher, Handwerker und Künstler des Mittelalters
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A1058 5,95 €

Ständebücher waren im Mittelalter und bis in die frühe Neuzeit weit verbreitet. Sie illustrieren und beschreiben die Aufgaben und die Bedeutung der geistlichen und weltlichen Herrscher, Künstler, Händler und Handwerker der mittelalterlichen Gesellschaft. Dieses besonders prachtvolle Exemplar von 1568 ist eine Gemeinschaftsarbeit des angesehenen Nürnberger Holzschneiders Jost Amman und des berühmten Dichters Hans Sachs, ergänzt durch eine Reihe von neulateinischen Versen von Hartmann Schopper. Das Werk vermittelt in Wort und Bild einen wunderbaren Einblick in die städtische Lebens- und Arbeitswelt des 16. Jahrhunderts. Mit 133 Holzschnitten illustriert ist dieses Werk einer außergewöhnlichen Kleinod des Ständewesens im Mittelalter.



Karl Eduard Vehse
Preußens Könige privat
Berliner Hofgeschichten
368 Seiten/Gebunden
Nr. P A1061 5,95 €

Unter dem strengen Vorsatz, ‚nichts zu verschweigen und zu bemänteln‘, erzählt der Autor die private Geschichte der preußischen Könige von Friedrich I. bis zu Friedrich Wilhelm III. Anekdotenreich und sehr lebendig berichtet er von den gesellschaftlichen Zuständen am preußischen Hof, schildert die Vielfalt des kulturellen Lebens und wagt einen schonungslosen Blick hinter die Kulissen der Macht. Hat das intime Leben der preußischen Herrscher die große Politik beeinflußt? Was waren ihre Leidenschaften und Vorlieben, wie ihr Verhalten im Umgang mit Ministern, Untertanen oder Mätressen? ‚Dieses Buch ist wahrer Kaviar‘, schrieb Heinrich Heine 1852 an seinen Verleger Campe, ‚endlich bekommen die Deutschen ihre Fürsten von Angesicht zu Angesicht zu sehen.‘



Heimat deine Sterne
Das Deutsche Volkskonzert im Großdeutschen Rundfunk
Mit Faria Cebotari, Erna Sack, Maria von Schmedes, Alfons Flügel, Helge Rosvaenge, Georg Hann, Wilhelm Strienz, Hans Wocke, Herms Niel, Norbert Schultze, Ilse Werner, Marika Rökk u.v.m.(Laufzeit 77 Minuten)
Nr. P 9258 CD 12,80 €



Heimat deine Sterne
Der Soldatensender Oslo – Lieder, Märsche und Reportagen
Lieder: Heimat deine Sterne; Flottenmarsch; Lass es, ach lass es hören; Ach so fromm; Sterne in dunkler Nacht; Hohe Nacht der klaren Sterne; Prinz Eugen; U-Boot-Lied; Grüß mir das blonde Kind am Rhein; Das Löwengeschwader; Rheinlied; Fliegerfanfare; Südseegeschichten; Einmal nach Bombay; Wer die Heimat liebt u.v.m. Laufzeit: 77 Minuten
Nr. P 9269 CD 12,80 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name
Straße/Nr. Telefon
PLZ/Ort
Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Streit um Zahl der Geschlechter

Berlin – Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) und Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sind sich uneins, ob es in amtlichen Dokumenten neben männlich und weiblich noch ein drittes Geschlecht geben soll. Die Bundesregierung hat deshalb auf eine Stellungnahme verzichtet, als das Bundesverfassungsgericht sie wegen einer Verfassungsbeschwerde darum bat. *M.R.*

Rückendeckung für die Polizei

Berlin – In Ausübung ihres Berufs werden Polizisten immer häufiger von Passanten gewaltsam behindert. Bundesjustizminister Heiko Maas plant daher, das Strafrecht bei Aggressionen gegen die Polizei zu verschärfen. Er legte einen Gesetzentwurf vor, nach dem tätliche Angriffe gegen Polizisten mit bis zu fünf Jahren Haft geahndet werden sollen. Pünktlich zur Bundestagswahl ist das auch ein Wahlgeschenk von der SPD. *tws*

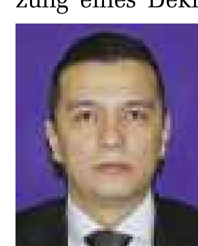
ZUR PERSON

Ein williger Vollstrecker

Gerade einmal einen Monat im Amt bekommt Rumäniens Ministerpräsident **Sorin Grindeanu** die ganze Macht des Volkes zu spüren. Landesweit gingen eine halbe Millionen Menschen auf die Straße, um gegen ein umstrittenes Dekret zu demonstrieren, das eine Strafminderung bei Korruption vorsah. Amtsmissbrauch sollte demnach nur noch bestraft werden, wenn der Streitwert über 45 000 Euro liegt.

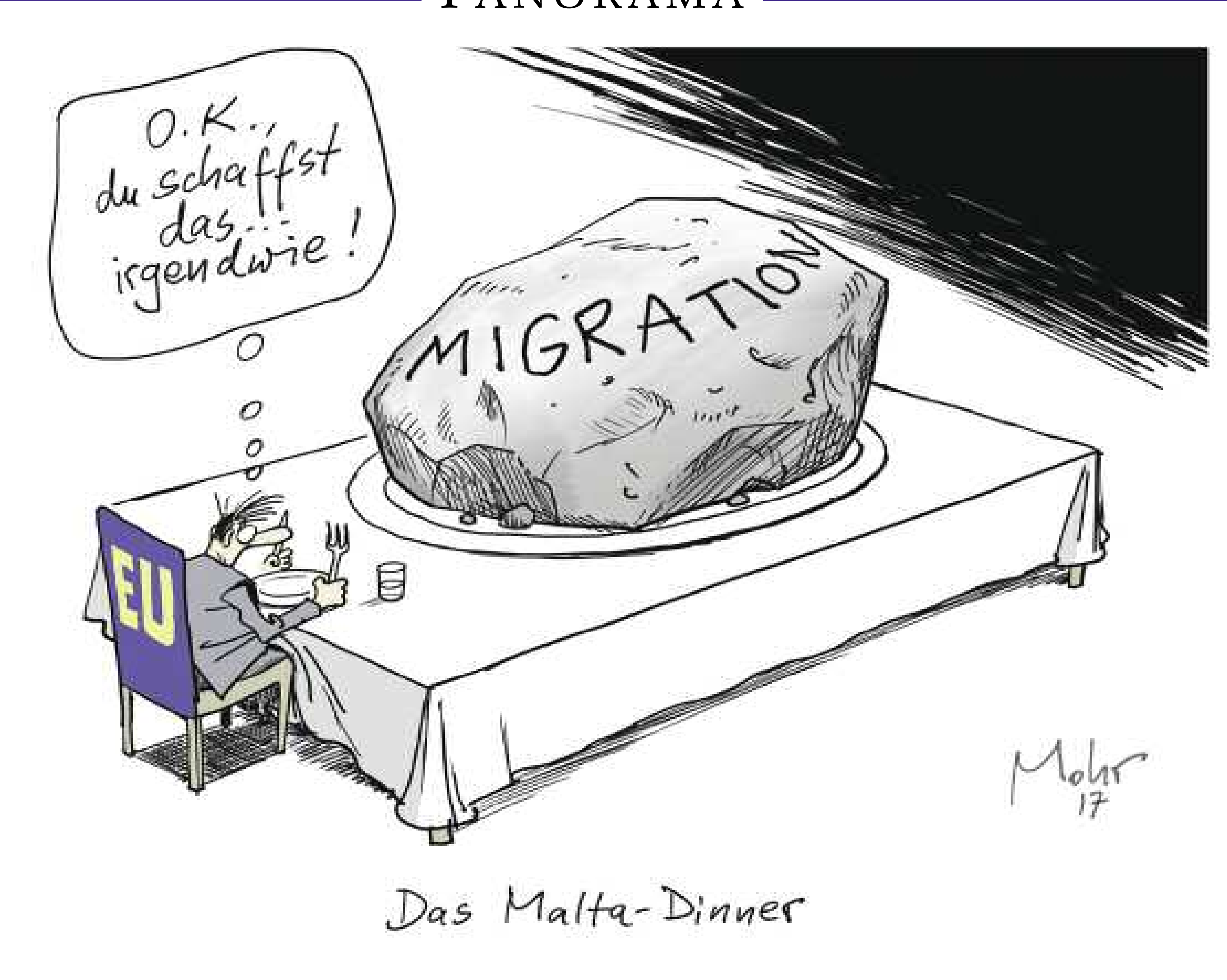
Auch Rumäniens Präsident, der Siebenbürger Sachse Klaus Johannis, schlug sich auf die Seite der Demonstranten und teilte gegen seinen Regierungschef aus, den er berufen hatte, nachdem er die von der sozialdemokratischen Partei PSD vorgeschlagene Muslimin Sevil Shhaideh abgelehnt hatte. Sie galt als Strohfrau des wegen Wahlmanipulationen zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilten PSD-Vorsitzenden Liviu Dragnea.

Dass eine der ersten Amtshandlungen Grindeanus die Durchsetzung eines Dekrets war, von dem



der in Korruptionsaffären verstrickte Dragnea profitiert hätte, beweist nur, dass auch der neue Regierungschef nur der Vollstrecker seines Parteichefs ist. Dabei gilt der 43-jährige Informatiker Grindeanu als einer der wenigen Politiker in seinem Land, der in Sachen Korruption bislang noch unbefleckt ist. Seit 1996 Mitglied der PSD war er Vizebürgermeister in Temeswar, ehe er bis zum Rücktritt von Victor Ponta im November 2015 ein Jahr lang Minister für Telekommunikation war.

Sein Korruptionsdekret, mit dem er angeblich die Gefängnisse entlasten wollte, scheint er indes schlecht kommuniziert zu haben. Die Demonstrationen haben nach der angekündigten Rücknahme des Dekrets sogar noch an Fahrt zugenommen. Solchen Gegenwind des Volkes bekam in Rumänien zuletzt nur Nicolae Ceausescu zu spüren, als er 1989 in Bukarest von 100 000 Menschen ausgebuht wurde, was schließlich zum Sturz des Diktators führte. *H. Tews*



Das Malta-Dinner

Hauptsache liquidieren

Wozu die USA noch Gewaltenteilung haben, worum Schulz und Merkel ringen, und wie man in Deutschland als Jude zum »Nazi« wird / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Das hat er nun davon, der Trump. Was für eine Blamage: Ein Bundesrichter hat sein befristetes Einreiseverbot für Bürger aus sieben Ländern vorerst gekippt mit der Begründung, der Präsidentenerlass verstoße gegen das Gesetz.

Da mischt sich in unsere Schadenfreude eine ordentliche Portion Verblüffung. Der Richter hat den Erlass tatsächlich abgeschossen wegen der Gesetze? Was soll das denn bedeuten? Also bei uns gibt es so was nicht (mehr). Unsere Kanzlerin hat zwecks „Euro-Rettung“ eine Regel nach der anderen gebrochen. Unsere Gerichtsbarkeit hat da höchstens mal missmutig den Kopf gewiegt. Im entscheidenden Moment aber sind die Robenträger der Regierungschefin brav gefolgt. Das war auch nicht anders, als Merkel 2015 die deutschen Einreisegesetze mal eben außer Kraft setzte.

In Washington wird gar gemutmaßt, dass Trump obendrein Probleme mit dem Parlament bekommen könne. Zwar hat dort seine Partei die Mehrheit. Doch vielen Mandatsträgern sei ihre eigene Überzeugung und die Haltung ihrer Wähler zuhause wichtiger als ihre Parteiloyalität.

Demnach gibt es in den USA gleich drei Machtpole, die sich gegenseitig in die Speichen greifen können, weil jeder für sich eine unabhängige Position einnimmt: die Regierung, das Parlament und die Richter, auch Exekutive, Legislative und Judikative genannt. Das Ganze bezeichnen die Gelehrten als „Gewaltenteilung“, und spätestens, wo der Name fällt, erinnern wir uns: Hatten wir das nicht mal in der Schule gelernt? „Gewaltenteilung“ als unverzichtbare Grundlage für einen demokratischen Rechtsstaat?

Sicher, aber das ist doch schon ewig her, in Deutschland ist davon nicht mehr viel übrig. Die Richter haben wir uns eben schon angesehen – und das Parlament? Die Bankenrettung machte die Kanzlerin im flotten Zweier mit ihrem damaligen Finanzminister Peer Steinbrück vor der Kamera. Dort versprachen die beiden im Oktober 2008, dass der Staat für die Sicherheit aller Konten seiner Bürger geradestehe, das Ersparte sei somit sicher.

Jahre später räumte sogar Steinbrück selber ein, dass er immer noch nicht wisse, auf welcher rechtlichen Grundlage man diese Totalgarantie eigentlich abgegeben habe. Egal, die Richter schritten nicht ein, und das Parlament nickte alles ab. Bei der Griechenhilfe und Euro-Rettung lief es genauso, und bei der Grenzöffnung 2015 hatten die Parlamentarier auch nichts zu melden. Jedenfalls meldeten sie sich nicht.

Irgendwie hat man uns daran gewöhnt, dass diese Gewaltenteilung Schnee von gestern ist, der dem Vorrang der entschlossenen Tat nicht den Weg versperren darf. In den USA ist das augenscheinlich immer noch anders. Ein merkwürdiges Land. Aber Angela Merkel hat dem neuen US-Präsidenten ja bereits angeboten, ihn auf die Höhe „unserer Werte“ zu hieven. Bei der Gelegenheit sollte sie Trump gleich beibringen, wie man die olle Gewaltenteilung zur hohlen Fassade degradiert.

> Die Sache mit den Sitzungsgeldern könnte dem Kandidaten noch unangenehm werden

Allerdings dürfte die Kanzlerin derzeit kaum Platz für ihn haben auf ihrem Terminkalender. Der jähe Aufstieg von Martin Schulz gibt ihr reichlich zu tun. Der sozialdemokratische Herausforderer gebärdet sich ganz in seiner neuen Rolle als Anwalt der kleinen Leute auf, spricht überall von „Gerechtigkeit“ und wettert gegen Reiche, die sich die Taschen vollstopfen. Das kommt an.

Fragt sich, wie lange. Helmut Markwort ist nicht der einzige, der sich daran erinnert, dass Schulz auch vor seiner Erhebung zum SPD-Kanzlerkandidaten ein politisches Funktionärsleben hatte. Im „Focus“ hält er dem neuen SPD-Hoffnungsträger unter die Nase, dass er Sitzungsgelder im EU-Parlament kassiert habe, obwohl er an den Sitzungen gar nicht teilnahm.

Ausgerechnet seinem österreichischen Sozi-Kollegen Hans-Peter Martin war der Kragen geplatzt, er begann, den Tatort zu filmen und die Sauerei öffentlich zu machen. Da ist auch Schulz zu sehen, wie er zum Parlamentsgebäude schlurft, um sich einzutragen und um danach gleich wieder zu verschwinden. Da die tatsächliche Anwesenheit nicht kontrolliert wurde, bekam er Sitzungsgeld trotz Abwesenheit.

Marktwort erinnert daran, wie es nach der Aufdeckung des Skandals weiterging: „Den Österreicher Hans-Peter Martin warfen seine Kollegen wegen Netzbeschmutzung aus der Fraktion. Den Deutschen Martin Schulz wählten sie zu ihrem Vorsitzenden und später zum Präsidenten des Parlaments.“ Wir sind gespannt, wann (und ob) Schulz diese Geschichte breitenwirksam einholt und was er dann macht.

Die Rolle des Anwalts der kleinen Leute einfach weiterzuspielen könnte schwierig werden. Immerhin sind es die Steuergelder der „ehrlichen, hart arbeitenden Menschen“, welche auch die EU-Sitzungsgelder füllen.

Die fadenscheinige Gerechtigkeitsprosa durch echte inhaltliche Auseinandersetzungen zu ersetzen geht leider auch nicht. Schulz selbst hat ja schon eingeräumt, dass ihn weltanschaulich nichts trennt von seiner Genossin im Geiste, Angela Merkel.

Kommentatoren fürchten daher, dass der Kampf der Konkurrenten zum politikfreien „Schönheitswettbewerb“ werde. Was für ein Wettbewerb? Wer so schreibt, sollte sich noch einmal eines der überall lauernden Bilder der Kandidaten anschauen. Es muss innere Schönheit sein, aber die spielt bei solchen Wettbewerben bekanntlich eine höchst untergeordnete Rolle, wenn überhaupt.

Das wird also ebenfalls nichts. Die einzige Truppe, von der er sich scharf abgrenzen wolle, das sei die AfD, stellt Schulz mit schneidiger Stimme fest. Gut, das wäre eine Lösung: Die etablierten Parteien wetteifern nicht mehr darum, wer die besseren Inhalte und das kompetentere Personal vorweisen kann, sondern darum, wer sich eifriger als alle anderen von der AfD abgrenzt. Und überhaupt von Rechts, versteht sich. Zum Schluss wird unter all den fleißigen „Nazi“-Jägern der Schützenkönig gekürt. Der darf dann Kanzler werden.

Aber ob die Deutschen so einen mögen werden? Aber gewiss doch, die „Nazi“-Jagd ist längst zum Volkssport aufgestiegen. Auf einer Leipziger Schule wurde wieder so ein Übeltäter aufgespürt und umgehend bestraft. Der 18-jährige Schüler Maksym M. (schon dieser verdächtige Name! Bestimmt ein Agent Putins) hob während einer Anwesenheitskontrolle den Arm dergestalt, dass der anwesende Sozialkundelehrer Stefan M. darin den Hitlergruß entlarvte.

Danach ging alles zack-zack: Ohne mit dem Schüler oder seinen Eltern zu sprechen, schmiss man ihn von der Schule. Schulleiter Michael Bülow schaltete laut „Bild.de“ sogar den Staatsschutz ein. Maksym M. macht sein Fachabitur mittlerweile auf einer anderen Lehranstalt.

Zwar ist die Herkunft des Schülers in diesem Zusammenhang etwas irritierend: Maksym M. ist den Berichten zufolge Spross einer jüdischen Familie. Auch dass die Staatsanwaltschaft keine Straftat wie das Benutzen verfassungsfeindlicher Zeichen (wie dem Hitlergruß) erkennen konnte, mag zartbesaiteten Geistern die Frage aufdrängen, ob Denunziation und Rauswurf des Schülers nicht vielleicht ein wenig zu viel des antifaschistischen Furors waren.

Doch mit derlei Klimperkram sollten sich die eifrigen Pädagogen nicht herumschlagen. Sie können stolz auf sich sein, denn sie sind aus genau dem Material, dass sich saubere Diktatoren wünschen. Hat nicht schon Stalin gesagt, es sei besser, tausend Unschuldige zu liquidieren, als auch einen einzigen „Schuldigen“ laufen zu lassen?

Und wenn es Kritik an solchen Maßnahmen wie der gegen den Schüler hagelt, können sich die Aktivisten immer noch damit rechtfertigen, dass sie es schließlich nur gut gemeint haben, „eingedenk der deutschen Geschichte“. Man wird ihnen ganz sicher verzeihen. Und irgendwann gibt's auch einen schönen Preis für ihre „Zivilcourage“.

MEINUNGEN

Der Brüsseler Historiker ***Daniel Engels*** *sieht* ***Europa*** *in einen* ***Bürgerkrieg*** *abgleiten, der 20 bis 30 Jahre dauern könne. Der „Huffington Post“ (2. Februar) sagte er:*

„Ich glaube nicht an einen Krieg bewaffneter Bürgerlegionen, dafür ist unsere Politik zu wenig militarisiert. Ich rechne aber mit Vorstädten, die der staatlichen Kontrolle entgleiten. Mit Landstrichen, die von paramilitärischen, ethnischen oder religiösen Gruppen beherrscht werden. Mit überhand nehmender Kriminalität. Mit wirtschaftlichem Bankrott und völligem politischen Immobilismus.“

Für ***Christoph B. Schiltz*** *ist die* ***EU am Ende****. In der „Welt“ (3. Februar) schlägt er einen völligen Neuanfang vor:*

„Europa-Romantiker mögen diese EU gerade im Zeitalter von Trump immer noch für die beste aller Welten halten. Das ist nicht so. Diese EU ist in Teilen dysfunktional und im Kern nicht mehr reformfähig. Sie hat ausgedient. Sie muss neu aufgebaut werden. Sie muss deutlich kleiner, effizienter und wettbewerbsorientierter werden.“

Thilo Sarrazin *sieht seinen SPD-Parteifreund* ***Martin Schulz*** *inhaltlich auf einer Linie mit* ***Angela Merkel****. In der Schweizer „Weltwoche“ (2. Februar) schreibt er:*

„Das Paradox des heraufziehenden Wahlkampfs liegt darin, dass mit Angela Merkel und Martin Schulz zwei Verbündete gegeneinander kämpfen, die 95 Prozent ihrer Überzeugungen teilen. Die politische Frontlinie beider liegt nicht zueinander, sondern zur AfD. Diese wird damit werben, dass sie in Fragen von Flüchtlingspolitik, Einwanderung und Europa die einzige demokratische Alternative darstellt. Da können ihr guten Gewissens nicht einmal CDU und SPD widersprechen.“

Der Chefredakteur des „European“ (1. Februar), ***Wolfram Weimer****, nennt* ***Martin Schulz*** *einen* ***„Wackelpudding“*** *und sieht dessen Aussichten skeptisch:*

„Er will sich auf nichts festlegen, vor allem nicht auf Rot-Rot-Grün, um die politische Mitte nicht zu verschrecken. Andererseits müsste er sich aber just darauf leidenschaftlich einlassen, um das linke Lager tatsächlich zu mobilisieren … Doch in Wahrheit bewegt er sich in einem einstürzenden Neubau, denn die katastrophale Startbilanz der neuen rot-rot-grünen Landesregierung in Berlin macht jede positive R2G-Fantasie zunichte.“

Die aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete ***Erika Steinbach*** *zweifelt in der „Epoch Times“ (7. Februar) am* ***Willen der Politik****, aus ihren Fehlern in der Asylkrise wirklich zu lernen:*

„Mein Vertrauen, dass sich mit den neuen Gesetzen die Gesamtlage verbessert, (ist) sehr begrenzt, da sich zeigt, dass in der Vergangenheit die bereits vorhandenen Gesetze bezüglich der Migranten nicht durchgehend umgesetzt wurden. So wurden bei tausenden festgestellten gefälschten Pässen seitens der Bundesregierung keine Strafanzeigen gestellt. Das ist nichts anderes als Strafvereitelung. Was nützen Gesetze, wenn sie nicht beachtet werden? Das ist alarmierend!“